D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

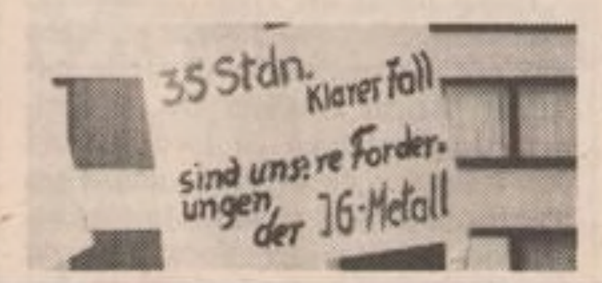
# Kommunistische Volkszeitung

Nr. 42
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

22. Oktober 1982
Preis 1,80 DM








## Die UNO in einer schweren Krise

*thm.* Angesichts der israelischen Aggression im Libanon versucht ein Teil der politischen Bewegung der Dritten Welt Druck auf Israel auszuüben bzw. es zu bestrafen durch Ausschluß aus Gremien der UNO. Im Rahmen der gegenwärtig stattfindenden 37. ordentlichen Tagung der Generalversammlung der UNO wollen die arabischen Staaten außer Ägypten und Libanon am 25. Oktober einen Antrag auf Ausschluß Israels aus der UNO einbringen, der gar keine schlechten Aussichten auf Erfolg hat.

Die Vernünftigkeit einer solchen Maßnahme läßt sich nicht allein nach den Taten Israels im Nahen Osten beurteilen. Wenn es danach ginge, sofort. Die Frage stellt sich aber auch nach dem Sinn und Zweck der UNO und ihrer Handlungsmöglichkeiten.

Ein Ausschluß Israels aus der UNO würde den bisherigen Charakter der UNO in Frage stellen. Notwendig würde sich in Zukunft dieselbe Frage auch bei anderen Staaten anläßlich anderer Kriege stellen. Daneben scheint mir
bei anderen Staaten anläßlich anderer Kriege stellen. Daneben scheint mir
aber auch die mögliche Wirkung eines Ausschlusses nicht sehr weitgehend. International isoliert ist Israel in der UNO für das israelische Volk sichtlich. Ein Ausschluß würde nur bestätigen, was sowieso Mehrheitsposition in der Generalversammlung ist. Aber sicher ist auch, daß ein Friede im Nahen Osten an Israel vorbei nicht möglich sein wird.

Um diese Frage ist nun die UNO in eine ihrer größten Krisen seit 1945 gekommen. Wohlwissend, welche Macht sie besitzen, haben die USA ihre Zähne gezeigt. Im September wurde Israel durch einen 41:40 Beschluß in der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) die Beglaubigung entzogen und dadurch die Teilnahme verweigert. In dieser Woche soll nun eine Entscheidung getroffen werden, Israel auf Antrag Algeriens in der Internationalen Fernmelde-Union (ITU) auszuschließen. Daraufhin haben die USA ihre Delegation aus der IAEA vorläufig zurückgezogen und die Gelder gesperrt. Außenminister Shultz hat mit dem Austritt der USA aus der UNO-Generalversammlung und dem Entzug aller Gelder gedroht. Die USA würden dann nur noch im Sicherheitsrat arbeiten, dem Gremium, in dem die Dritte Welt sowieso nichts zu sagen hat. Die USA bestreiten aber 25% der Mittel der UNO, das sind 596 Mio. Dollar, so daß mit einem solchen Schritt die gesamte UNO-Tätigkeit vor schwierigsten Umstrukturierungen bis hin zum vollkommenen Zusammenbruch der Arbeit stehen würde. Das ganze ist nur ein weiterer Schritt in der erneuten Herauskehrung ihrer imperialistischen Politik auch in der UNO. Seit einiger Zeit schon erstellen die USA ein computerisiertes Protokoll des Abstimmungsverhaltens der Staaten in der Generalversammlung, um von ihnen abhängige Länder an einem gegen die USA gerichteten Abstimmungsverhalten zu hindern.

Offengelegt wird im Grunde aber auch die faktische Machtlosigkeit der politischen Bewegung der Dritten Welt. Entstanden aus der Bewegung zur Dekolonialisierung, gerichtet gegen wirtschaftliche und ökonomische Abhängigkeit, hat die Dritte Welt in der UNO einen politischen Block gebildet, der die übergroße Mehrheit der Staaten der Welt umfaßt. Sie hat sich Positionen zu den wichtigsten Fragen erarbeitet, die sich gegen den Imperialismus richten. Dieser Vorgang, der ja wirklich die Form einer breiten fortschrittlichen Bewegung angenommen hat, weckte große Hoffnungen in der fortschrittlichen Bewegung der ganzen Welt, daß sich hierüber der entscheidende Hebel entwickelt, um dem Imperialismus entschiedende Schläge zu versetzen. Insbesondere auch deshalb, weil diese Bewegung begleitet und vorangetrieben wurde durch die Befreiungskämpfe unterdrückter Völker wie in Vietnam, Kampuchea, Laos, Zimbabwe usw. Waren diese Kämpfe durchaus nicht machtlos und setzen sie die staatliche Souveränität durch, wie sie auch heute weiterhin ein wesentlicher Faktor im Kampf gegen die beiden Supermächte sind, so stellt sich die politische Bewegung der Dritten Welt in der UNO, aber auch die Blockfreien-Bewegung, außer als Bewegung der Anklage des Imperialismus und der Propagierung ihrer Forderungen als in den entscheidenden Fragen machtlos
Propagierung ihrer Forderungen als in den entscheidenden Fragen machtlos
dar.

Am deutlichsten wurde das bei der jüngsten Nahostkrise. Sie lief praktisch an der UNO vorbei. Der Waffenstillstand wurde nicht mit der UNO ausgehandelt, sondern die US-Supermacht betätigte sich als „Ordnungsmacht". Die jetzt laufenden Friedensinitiativen laufen ebenso wieder an der UNO vorbei, es wird verhandelt zwischen den USA, Israel und den arabischen Staaten. Was außer einer Resolution sollte die Dritte Welt tun können?

Ähnlich verhält es sich in anderen Bereichen. Beispiel Falkland-Konflikt. Die Blockfreien-Bewegung wird auf der UNO-Konferenz einen Antrag einbringen, der die „Wiederherstellung" der argentinischen Souveränität über die Inseln fordert. Derweil baut Großbritannien die Inseln zum Stützpunkt aus und vergibt Lizenzen für Erdölförderung in der 200 Meilen-Zone der Inseln.

Ein anderes aktuelles Beispiel sind die Forderungen nach Beginn von Globalverhandlungen über die Etablierung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Vor genau einem Jahr auf der Tagung in Cancun sollte hierzu der erste Schritt unternommen werden. Inzwischen ist davon kaum noch die Rede. Die meisten Länder der Dritten Welt stehen vor einem unübersehbaren Schuldenberg, insgesamt 850 Mrd. Dollar. Im Grunde ist der Anlauf für eine neue Weltwirtschaftsordnung politisch schon gescheitert. Die nächsten beiden wichtigsten Konferenzen, die GATT Ministerkonferenz in diesem Jahr und UNCTAD VI im März 1983 sehen die Staaten der Dritten Welt in einer äußerst schwachen Position und kaum in der Lage *gegen* die entwickelten Länder zu handeln. Das neue Seerecht wird jetzt unterzeichnet. Da aber die USA und einige EG-Länder, darunter die BRD, evtl. zwar unterzeichnen, aber nicht ratifizieren werden, bleibt es zumindest für den Tiefsee-Abbau von Manganknollen ein Stück Papier, weil weder die Technologie vorhanden ist noch irgendjemand die USA wird hindern können, entgegen dem Seerecht das Meer dort zu plündern, wo sie wollen.

Die Krise der UNO ist zugleich eine Krise der politischen Bewegung der Staaten der Dritten Welt.




Proteste und Demonstrationen gegen die Kürzungen bei Sozialversicherungen und Sozialleistungen häufen sich. In diesen Tagen beginnen die Demonstrationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes in fast allen Bundesländern.

Mit Macht gegen Ausländer

## Mit Macht gegen Ausländer

### Zwar keine Gesetze, aber Ausrichtung des Staatsapparates zu erwarten

*gkr.* Viel Raum hat Helmut Kohl der Innenpolitik nicht gewidmet. In seiner Regierungserklärung noch weniger als vorher in der Koalitionsvereinbarung. Und diese Regierungserklärung konzentriert sich vollständig auf Aussagen zur Ausländerpolitik, einen von vier Schwerpunkten des „Aktionsprogramms". Aber selbst hier sind die Festlegungen, vergleicht man es einmal mit den Ankündigungen für den Bereich der Sozialpolitik, der Lockerungen für den Wohnungsbau etc. äußerst unkonkret. Man muß zwischen den Zeilen lesen, um eine Vorstellung von der Richtung zu bekommen, in die die „Koalition der Mitte" zu gehen gedenkt.

Da ist der erste Grundsatz zur Ausländerpolitik: Integration, sie ist aber nur möglich bei Begrenzung der Zahl der in der BRD lebenden Ausländer. Und im zweiten Grundsatz wird präzisiert, wie: Beibehaltung des Anwerbestopps und Begrenzung des Familiennachzugs. Letzteres kann eigentlich nur die Herabsetzung des Nachzugsalters für Kinder von Ausländern auf 6 Jahre bedeuten, zumindest ist das die Absicht von CDU und CSU. In der FDP gibt es darüber Widersprüche, immerhin war selbst in der sozialliberalen Koalition weniger die SPD die Bremse gegen derartige Pläne, die schon diskutiert wurden, als vielmehr die FDP. Und als drittes soll „die Rückkehr erleichtert werden", sprich materielle Anreize sollen für eine Rückkehr geschaffen werden. Auch das ist im Grunde ja nicht neu, in dem Koalitionspapier werden auch die einzelnen Maßnahmen weiter präzisiert:

„– Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes; – vereinfachte Beitragserstattung in der gesetzlichen Rentenversicherung für rückkehrwillige Ausländer; – sonstige Förderungsmaßnahmen zur Familienzusammenführung in der Heimat, unter Einbeziehung einer Kapitalisierung des Kindergeldanspruches für einen begrenzten Zeitraum."

Das letztere unter dem Stichwort „Famlienzusammenführung" noch als soziale Wohltat zu verkaufen, ist besonders infam, werden doch gerade alle Maßnahmen ergriffen, zu verhindern, daß Kinder zu ihren Eltern nachziehen können.

Aber dort, in dem Koalitionspapier, wird auch gleich gedroht: Diese Geldzahlungen sollen nur für einen bestimmten Zeitraum gelten. Wer bis dahin nicht gesprungen ist, wer vielleicht erst weitere Möglichkeiten prüfen wollte, soll gar nichts mehr erhalten, wenn er „Familienzusammenführung" in seiner Heimat praktizieren will (weil ja Frau und Kinder nicht nach Deutschland dürfen).

Wie gesagt, solche Konkretisierungen stehen in der Regierungserklärung nicht. Und auch nicht mehr taucht dort auf, daß Asylbewerber *grundsätzlich* während der Dauer des Ayslverfahrens keine Arbeitserlaubnis erhalten sollen. „Wir werden auch alles tun, um den Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern", heißt es nur noch kurz. Die konkrete Ausformulierung soll eine Kommission bis zum 1. März besorgen. Tatsächlich ist wohl kaum damit zu rechnen, daß bis zu Neuwahlen am 6. März diese Koalition weitere Gesetze zur Verschärfung des Ausländerrechts auf den Gesetzgebungsweg schickt. Die kurze Zeit bis zu Neuwahlen ist zwar ein Grund für die Zurückhaltung der schwarz-gelben Koalition, aber nicht der einzige. Differenzen zu FDP in verschiedenen Fragen mögen einen weiteren Grund abgeben.

Viel wesentlicher als weitere Gesetzesänderungen ist aber eine Ausrichtung des Beamtenapparates im Sinne einer reaktionären Wende. Insofern ist eine der wenigen Änderungen, die im Bereich der Innenpolitik gleich nach Antritt der neuen Bundesregierung vollzogen wurde, von mehr als symbolischer Bedeutung: die Rücknahme des Gesetzentwurfs, der bei Beamten die Treuepflicht je nach Funktion etwas lockern sollte. Auf diesen Beamtenapparat wird es ankommen, ob die schon vorhandenen Gesetze in aller Schärfe angewandt werden.

Da ist es sicher Zufall, aber es drückt doch auch eine innere Logik aus, daß etwa gleichzeitig mit dem Regierungsantritt die Begründung des „Skandal"-Urteils des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs zur Frage des Asylrechts für von Folter bedrohte Türken bekannt wurde. Der Kläger müsse zwar bei seiner zwangsweisen Rückkehr in die Türkei mit Gefängnis und auch Folter rechnen, doch dies sei keine politische Verfolgung, denn die politischen Aktivitäten, deretwegen er dann verfolgt würde, seien in der Türkei strafrechtlich verboten. Es handle sich also um keine politische, sondern um strafrechtliche Verfolgung. Immerhin könnte man ja leicht argumentieren, im Hitler-Faschismus waren KPD und SPD verboten, also waren diejenigen, die wegen Mitgliedschaft verfolgt wurden, nicht politisch, sondern nur strafrechtlich verfolgt. Also gab es während des Faschismus keine politisch Verfolgten. Was sollte dann noch die ganze Argumentation, das Asylrecht sei wegen der Erfahrungen während des Hitler-Faschismus ins Grundgesetz gekommen. Die Herren Verwaltungsrichter sollten vielleicht das gleich als scheinheilige Lüge der Väter des Grundgesetzes „entlarven".

Auf jeden Fall bietet dieses Urteil eine gute Grundlage für eine von dieser Koalition beabsichtigte Ausrichtung des Staatsapparates, gibt es doch, welch ein Ärger, unter den „einfachen" Verwaltungsrichtern immer noch einige, die z.B. Kurden zugestehen, daß sie in der Türkei politisch verfolgt werden, die das Regime als Unrechtsregime bezeichnen. Und bei solchen Urteilen haben dann die Staatsorgane alle Absicht, die Verfahren zu beschleunigen, vergessen, da gehen sie dann in die Berufung gegen die Anerkennung des Asylrechts. So oder so geht es ja bei der ganzen Auseinandersetzung nicht darum, das Asyl*verfahren* zu beschleunigen, sondern die Asyl*verweigerung* und *Abschiebung*. In diese Richtung wird man vielleicht nichts Spektakuläres von Zimmermann hören. Daß er aber so wirken wird, ist sicher.

# Prozeß gegen A. Schubart wegen „Nötigung von Staatsorganen“

und die Debatte über ein „Amnestiegesetz“

*wen.* Am 27. Oktober findet die erste Verhandlung im Prozeß gegen A. Schubart vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt statt. Die Anklageschrift enthält die Anschuldigungen: 1. Versuchte Nötigung eines Verfassungsorgans, da er die Landesregierung durch die Androhung und Anwendung von Gewalt versucht habe zu nötigen – in Hinblick auf einen Baustop an der Startbahn. 2. Nötigung von Verkehrsteilnehmern. 3. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und 4. Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall, indem er auf eine Menschenmenge eingewirkt habe, Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen auszuüben. Der Staatsschutzsenat will die Anklage v.a. auf die Punkte 1 und 4 konzentrieren, wobei beim 4. Punkt hinzukommen soll, daß Schubart als Rädelsführer agiert habe.

Im Prozeß wird es v.a. um Schubarts Rede am 14.11.81 auf der Demonstration von 150000 Menschen in Wiesbaden gehen, in der er abschließend – entsprechend einem Beschluß der Bürgerinitiative – aufrief „... eine Inspektion vorzunehmen, um festzustellen, ob der Frankfurter Flughafen wirklich so klein ist, daß er eine dritte Startbahn braucht ... Das Ziel unserer morgigen Aktion ist: Es muß vollständig gewaltfrei ablaufen!“ Der Landesregierung war zuvor eine Frist gesetzt worden, bis zu der angesichts der über 200000 abgegebenen Unterschriften zum Volksbegehren gegen die Startbahn eine Erklärung über ein Moratorium bis zum Abschluß des Volksbegehrens und Volksentscheids erfolgen sollte. Am folgenden 15. November kam es dann zu der Demonstration am Flughafen, die durch einen der bisher größten Einsätze von Polizei und BGS in eine Schlacht umgewandelt werden sollte. Nachdem die Polizei die Leute auf die Autobahn getrieben hatte, kam es zu einer Blockade der Autobahn. Zur gleichen Zeit gab es eine Demonstration und Aktionen an der Mauer des Bauloses 1 der Startbahn.

Es sollen nun sämtliche Aktionen und Vorfälle, die es am 15.11. gab, A. Schubart angehängt werden, der nachweislich an diesem Tag zu Hause war. Die Konstruktion läuft dabei über die Anklage als Rädelsführer, wobei es belanglos sein soll, ob dieser überhaupt anwesend ist, quasi eine Art „ideeller Gesamttäter“. An diesem Punkt wird versucht, über das bestehende Demonstrationsrecht hinaus, schon geplante Gesetzesänderungen, auch was den Landfriedensbruch betrifft, vorwegzunehmen. Dies liegt auf der Linie, daß in Zukunft Verantwortliche für Demonstrationen für alles herangezogen werden sollen, was auf einer Demonstration geschieht.

Ähnlich wie bei anderen Prozessen werden auch hier an den Strafprozeß Zivilklagen von Polizei und Flughafen AG angehängt. So will die FAG 40000 DM für zerstörte Streben an der Mauer von Schubart haben, weil dieser gesagt habe, die Mauer müsse weg.



Man sieht, daß es hier nicht nur um die Person Schubarts geht, er steht als Repräsentant der Bewegung vor Gericht. Es geht um die Frage der Berechtigung des Widerstandes gegen die Startbahn und um die Frage, mit welchen Mitteln die Landesregierung gegen die Bewegung vorgegangen ist. Noch während das Volksbegehren lief, wurden durch die Räumung des 7 ha Geländes und durch die Hüttendorfräumung und die folgende Rodung Tatsachen geschaffen, gegen die ja gerade das Volksbegehren dienen sollte. Das Vorgehen der Landesregierung, die gezielt die Konfrontation eskalierte, soll mit diesem Prozeß im nachhinein juristisch abgesegnet werden. Insofern ist dies ein politischer Prozeß, dem man mit politischen Mitteln begegnen muß. Wenn versucht wird, über die Person Schubarts die gesamte Bewegung und ihren Widerstand zu kriminalisieren, so kann die Antwort nur lauten, die guten Gründe gegen die Startbahn erneut zu betonen und durch ein erneutes Aufrollen der damaligen Ereignisse zu zeigen, daß es die Landesregierung war, die versucht hatte, den Konflikt mittels Gewalt gegen die Bewegung zu lösen.

Aufgrund der harten Anklage gegen A. Schubart hat dieser Prozeß zwar besondere Bedeutung – andererseits laufen über 1000 weitere Verfahren wegen „Widerstand“, „Landfriedensbruch“, „Körperverletzung“ und „Sachbeschädigung“. Aufgrund der schwierigen Lage bei der laufenden Betonierung, in der eine Verhinderung der Startbahn nicht mehr möglich erscheint, gibt es auch Probleme, die Solidarität in den Prozessen zu organisieren. Bevor diese richtig anläuft, gibt es bei einigen schon die Differenzierung zwischen denen, die sich „gewaltfrei“ verhalten haben und die Opfer einer willkürlichen Polizeitaktik wurden, und jenen, die z.B. Streben geknackt haben oder Steine geworfen haben. Notwendig ist dagegen ungeteilte Solidarität. Befürchtet wird z.T., daß nun der Prozeß gegen A. Schubart nicht dazu führt, daß auch die Solidarität mit allen anderen Angeklagten wächst, sondern daß diese durch den großen Prozeß in den Schatten geraten. Dies entscheidet sich auch an der Frage, ob man die Solidarität mit „Aschu“ damit begründet, daß er schließlich immer und auch am 14.11. zur Gewaltfreiheit aufgerufen hat oder ob man diese daran ansetzt, daß jeglicher Widerstand berechtigt war, auch wenn er nicht haarklein dem BI-Konzept entsprach.

Damit hängt die Frage zusammen, wie eine politische Kampagne aussehen soll, mit der man auf die Prozesse antwortet. Reicht es allein aus, Einstellung der Verfahren zu fordern, und was kann mit dieser Forderung allein überhaupt erreicht werden? In der Diskussion ist jetzt der Vorschlag, ein *Straffreiheitsgesetz* zu fordern, was bedeuten würde, daß laufende Verfahren eingestellt, bisher nicht rechtskräftige Urteile aufgehoben werden und bei rechtskräftigen Urteilen die Strafe nicht vollstreckt wird. Dieses Gesetz müßte ein Bundesgesetz sein und sollte auch Straffreiheit bei anderen Auseinandersetzungen (AKW, Hausbesetzung usw.) beinhalten und wird vorgeschlagen als ein zentraler Punkt im Bundestagswahlkampf für die Grünen oder alternative Listen. Positiv ist der Aspekt, daß eine solche Kampagne verbunden sein müßte mit der Forderung nach einem *Widerstandsrecht* in ökologischen Fragen oder auch bei militärischen Projekten. Thema wäre dann auch ein Einspruchsrecht der Kommunen gegen bestimmte Projekte.

Kritiker dieser Pläne sehen v.a. die Gefahr, daß über die Aktivitäten für ein Straffreiheitsgesetz die konkrete Solidarität mit den Angeklagten unter den Tisch fällt und alles wieder auf eine „legalistische Schiene“ verlagert wird, zumal auf den ersten Blick die Durchsetzungskraft für eine solche Regelung auch nicht so groß ist. Teilweise ist die Kritik prinzipiell, man wolle von dem Staat, der seinen Charakter gezeigt hat, keine „Gnade“ oder „Amnestie“ erbetteln und dies mit Distanzierungen erkaufen. Eine Amnestie zeige eher die Stärke des Staates als unsere Kraft.

Sicherlich hätte ein Straffreiheitsgesetz einen Doppelcharakter und hieße für die Bewegung, daß man dem Staat das Recht abspricht, über die Bewegung zu urteilen, auch wenn der Staat dies als Gnade verkaufen will. Soweit der gegenwärtige Stand der Diskussion.

**Abschließend Termine und Adressen:** Der Prozeß gegen A. Schubart beginnt am 27.10., 9 Uhr Ger.saal 146A in Frankfurt und wird jeweils montags und mittwochs laufen.

Am 27.10. findet um 19 Uhr im Volksbildungsheim Frankfurt eine Veranstaltung zur Kriminalisierung, Schubarts Prozeß und der Verschärfung des Demonstrationsrechts statt.

Unterschriftenlisten zur Solidarität mit A. Schubart und eine Dokumentation (2,00 DM) können bezogen werden über das Komitee „Solidarität mit A. Schubart“, Hamburger Allee 49, 6000 Frankfurt.

Spenden für die Prozeßkosten können auf das Konto „Klaus Vack – 6121 Sensbachtal“, Konto 368157-606, PschA Frankfurt überwiesen werden.

Informationen über sämtliche Prozesse gibt es bei der Bunten Hilfe, c/o. Club Voltaire, Kl. Hochstr. 5, 6 Ffm.



Tausende von Umweltschützern versammeln sich friedlich vor dem Flughafen-Terminal. Dann schlägt die Polizei los und treibt die Startbahngegner auf die Autobahn.

## Wenig Interesse für alternative Liste in Frankfurt

*cof.* Die Initiative Demokratische Sozialisten hatte für vergangenen Freitag zu einer „ersten Diskussion/Vorbesprechung“ eingeladen darüber, „in welcher Form sich das breite Protestpotential in die Wahlen einbringt“. Der Einladung, die an zahlreiche linke Organisationen, die Grünen, an Bürgerinitiativen, Frauengruppen und gewerkschaftlichen Initiativen gegangen war, sind nur ein paar Leute gefolgt: die GIM, ein Vertreter des AKL, Alexander Schubart – hauptsächlicher Initiator der Alternativen Liste Hessen. Der KB war verhindert. Ein Vertreter der SDAJ war unaufgefordert erschienen. Das „real existierende Protestpotential“ hatte sich nicht eingefunden, weshalb gleich zu Anfang vorgeschlagen wurde, sich zu vertagen, da die Standpunkte der Anwesenden, also der Befürworter einer AL, das besondere Interesse der DKP-Richtung an einem Bündnis verschiedener Organisationen und die Befürwortung einer offenen grünen Liste seitens des KBW sowieso bekannt seien. Trotzdem kam es dann zu einer Diskussion, die sich wie immer bei solcher Gelegenheit um die außerhalb der Grünen behauptete grüne Blindheit gegenüber der „sozialen Frage“ drehte, wogegen dann eben die gewerkschaftlichen Forderungen hochgehalten werden, und daß der Kampf gegen den Sozialabbau im Mittelpunkt stehen müsse. Man konnte sich halbwegs darauf einigen, daß es hinsichtlich solcher Forderungen keine gravierenden Differenzen zum Programm der Grünen gibt, daß umgekehrt das Hauptproblem linker Politik in der Frage ihrer Durchsetzungschancen liegt. Wir meinten, daß man sich nicht lange mit „Organisationsfragen“ der Wahlbeteiligung aufhalten solle, sondern gemeinsame Arbeitszusammenhänge auch mit den Grünen anstreben müsse, um über Inhalte eines kurz- wie auch längerfristigen Programms zu streiten und ihre Listen zu öffnen. Doch das ganze ging schließlich aus wie das Hornberger Schießen. „Die Grünen wollen nicht mit uns, und dann wollen wir auch nicht mit ihnen.“ Die Debatte der AL-Anhänger wurde auf die hessische Gründungsversammlung am 6./7. November in Frankfurt, Haus der Jugend, vertagt. Geplant ist, dort nicht allzulange über die Bündnisfrage selbst zu diskutieren und sich auch nicht von der DKP unterbuttern zu lassen, sondern den „allerersten Rohentwurf einer inhaltlichen Plattform“ sowie eine Satzung zu verabschieden.

## Jetzt doch keine a.o. vds-MV!

*jöf.Köln.* Auf seiner letzten Sitzung hat der Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) beschlossen, nun doch keine a.o. vds-MV zwecks Debatte und Beschlußfassung über eine bundesweite BAföG-Demonstration einzuberufen, sondern diese durch den vds-Zentralrat beschließen zu lassen. Während der MSB an dem Vorschlag der a.o. MV festhielt, wurde er von SHB und Jusos abgelehnt. Das Interesse der Jusos an der Aktion scheint ziemlich gespalten zu sein. Während die Entscheidung des SHB mehr auf ein Wechselspiel im GO-Lager hinweist, mit dem Ziel, zwar große Worte über eine a.o. MV zu führen, aber letztlich es bei einer unverbindlichen „ASten-Aktionskonferenz“ zu belassen, die nun wieder im Gespräch ist. Diese soll dann unter dem Thema „Wie kann die Studentenbewegung gegen eine Rechtsregierung kämpfen?“ laufen. Auf der Zentralratssitzung am 15.10. kam es aber zu keiner Entscheidung über eine Demonstration, die der vds-Vorstand bereits für den 9. oder 12.12. (voraussichtlicher Zeitpunkt der Haushaltsberatung) terminiert hat. Diese Entscheidung ist nun auf die vds-Zentralratssitzung am 28.10. vertagt. Ein wesentlicher Grund der Vertagung sind die bisher ergebnislosen Verhandlungen mit Gewerkschaften zur Unterstützung der Demonstration, die nun mit DGB und GEW noch weitergeführt werden sollen. Einerseits ist es auch den vds-Vorständlern zu einem gewissen Grad klargeworden, daß eine „reine Studenten-Demo“ keine Perspektive bietet, andererseits für sie problematisch, die spezifischen ideologischen Vorstellungen, die MSB und SHB mit der staatlichen Sparpolitik verbinden, mit der Sichtweise der DGB-Gewerkschaften unter einen Hut zu bringen, dabei sind z.B. Teile des GEW-Hauptvorstandes offensichtlich sowieso skeptisch, mit einem DKP-dominierten und längst nicht mehr repräsentativen studentischen Dachverband Aktionen zu organisieren; weniger liegt's offenbar an der von seiten des MSB unterstellten „Inkonsequenz und Zurückhaltung, gegen die neuen Regierungsmaßnahmen Kampfschritte unternehmen zu wollen“.

## Physikum: Prüfung nicht bestanden

*kvz.* In der ärztlichen Vorprüfung Herbst '82 (Physikum) liegt der Prozentsatz der richtig beantworteten Fragen bundesweit bei 59,5%, also unter der Mindestbestehensgrenze von 60% der Fragen. Durch unklare Fragen und solche, die erst nach klinischem Studium zu beantworten sind, war diese Prüfung ähnlich schwer (Durchfallquote 22,6%) wie das Märzexamen 1981, wo 56% der Kandidaten durchgefallen waren. Nach Streiks der Medizinstudenten und einer Demonstration mit 8000 Teilnehmern in Bonn war damals die Durchfallquote zurückgenommen und die 18%-Gleitkausel wieder eingeführt worden. Die Klausel besagt, daß alle Prüflinge, die 18% weniger Fragen als der Bundesdurchschnitt richtig beantwortet haben, dennoch bestanden haben. In diesem Falle müßten also alle, die mindestens 48,1% erreicht haben, noch das Zeugnis bekommen. Durch die 1981 in die Gleitklausel als Anker eingebaute Untergrenze von 50% kann die Klausel nicht voll greifen. Die Prüfungsmacher können also nach wie vor beliebig die Anzahl der nicht bestandenen Examen steuern. Das liegt ganz auf der Linie des Marburger Physiologen Golenhofen, der schon vor 2 Jahren im Ärzteblatt gefordert hatte, das Physikum zur entscheidenden Auslesehürde mit Durchfallquoten um 50% auszubauen. Letzten Freitag trafen sich in Frankfurt Vertreter der vds-Fachtagung Medizin zusammengeschlossenen Studentenschaften und Betroffene. Zunächst wurde die juristische Lage abgeklärt und die Möglichkeit, durch individuelle Klagen das zentrale Prüfungsinstitut (IMPP) unter Druck zu setzen. In der Beratung des politischen Vorgehens wurde ein Zusammenhang hergestellt zur anstehenden 4. Novelle der Ausbildungsordnung, die statt mehr praktischer Ausbildung und grundlegender Reform nur Prüfungsverschärfungen und Aufnahme von Katastrophenmedizin (= Kriegsmedizin) in den Prüfungskatalog vorsieht. Dazu kommen die Kürzungspläne der Bundesregierung im Sozial-, Ausbildungs- und Gesundheitsbereich. In einer Erklärung wehrt sich die Fachtagung gegen diese Absichten und fordert Abschaffung des 50%-Ankers, grundlegende Ausbildungsreform und keine Kürzungen. Unter diese Erklärung werden bundesweit Unterschriften gesammelt. Auf einer Fachtagung am 13./14.11.1982 soll in Aachen die Lage erneut beraten werden.

## *mine · Termine · Te*

- **27. Springen/Taunus.** Bundeskonferenz der dju, bis 29.10.
- **28. Bottrop.** 16. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie, bis 30.10.
  **Wuppertal.** „Der Mythos vom harten Kern“. Jahrestagung der DPSG, Gesellschaft für soziale Psychiatrie
- **30. Stuttgart.** Landesweite DGB-Demonstration gegen Sozialabbau etc., Demonstration ebenfalls in **Hannover**
  **Salzgitter.** Demonstration gegen den Schacht Konrad
- **31. Recklinghausen.** Auch wir wollen eine Zukunft. Veranstaltung zum Thema Ausländer und Gewerkschaft

**November**

- **2. Aachen.** 10. Bundespersonalräte-Konferenz der DPG, bis 3.11.
- **4. Bremen.** Demonstration und Kundgebung des DGB gegen Sozialabbau
- **5. Kassel.** Anti-AKW-Konferenz, bis 7.11.
  **Berlin.** Parteitag der FDP, bis 7.11.
- **6. Hamburg. Saarbrücken.** Demonstration und Kundgebung des DGB gegen Sozialabbau
  **Frankfurt.** Vorbereitungstreffen für die Europäische Friedenskonferenz in Westberlin im Mai 1983, bis 7.11.

*ges*. Man darf nicht vergessen: die jetzigen Demonstrationen sind schon unter der alten Regierung notwendig geworden. Schon die alte Regierung hat die Wende der Sozialpolitik eingeleitet und kannte gegenüber der kapitalistischen Krise kein anderes Rezept, als den Forderungen der Kapitalisten nach Abbau der Sozialleistungen entgegenzukommen. Es den Kapitalisten möglichst recht zu machen, war die Devise. Der Unterschied ist: die Sozialdemokratie war dazu nur zögernd bereit und litt zunehmend unter moralischen und politischen Bauchschmerzen.

Rückblickend schreibt der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen: „Der DGB hat schon sehr frühzeitig ein Konzept zur Bekämpfung der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit vorgelegt. Leider wurden die gewerkschaftlichen Vorstellungen im Bundestag nicht realisiert." So ist es. Die neue Bundesregierung verfolgt den bereits von der SPD-FDP-Koalition eingeschlagenen Kurs des Sozialabbaus und der Entfesselung der Profitproduktion ohne sozialdemokratische Skrupel und mit Entschiedenheit weiter. Sie verschärft ihn und umgibt ihn mit der höheren Weihe Kohlscher Phrasen. Es bleibt aber wahr, daß die Forderungen des DGB auch bei der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung auf keine Gegenliebe gestoßen sind und daß es überhaupt nichts bringt, der Regierung Schmidt nachzuweinen. Die Forderungen der Gewerkschaften, Beschäftigungsprogramm, Arbeitszeitverkürzung und gesellschaftlich kontrollierte technische Entwicklung sind nicht mit den Interessen der Kapitalisten abzustimmen und kompromißfähig zu machen. Unterstützt man sie, dann gerät man in Gegensatz zu den Kapitalisten; will man das nicht, dann kann man die gewerkschaftlichen Forderungen nicht unterstützen.

Die Sozialdemokratie wird sich langsam entscheiden müssen, wie sie es hält, und die Gewerkschaften werden nicht länger hinter den Parteien herrennen können, sondern werden als selbständiger politischer Faktor für ihre Forderungen kämpfen müssen. Dazu können die jetzigen Demonstrationen einen Anfang bilden.



# Auf die Änderung der Entwicklungsrichtung kommt es an

## Einzelkorrekturen an der Regierungspolitik werden nicht reichen

In den letzten Jahrzehnten sind dem Kapitalismus in seiner Ausbeutung von Mensch und Natur einige Schranken gezogen worden und das verursacht den Kapitalisten Kosten. Solange z.B. die Arbeitslosenversicherung funktioniert, können die Kapitalisten die Löhne nicht beliebig drücken und mit den Löhnen müssen sie Lohnnebenkosten zahlen für die Erhaltung der lohnabhängigen Bevölkerung insgesamt und nicht nur der Arbeiter, die sie ausbeuten.

So lächerlich die Umweltauflagen sind, so sind sie den Kapitalisten doch schon zuviel. Die Kosten der Umweltzerstörung wollen die Kapitalisen nicht senken, indem sie die Verschwendung und Zerstörung der Naturkraft beenden, sondern dadurch, daß ihnen diese Kosten nicht gesellschaftlich verrechnet werden. Die Bedürfnisse der Arbeiter und die Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen sind den Kapitalisten nichts als „Investitionshemmnisse" und die wirtschaftliche Krise erscheint ihnen als günstige Gelegenheit, diese Hemmnisse zu beseitigen. Dazu haben sie jetzt die vollends passende Regierung.

### *Die DGB-Forderungen liegen quer zur kapitalistischen Entwicklung*

Wir brauchen uns nicht zu wundern, daß die DGB-Forderungen bisher Makulatur geblieben sind. Solange die Kapitalisten das Sagen haben, pfeifen sie auf gutgemeinte Ratschläge. In den Vorschlägen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung von 1977 hieß es: „Gefordert wird ein beschleunigtes qualitatives Wachstum, das gleichermaßen auf die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Verbesserung der Lebensqualität ausgerichtet ist." Auch eine verblasene Ausdrucksweise ändert nichts daran, daß diese Forderung quer zur Entwicklungsrichtung des Kapitalismus liegt.

Lebensqualität soll doch wohl heißen, daß die Arbeitskraft in der Produktion nicht weiter zerstückelt und schärfer ausgepreßt wird und daß die gesellschaftlichen und natürlichen Lebensbedingungen außerhalb des Produktionsprozesses verbessert werden. Genau umgekehrt aber ist die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung und so weit sich diese Tendenz nicht ungehemmt durchsetzen kann, reden die Kapitalisten von Anspruchsgesellschaft. Aus ihrer Sicht stimmt das ja auch. Es drückt halt auf die Profitrate, wenn die Arbeitskraft innerhalb des Produktionsprozesses geschont wird und wenn aus dem Mehrwert Arbeiten finanziert werden sollen, die nicht unmittelbar Mehrwert produzieren, sondern z.B. der Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Stadt oder der Ausbildung dienen.

Auch solchen Forderungen, die an sich mit der kapitalistischen Produktionsweise vereinbar erscheinen, stoßen auf den entschiedenen Widerstand mächtiger Interessen, weil sie sich in anderer Richtung engagiert haben und ihr Kapital weiterhin profitabel verwerten oder ihren Kapitalvorschuß erst noch mit einem Profit zurückhaben wollen.

Zweifellos kann man die Energieversorgung der Bundesrepublik anders gewährleisten als mit verschwenderischen und umweltzerstörenden Groß- und Kernkraftwerken, und dieser Umbau der Energieversorgung würde auch Arbeitsplätze schaffen oder jedenfalls sichern. Aber an dieser Energieversorgung wird ja kräftig verdient. Die Entscheidungen fielen vor Jahrzehnten. Seither haben sich die Entscheidungsgrundlagen geändert, aber nicht die Kapitalströme. Mit der Größe des Kapitals und der Projekte hört die kapitalistische Entwicklung auf, flexibel zu bleiben. Bessere Bedingungen für Energieeinsparung durch Wärmedämmung, Kraftwärmekopplung, Fernwärme und alternative Energieerzeugungsarten würden die Investitionsströme in eine ganz andere Richtung lenken müssen als in die, wo gegenwärtig von seiten der Energieversorgungsunternehmen große Kapitalmassen festgeritten sind und weiterhin festgeritten werden.

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wäre natürlich vernünftig, genauso wie eine Verlagerung des Fernverkehrs auf die Schiene, aber diese vernünftige Forderung verlangt ja die Umkehr einer ganzen Entwicklungs-

verkehrs auf die Schiene, aber diese vernünftige Forderung verlangt ja die Umkehr einer ganzen Entwicklungs-

richtung, die die Bundesrepublik zusammen mit den anderen kapitalisten Ländern in den letzten Jahrzehnten genommen hat und in der weiterhin Profite gemacht werden wollen. Billiger, rascher und umweltfreundlicher Nahverkehr ist zum Beispiel nicht damit zu vereinbaren, daß unter Berufung auf den gesellschaftlich verfügten Zwang zum Privatwagen als Normalverkehrsmittel die „autogerechte Stadt" den Ausgangspunkt der öffentlichen Nahverkehrspolitik bildet. Soll dann der öffentliche Nachverkehr rasch sein, dann muß er unter die Erde. Das macht ihn teuer und schließt ein dichtes Netz des öffentlichen Nahverkehrs aus. Soll er billig und umweltfreundlich sein, dann kann er nicht rasch sein, weil die Straßenbahnen an jeder Straßenecke hängen bleiben. Zur Bequemlichkeit gegenüber dem Automobilverkehr trägt das nicht gerade bei.

Kurz und gut: Die Forderung des DGB setzt die Revision verkehrspolitischer Grundsatzentscheidungen voraus, in deren Rahmen sich nicht nur sämtliche Gewohnheiten entwickelt haben, sondern, und das ist entscheidend, sich das Kapital profitabel eingerichtet hat und sich weiterhin zu verwerten gedenkt. Eine Umkehr dieser Grundsatzentscheidungen ist zwar gesellschaftlich unumgänglich, aber gegen mächtige Kapitalinteressen gerichtet. Weil jede solche Umstellung vorübergehend die Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals belasten würde, ist es für die betroffenen Kapitalistengruppen überhaupt nicht schwierig, Unternehmerverbände und Verwaltung fest auf ihrer Seite zu halten. Auch die Bundesbahn ist durch solche verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen in die Misere getrieben worden. Soll das geändert werden, dann wird es einen Umbau der gesamten Industriestruktur nach sich ziehen. Aber nicht Eisenbahnen, sondern Autos sind die Exportschlager der Bundesrepublik.

### *Ein neues Entwicklungskonzept ist notwendig*

Wenn die Forderungen des DGB ernst gemeint sind – und sie sind es wohl – dann können sie ihre Stoßkraft nur entfalten, wenn sie in ein neues Entwicklungskonzept der Gesellschaft eingebettet werden, einer Gesellschaft, die von anderen Prioritäten ausgeht als das Kapital mit seinen Profitinteressen. Darüber legen aber die Gewerkschaften bisher weder sich noch der Gesellschaft Rechenschaft. Im Gegenteil, wer wie etwa die Grünen ausdrücklich eine solche neue Konzeption der gesellschaftlichen Entwicklung fordert und versucht, Elemente zu einer solchen neuen Konzeption der gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen, muß immer noch mit entschiedenem Widerstand aus den Gewerkschaftsvorständen rechnen, ein Widerstand, der auch vor den dümmsten Vorurteilen nicht zurückschreckt. Dadurch wird eine breite Debatte zwischen jenen gesellschaftlichen Kräften, die eine solche neue Konzeption der gesellschaftlichen Entwicklung durchsetzen könnten, behindert.

Zu diesen Kräften gehören die gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen *und* die Bewegungen gegen Umweltzerstörung und Kriegsgefahr, die sich unabhängig von den gewerkschaftlichen Organisationen, aber ebenfalls aus der lohnabhängigen Bevölkerung herausgebildet haben und hauptsächlich von der Jugend getragen werden. Dabei stoßen die Gewerkschaftsbewegung und diese Bewegungen von verschiedenen Ausgangspunkten her auf die gleichen Probleme. Es ist ja schon nicht mehr wahr, daß sich die Grünen einen Dreck um soziale und wirtschaftliche Probleme kümmern würden und vor lauter Bäumen die Arbeiter und ihre Sorgen um Arbeitsplätze nicht sehen würden.

Im Grunde hat der DGB mit seinem Beschäftigungsprogramm am ehesten bei den Grünen Widerhall gefunden, wobei sich wiederum viele Grüne nicht darüber in klaren sind, wie sie sich in entscheidenden Positionen gewerkschaftlichen Forderungen anzunähern beginnen.



So heißt es z.B. in einer Broschüre „Sinnvolle Arbeit für alle! Konzept gegen Arbeitslosigkeit" der Grünen Nordrhein-Westfalen:

„Wir streben eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an, in der das elementare Bedürfnis nach sinnvoller, d.h. sozial und ökologisch orientierter Arbeit für alle Menschen befriedigt wird, die arbeiten wollen. Wir greifen insofern die klassische Forderung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach einem Recht auf Arbeit auf und entwickeln diese Forderung fort, indem wir sie ausdrücklich mit der Vorstellung von Arbeit und Produktion verknüpfen, die sozialen und ökologischen Kriterien entspricht und diese nicht auf dem Altar einer beliebigen Beschäftigung opfert. Einen prinzipiellen Widerspruch zwischen ökologischen Maximen und einem Recht auf Arbeit sehen wir nicht. Das Recht auf Arbeit kann sich nicht auf einen bestimmten Arbeitsplatz beziehen."

Natürlich klingt jedem Gewerkschafter der letzte Satz des Abschnittes übel in den Ohren, denn solche Sprüche bekommt er auch von den Kapitalisten zu hören, wenn von Arbeitslosen höhere Mobilität gefordert wird und man ihnen das Recht abspricht, lediglich eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit anzunehmen. Aber hier geht es ja nicht um Zumutbarkeitsklauseln der Bundesanstalt für Arbeit, sondern darum, daß die Forderung nach Arbeitsplätzen nicht gegen die Einschränkung oder das Verbot solcher Produktionen ausgespielt werden darf, die Produzenten und Komsumenten in Gesundheit und Leben gefährden. Daß es sich nicht um eine grüne Spinnerei handelt, sondern um ein Problem der Gewerkschaftsbewegung selber, zeigt zum Beispiel die Mühe der Gewerkschaften beim Kampf für das Verbot von Asbestverarbeitung oder gegen die Ausdehnung von Rüstungsproduktion und -export, die Einheit ihrer Mitglieder gegen die Spaltungsversuche von seiten der Kapitalistenvertreter zu gewährleisten.

Im einzelnen beginnen die Grünen ganz ähnliche Forderungen zu entwickeln, wie sie der DGB in seinem Beschäftigungsprogramm vertritt. Von einem gesellschaftlichen Standpunkt aus liegt es ja auf der Hand, daß die Forderungen, die dringlichsten Bedürfnisse nach Umweltschutz, nach sinnvollem öffentlichem Nahverkehr, nach Energieeinsparung und umweltschonender Energieerzeugung, nach ausreichenden Wohnungen und menschlicher Stadtstruktur zu befriedigen und die durch den Kapitalismus brachgelegte Arbeitskraft gesellschaftlich zu nutzen, sich gegenseitig ergänzen. Höchstens äußerste Not treibt einen dazu, vom Nutzen der Arbeit ganz abzusehen. Wie man auch einigermaßen blind sein müßte, um zu verkennen, daß für die Umgestaltung dieser Gesellschaft eine ganze Menge Arbeit notwendig sein wird.

Es ist nicht verwunderlich, daß sich Gewerkschaften und „neue soziale Bewegungen" von unterschiedlichen Ausgangspunkten her gleichen oder ähnlichen Positionen nähern, da sie beide Interessen der Masse der Bevölkerung

chen Positionen nähern, da sie beide Interessen der Masse der Bevölkerung

verfechten, und das sind halt die Lohnabhängigen. Das gemeinsame Problem ist, daß offensichtliche Bedürfnisse und brachgelegte Arbeitskraft nicht in nützlicher Arbeit zur Befriedigung dieser Bedürfnisse zusammengebracht werden können, solange das Kapital uneingeschränkt über die Produktionsmittel verfügt und diesen schreienden Widerspruch hervortreibt.

### *Arbeitslosigkeit ist kein unerwünschtes Nebenprodukt des Kapitalismus*

Dem jeweiligen Kapitalisten ist es natürlich nicht recht, wenn er Pleite geht oder seine Produktion drosseln und deshalb Entlassungen vornehmen muß. Aber die gegenwärtige Arbeitslosigkeit entspringt nicht einfach aus der Depression, in die der Kapitalismus geführt hat, sondern aus der Dynamik des Kapitalismus selber. Der Kapitalismus strebt stets danach, Zeit bei der Produktion einzusparen und er tut dies auf Kosten des Arbeiters.

Der Arbeiter wird zum Anhängsel der Maschinerie degradiert und nach Teilfunktionen zerstückelt, um ihn der Maschine anzupassen. Laufend werden Arbeiter aus dem Produktionsprozeß abgestoßen. Schon in seiner ungebrochenen Dynamik wirkt der Kapitalismus in dieser doppelten Weise: Die eingesparte Arbeitszeit pro Produkt macht die Arbeit einerseits immer unerträglicher und setzt sie andererseits außer Kurs. Krise und Depression verschärfen diesen Prozeß lediglich. Wie der Kapitalismus mit den Menschen umspringt, so springt er mit der Natur um: indem er die Naturkraft nutzt, verschwendet und zerstört er sie.

### *Einige Überlegungen zur Durchsetzung eines Sofortprogramms*

Die Schwierigkeit besteht darin, aus der Abhängigkeit herauszukommen, in der die Kapitalisten alles mit einem machen können und man selber höchstensprotestieren oder Forderungen aufstellen, aber nichts selber in die Tat umsetzen kann. Das macht den Unterschied aus zwischen tariflichen Kämpfen für Lohnforderungen oder um Schranken für die Ausbeutung von Mensch und Natur auf der einen Seite und Kämpfen für positive gesellschaftliche Ziele, entsprechende Investitionen und Beschäftigungsprogramme auf der anderen Seite. Die Hebel für die Verwirklichung solcher positiven Ziele, für entsprechende Investitionen und Mobilisierung von Arbeitskraft liegen in der gegenwärtigen Gesellschaft praktisch ausschließlich in den Händen des Kapitals und des Staates, der wiederum über das Kreditwesen und seiner ganzen Struktur nach vom Kapital abhängig ist. Bis zu einem gewissen Grad können einzelne aus diesem Zusammenhang aussteigen und alternativ leben und produzieren. Aber das geht nur in ganz kleinem Maßstab, und auch dann kann man nicht aus der

*Fortsetzung folgende Seite*

# Leserbriefe

## Positionen zum Nahost-Konflikt

*zu den Thesen in KVZ 39/82*

Einverstanden mit den Schlußfolgerungen der Thesen in Bezug auf
a) daß Anstreben einer realistischen Lösung etwa in Richtung Plan von Fes besser ist als „Hochhalten" von Positionen;
b) daß von der Herausbildung einer jüdisch-israelischen Nation gesprochen werden kann und diese Tatsache berücksichtigt werden muß;
c) daß ein Fortschritt ohne die USA (also an ihnen vorbei) nicht zu kriegen ist.

Trotzdem verschiedene Kritik:
1. Was ist mit den Widersprüchen im arabischen Lager? In den Thesen taucht nur die Seite auf, daß die arabischen Staaten „mehr denn je gezwungen" seien, eine „gemeinsame realistische Initiative für die Rechte des palästinensischen Volkes" zu initiieren (5.). Zugleich waren sie nicht willens oder nicht in der Lage, auch nur etwas näherungsweise Wirksames gegen den israelischen Einmarsch im Libanon zu unternehmen. Zwischen den Interessen des palästinensischen Volkes und denen der arabischen Regierungen besteht keineswegs unumschränkte Identität. „Alle in Palästina entstandenen Revolutionen scheitern in den arabischen Hauptstädten" – bisher hat sich das Sprichwort jedenfalls bewahrheitet. Egal wie man die *Aussichten* des Friedensplans einschätzt, daß zwischen Absichtserklärungen und Taten ein Unterschied besteht, ist allemal festzuhalten. Überdies kann man nicht davon ausgehen, daß für einen Zeitraum von etwa zehn Jahren die Lage in den arabischen Staaten stabil bleibt, sie ist ja jetzt schon instabil (siehe Iran – Irak). Also eine ein wenig naive Einschätzung.
2. Was ist mit den Widersprüchen innerhalb der Palästinenser (bzw. der PLO)? Wenn es stimmt, daß der Libanonkrieg mit einer, zwar ehrenvollen, Niederlage der PLO geendet hat, muß in Rechnung gestellt werden, daß diese Niederlage vorhandene Widersprüche in der PLO verschärft. Es gibt Kritik an Arafat, er sei „auf eigene Faust" nach Fes gefahren, es gibt Kritik, zuviel Vertrauensseligkeit habe geherrscht u. dgl. Es gibt die Forderung nach einer neuen Führung. Wie stark diese Forderung ist, – nicht leicht zu sagen, aber sie existiert. Also ist z.B. die Gefahr einer Spaltung der PLO gegeben. Wer hätte was davon? Israel, die USA und die SU. Hier zu „optimistische" Einschätzung.
3. Was ist mit der Sowjetunion? Erwähnt wird sie ja schon, aber auf lächerliche Weise. In These 8 ist vom „sowjetischen Vordringen im Mittleren Osten" die Rede, in These 9 vom „Schwinden des sowjetischen Einflusses", der, kindisch und in Stammtischpolitikermanier mal leger aufs Versagen der sowjetischen Waffen geschoben wird. Auffällig ist doch, daß PLO-Vertreter (z.B. Frangi auf der Demonstration im September in Bonn) mit den arabischen Staaten ziemlich hart ins Gericht gegangen sind, für die SU aber Verständnis zeigen.

Das *Interesse* der SU, ihre realen Eingreifmöglichkeiten und Potenzen einschätzend, kann nur darin liegen, den Konflikt zu halten wie bisher, nämlich am Kochen. Ein Frieden à l'americaine würde ihr zuviel Operationsmöglichkeiten rauben, einen Frieden nach ihren Vorstellungen ist sie nicht in der Lage zu erzwingen. Was liegt näher, als in der PLO die „Ablehnungsfront" zu unterstützen und auf Spaltung zu argumentieren, in den arabischen Staaten Unzufriedenheit zu schüren und zu hoffen erstens, daß die Flamme nicht ausgeht, zweitens, daß eventuell da oder dort abgestaubt, berechtigte Unzufriedenheit ausgenutzt werden könnte. Das läßt sich mit Aktivität hinter den Kulissen und ansonsten den gewöhnlichen Solidaritätsbekundungen am besten betreiben. Hier ist die Einschätzung der „Positionen" einfach flach.

Worauf läuft es hinaus? Ob man will oder nicht, auf eine Koppelung der Interessen des palästinensischen Volkes an die Politik der USA. Das nenne ich nicht nur eine rechte Position, sondern vor allem eine falsche.

Ansonsten: a) hätte es nichts geschadet zu sagen, daß die Vorstellung der arabischen Nation sich nicht als tragfähig zu erweisen scheint, daß die Nationenbildung vielmehr andere Wege als diesen (ja möglichen) einzuschlagen scheint.
b) besteht kein Widerspruch zwischen einer jüdisch-israelischen Nation und einem säkularen demokratischen Palästina. Durchaus ist es nicht *notwendig* so, daß eine Nation einen Staat voraussetzt, resp. in einem Staat nur eine Nation – besser: Nationalität – leben kann. Beispiele gibts genug (BRD/DDR fürs erste, Jugoslawien fürs zweite), Schwierigkeiten sind natürlich zu erwarten. Jedenfalls halte ich nichts davon, jetzt gleich ein für allemal von der Vorstellung eines demokratischen und nichtreligiösen Palästina Abstand zu nehmen, in dem Juden, Christen und Moslems gleichberechtigt miteinander leben. Allerdings muß das nicht die einzig mögliche Lösung sein und kann andererseits die Anerkennung Israels sogar – ein Weg dorthin sein.

Die Positionen sollten überarbeitet und wo nötig korrigiert werden, bevor sie die Bundesleitung des KBW beschließt.

*Jürgen Walla, München*

## Zur Umstellung von KVZ und KuK

... Vielleicht nutzt ihr (wir) diese Gelegenheit aber auch einmal wirklich, um die Augen nicht vor der notwendigen Entwicklung zu verschließen; egal, ob Zeitung oder Zeitschrift, *notwendig erscheint mir eine KBW-unabhängige Publikation ohne den Namen „kommunistisch" etc.!*

Warum? Nur einer Nicht-Parteizeitung wird es möglich sein, zusätzliche Leser, Mitarbeiter und Unterstützer zu finden. Auch wenn die „Öffentlichkeit" der KVZ/KuK für Menschen außerhalb des KBW gewünscht wird, ist außerhalb einiger anderer kleiner Organisationen, die mal Artikel austauschen, kaum einer (einschließlich der meisten Mitglieder des KBW) bereit, diese Zeitung zu verkaufen oder zu kaufen. Und wer schreibt schon gern für ein Blatt, das jedes Jahr seine Auflage halbiert? Trotz politischem Fortschritt im KBW und seinen Publikationen – im Verhältnis zu früher – kann sich aufgrund der o.g. Entwicklungen die Zeitung nicht grundlegend verbessern, um weiter existieren zu können. Dabei steht der Name „kommunistisch" und ähnliche Bezeichnungen auf Grund der überwiegend schlechten Erfahrungen mit sich so nennenden staatsmonopolistischen Regimen ebenfalls dafür, sich mit dem Inhalt einer solchen Publikation erst gar nicht zu beschäftigen.

Was wäre möglich?

Meiner Meinung nach nicht die Herausgabe einer „Proporz-Zeitschrift" mehrerer „linker" Organisationen, die von den meisten weder gewünscht wird, zumal – angesichts der Tatsache, daß zwischen linken, kommunistischen Strömungen außer in der Frage des plakativen „Ziels" der „klassenlosen Gesellschaft" – z.T. mehr Differenzen bestehen als z.B. zwischen KBW und Grünen. Möglich wäre aber die Herausgabe einer „Wochenzeitung für Politik und Kultur". Auch wenn die Mitglieder des KBW sich auf einer a.o.DK zu einem solchen Angebot entschlössen, ist dennoch nicht gewährleistet, daß die großen Massen angestürmt kommen würden. Eine solche parteiunabhängige Zeitung würde sich zunächst auf die Mitglieder des KBW, Leser der KVZ/KuK, einer Reihe ehemaliger Mitglieder und einzelne Interessenten stützen. Zu mehr wird es wohl zunächst nicht kommen, da die Furcht bei vielen, vereinnahmt zu werden, zu groß sein wird. Eine solche Zeitung wird erst nach und nach einzelne andere Mitarbeiter, parteiunabhängige Leser usw. dazugewinnen. Das hängt davon ab, daß Leser/Mitarbeiter merken, daß nicht einfach eine taktische Namensänderung vorgenommen wurde, sondern daß diese Zeitung ein Angebot an viele ist, die für einen Weg jenseits von Staatsmonopol und Privatkapitalismus, für eine blockfreie und -übergreifende Friedenspolitik, für die Unterstützung der sozialen und nationalen Emanzipation der Völker in Ost, West, Süd und Nord usw. sind.

Eine „Wochenzeitung für Politik und Kultur" hätte die Aufgabe, aktuelle Bewegungen nicht als „Meldungen", sondern zusammengefaßt zu dokumentieren, analysieren und zu kommentieren. Dies muß für möglichst viele Bereiche gelten. Deshalb wäre es nötig, daß an der Mitarbeit Interessierte – außerhalb der zentralen hauptamtlichen Reaktion – sich an einzelnen Projekten zusammenfinden, welche dann sozusagen „Ressort-Redaktionen" sind: für Bildung, Frauen, Jugend, Kinder, Gewerkschaften, Frieden und Rüstung, Ökologie, Ökonomie, Kultur, Außenpolitik, Innenpolitik etc. – um dieses einmal unsortiert zu benennen. Dabei sollten diese Projekte – ähnlich wie die jetzigen AGs – an diesen Ressorts arbeiten und ihre Seiten jeweils selbst fertigstellen, wie die Ressorts anderer Zeitungen auch. (...)

Zur Finanzierung. Aufgrund der zu entwickelnden hauptsächlichen ehrenamtlichen Mitarbeit von Redakteuren dürfte die Zeitung nicht mehr Kosten verursachen als die KVZ. Sie dürfte – weil besser – etwas teurer sein. Statt sie über eine Partei zu subventionieren, sollten die KBW-Mitglieder diesen Teil ihres Beitrages lieber gleich als Förderabo an die Zeitung senden. Ich als Nicht-mehr-Beitragszahler würde das ebenfalls unterstützen und andere, die ich kenne, auch. Und der KBW wäre einen „Zuschußbetrieb" (finanziell) los.

Als *Monatszeitschrift* wäre so etwas z.T. auch durchaus machbar; sicher nicht so aktuell, eher zusammengefaßt. Dafür könnte sich ein guter Umbruch einerseits und theoretische Artikel andererseits entwickeln. Nur ist die Konkurrenz bei Monatszeitschriften größer.

*Gunther, Aurich*

*Fortsetzung:*

Änderung der Entwicklungsrichtung

kapitalistischen Konkurrenz aussteigen und ist zum Beispiel bei Investitionen auf Kredite angewiesen, deren Bedingungen durch die Banken diktiert werden. Spätestens in der Krise stellt sich heraus, daß diese Form des Aussteigens aus der Abhängigkeit beschränkt

mitgliedern getragen werden. Staat und ·Parteien, der Kapitalistenklasse insgesamt kann kaum etwas entgegengesetzt werden, nur den einzelnen Kapitalisten der einzelnen Branchen und auch denen schlecht, sobald es sich um allgemeine Fragen der Arbeiterbewegung handelt, z.B. bei Betriebsschließungen.

Die Schwäche des Beschäftigungsprogramms ist, daß es ganz auf den Staat und die Gutwilligkeit der Kapitalisten berechnet bleibt. Deshalb fehlen

als aktive politische Kraft verhält und auf Politik und Mehrheitsbildung dieser Parteien Einfluß nimmt. Oder soll sich die Gewerkschaftsbewegung auf die Hoffnung beschränken, daß Schmidt wieder dran kommt? Ohne eine Mehrheit im Parlament, die zu Maßnahmen gegenüber den Kapitalisten und den Reichen bereit ist, kann das Investitionsprogramm von oben her nicht in Gang gebracht werden. Eine solche Mehrheit ist durchaus denkbar, wenn die Gewerkschaften nur sel-

alle wesentlichen Hebel in der Hand, und die Lohnabhängigen beschränkten sich darauf, einige Freiheiten und Verbesserungen zu erzielen. Diese werden jetzt entweder zunichte gemacht oder es gelingt, auf die Entwicklungsrichtung selber Einfluß zu nehmen. Noch ist eine Mehrheit vorhanden, die auf keinen Fall die Reaktion, d.h. die Beseitigung der Freiheiten und sozialen Verbesserungen will. Wenn aber die jetzige Regierung erst einmal den Umbau der Gesellschaft in reaktionärer

teurer sein. Statt sie über eine Partei zu subventionieren, sollten die KBW-Mitglieder diesen Teil ihres Beitrages lieber gleich als Förderabo an die Zeitung senden. Ich als Nicht-mehr-Beitragszahler würde das ebenfalls unterstützen und andere, die ich kenne, auch. Und der KBW wäre einen „Zuschußbetrieb" (finanziell) los.

Als *Monatszeitschrift* wäre so etwas z.T. auch durchaus machbar; sicher nicht so aktuell, eher zusammengefaßt. Dafür könnte sich ein guter Umbruch einerseits und theoretische Artikel andererseits entwickeln. Nur ist die Konkurrenz bei Monatszeitschriften größer. *Gunther, Aurich*

*Fortsetzung:*

## Änderung der Entwicklungsrichtung

kapitalistischen Konkurrenz aussteigen und ist zum Beispiel bei Investitionen auf Kredite angewiesen, deren Bedingungen durch die Banken diktiert werden. Spätestens in der Krise stellt sich heraus, daß diese Form des Aussteigens aus der Abhängigkeit beschränkt ist und letztlich nicht gelingt.

Sie ist im übrigen keine Erfindung der Alternativbewegung, sondern in viel größerem Maßstab auch schon von der Arbeiterbewegung mit Hilfe des Genossenschaftswesens versucht worden. Draus geworden sind dann Neue Heimat, COOP und Bank für Gemeinwirtschaft. Dieses Genossenschaftswesen ist verkommen, weil es sich innerhalb eines stabilen und sich entwickelnden Kapitalismus schließlich vollends an diesen anpaßte, bis auch die letzte Spur der genossenschaftlichen Ursprünge beseitigt war.

Dennoch wäre es falsch, das Genossenschaftswesen als eine Form der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Befriedigung durch den Kapitalismus negierter Bedürfnisse abzuschreiben. Heute ist der Kapitalismus alles andere als stabil, und was heute eine genossenschaftliche Insel sein mag, die ständig vom Untergang bedroht ist, kann morgen zu einem modellhaften Ansatzpunkt für den Aufbau einer selbstverwalteten Gesellschaft werden, wenn die Kräfteverhältnisse in gesellschaftlichem Maßstab durch die Arbeiterbewegung und die lohnabhängige Bevölkerung zu ihren Gunsten verändert werden.

Damit das gelingen kann, muß die Arbeiterbewegung sich in die Lage versetzen, ihre Abhängigkeit zu überwinden und selber etwas zu machen. Voraussetzung dafür ist die Selbstorganisation der Arbeiterbewegung und der lohnabhängigen Bevölkerung. Die Gewerkschaften bringen schon allein deshalb politisch auf kommunaler und regionaler Ebene kaum was zustande, weil sie sich fast ausschließlich branchenmäßig organisieren. Dem DGB bleibt es dann meist überlassen, Presseerklärungen herauszulassen und bei den Parteien seine Vorstellungen über die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung vorbeizubringen. Arbeitslose, ein großer Teil der Jugend und der Frauen, die Alten fallen sowieso aus der gewerkschaftlichen Organisation heraus. Formen der Zusammenarbeit mit örtlichen Bewegungen entwickeln sich kaum, auch dann nicht, wenn diese hauptsächlich von Gewerkschaftsmitgliedern getragen werden. Staat und Parteien, der Kapitalistenklasse insgesamt kann kaum etwas entgegengesetzt werden, nur den einzelnen Kapitalisten der einzelnen Branchen und auch denen schlecht, sobald es sich um allgemeine Fragen der Arbeiterbewegung handelt, z.B. bei Betriebsschließungen.

Die Schwäche des Beschäftigungsprogramms ist, daß es ganz auf den Staat und die Gutwilligkeit der Kapitalisten berechnet bleibt. Deshalb fehlen auch alle Überlegungen zur Durchsetzung. Ein großer Teil der Vorhaben des DGB kann nur auf kommunaler und regionaler Ebene in die Tat umgesetzt werden. Das verlangt Änderungen der Finanzverfassung, in der die Kommunen kaum Rechte haben.

Die geplanten Investitionsvorhaben setzen sämtlich die Beteiligung der Kapitalisten voraus. Was aber, wenn diese die Vorhaben sabotieren? Die bisherige Mitbestimmung wird das nicht verhindern können.

Die Finanzierung der Investitionen muß durch Steueränderungen und Parlamentsbeschlüsse ermöglicht werden. Also muß die Gewerkschaftsbewegung für entsprechende Mehrheiten kämpfen, und das geht heute nur, wenn sie sich sowohl gegenüber der Sozialdemokratie als auch gegenüber den Grünen als aktive politische Kraft verhält und auf Politik und Mehrheitsbildung dieser Parteien Einfluß nimmt. Oder soll sich die Gewerkschaftsbewegung auf die Hoffnung beschränken, daß Schmidt wieder dran kommt? Ohne eine Mehrheit im Parlament, die zu Maßnahmen gegenüber den Kapitalisten und den Reichen bereit ist, kann das Investitionsprogramm von oben her nicht in Gang gebracht werden. Eine solche Mehrheit ist durchaus denkbar, wenn die Gewerkschaften nur selber mit den Kapitalisten brechen. Kommt keine solche Mehrheit bei den Wahlen und im Parlament zustande, wird es auf absehbare Zeit bloße Verteidigungskämpfe geben. Käme sie zustande, so würde sie den Schwung von unten erleichtern, ohne den eine neue Entwicklungsrichtung der Gesellschaft nicht durchzusetzen ist.

### *Die reaktionäre Wende wirkt spalterisch*

Viele sind der Auffassung, daß es wie bisher nicht weitergehen kann und daß Änderungen notwendig sind, weil die ganze bisherige Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik in die Krise geraten ist. Dabei hatten die Kapitalisten alle wesentlichen Hebel in der Hand, und die Lohnabhängigen beschränkten sich darauf, einige Freiheiten und Verbesserungen zu erzielen. Diese werden jetzt entweder zunichte gemacht oder es gelingt, auf die Entwicklungsrichtung selber Einfluß zu nehmen. Noch ist eine Mehrheit vorhanden, die auf keinen Fall die Reaktion, d.h. die Beseitigung der Freiheiten und sozialen Verbesserungen will. Wenn aber die jetzige Regierung erst einmal den Umbau der Gesellschaft in reaktionärer Richtung vorantreiben kann, kann diese Mehrheit zerrieben werden.

Die DGB-Demonstrationen werden nur dann fortwirkende Bedeutung erlangen, wenn sie nicht resignierte Begleitmusik zur Reaktion machen, sondern den Beginn eines Kampfes um die Richtung ankündigen, in der die Gesellschaft umgebaut werden soll. Die Gewerkschaften haben lange dem Erhalt der Regierung Schmidt zuliebe auf der Stelle getreten. Noch schlimmer wärs, wenn sie sich jetzt einer zukünftigen Regierung Schmidt zuliebe zurückhalten wollten. Insbesondere, wenn die Tarifkämpfe in den vorgezogenen Wahlkampf fallen. Allerdings reicht es wohl nicht mehr, um die Verteilung des Kuchens zu kämpfen. Es geht um Kontrolle der Bäckerei, wenn wir schon mal im Bild bleiben wollen.

## Bedürfnis an Information vorhanden

Liebe Freunde,

der letzten KVZ entnahm ich den Hinweis, daß die Publikationen des KBW neu organisiert werden sollen. Falls diese Umstrukturierungen einhergehen mit einer gründlichen Diskussion über Notwendigkeit und Gebrauchswert der neuzuschaffenden Zeitschrift *mit* Lesern und politischen Freunden, so wird sicher ein Fortschritt zu erzielen sein.

Vorab: Ich bin als aktiver Grüner von der Notwendigkeit eines sozialistischen Periodikums überzeugt. Was die KVZ an Dokumenten, an Informationen zu Internationalismus und auch an sehr verständlichen Darstellungen wirtschaftlicher Probleme bietet, war mir in den letzten anderthalb Jahren ungemein nützlich und ich würde diese Art fundierter Information sehr vermissen.

Andererseits dürfte es gerade für die Schreiber und Macher der Zeitung depremierend sein, für ein stetig sinkendes Publikumsinteresse zu arbeiten.

Von der Erklärung, alle linken Publikationen seien im Abwind, das sei im Moment eben Tendenz, halte ich nichts. Das Bedürfnis nach sauberer, ehrlicher, recherchierter Information ist größer denn je und wird nur deshalb nicht befriedigt, weil die Linke noch Schwierigkeiten hat, vorhandene Bedürfnisse verstehend und darauf eingehend, daran ansetzend zu publizieren. Will man Einfluß nehmen auf den Gang der Ereignisse, muß man den Jetzt-Zustand der Bewegung verstehen. Das bedeutet, über den Namen der Zeitung und über die Aufmachung besser nachzudenken als bisher. Dann muß auch das Bemühen da sein, mit Organisationen und Einzelpersonen, mit denen eine fruchtbare Zusammenarbeit begonnen hat, in die neue Zeitung zu integrieren, zumindest die Diskussion über dieses Zeitungsprojekt nicht einsam zu führen und die Öffentlichkeit nur noch mit den fertigen Ergebnissen zu erstaunen. Die Beteiligung Befreundeter würde ein Klima des Vertrauens schaffen, an dem es in der Vergangenheit genug gemangelt hat.

Abschließend noch: Ohne eine klare Meinung zum künftigen Erscheinungsturnus der Zeitung zu haben, würde monatliches Erscheinen bedeuten, nur noch zwölf Mal im ganzen Jahr am Meinungskampf teilzunehmen. Ob so aus der relativen Isoliertheit herauszukommen ist? Ich möchte es bezweifeln.

Ich wünsche euch Erfolg.

*p.s., Wiesbaden*

# Gemeinschaftliche Kindererziehung hat Vorteile

## Vorstellungen der hessischen Eltern- und Erzieherinitiative zu Krippe, Kinderhort, Kindergarten

*Der folgende Leserbrief zu dem Artikel „Familien- und Fremdbetreuung von Kleinkindern?" in KVZ 40/1982 bringt zu den dort aufgeworfenen Fragen einige weitere Aspekte und Thesen.*

Die Fremdbetreuung von Kleinkindern sieht so schlecht von Krippen- und sonstigen Angeboten her aus und ist so wenig untersucht worden, weil lange Zeit die frühe Mutter-Kind-Beziehung als der entscheidende Faktor in der kindlichen Entwicklung angesehen wurde, nicht nur bei politischen Vertretern, die die Familienidylle hochhalten wollten, sondern auch von Wissenschaftlern, die nicht zu dieser Richtung gehören. In der pädagogischen Diskussion wurde dies aber in den letzten Jahren, bzw. auch schon in der antiautoritären Kinderladenbewegung in Frage gestellt. Wobei zunächst die enge Beschränkung auf die Mutter-Kind-Beziehung angeknackst und die wichtige Rolle des Vaters herausgearbeitet wurde.

Ein anderer Faktor ist der, daß bei Familien mit Kindern der Lohn des Mannes immer weniger reicht und inzwischen fast 50% der Frauen mit Kindern arbeiten müssen. Dieser Bedingung kam die gesellschaftliche Kleinkindererziehung überhaupt nicht nach. Sie wird vom Staat immer nur als Notlösung betrachtet. In Frankfurt kann man sich für einen Krippenplatz nur über das Sozialamt bewerben. In anbetracht der geringen Platzzahl werden größtenteils nur Kinder von alleinstehenden Müttern und ausländischen Familien genommen. Tagesmütter, die als weitere für den Staat billige Lösung des Problems angeboten werden, werden nur übers Jugendamt vermittelt. Die Untersuchung der Betreuung in gesellschaftlichen Einrichtungen ist von daher schwierig. Zu dieser Frage kann man wahrscheinlich am besten die selbstorganisierten Krabbelstuben, Kleinkindergruppen u.ä. heranziehen, was allerdings in der Literatur noch kaum gemacht ist. Bei der Untersuchung interessieren mich vor allem die *Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder* bei Familienbetreuung (wozu ich auch die Tagesmütter zähle, da das die gleiche Situation ist) und Betreuung von professionellen Erziehungspersonen im Kinderkollektiv, sei es in Krippen oder selbstorganisierten Krabbelstuben u.ä.

Für mich stellt sich die Frage nämlich nicht, ob Fremd- oder Familienbetreuung, sondern ist bei Säuglingen und Kleinkindern die Mutter/Vater-Kind- oder enge Beziehung zu einer sonstigen Person für die gute Entwicklung entscheidend, oder bringt nicht auch schon für die kleinen Kinder die Anregung durch andere Kinder und professionelle Erziehung durch ausgebildete Erziehungspersonen mehr und wird den heutigen hohen Qualifikationsanforderungen und dem viel schwerer durchschaubaren gesellschaftlichen Beziehungssystem mehr gerecht.

Um es voraus zu schicken, ich halte letzteres für richtig, auch wenn es dazu noch keine Untersuchungen gibt, um das konkret zu belegen. Ich denke allerdings, daß man auch für den Kleinkindbereich Rückschlüsse aus der schon weiter entwickelten und untersuchten Vorschuldiskussion ziehen kann.

Tatbestand ist, daß der Kindergarten heute schon als fast genauso wichtig angesehen wird für die Erziehung und Ausbildung der Kinder wie die Schule. Kinder, die vor der Schule nicht in einer solchen Einrichtung untergebracht waren und nur von der Mutter betreut wurden (klammern wir die Fälle aus, in denen leistungsorientierte Mütter jeden Tag mit den Kindern irgendwelche Vorschulprogramme trainiert haben), haben viel größere Schwierigkeiten mit den Anforderungen und den sozialen Beziehungen in der Schule oder bestehen den Schultest nicht.

Viele Untersuchungen über die Situation der Hausfrauen weisen nämlich nach, daß allein die Möglichkeit, sich dem Kind und Haushalt ganz zu widmen und nicht berufstätig zu sein, überhaupt nicht dazu führt, daß die Frauen sich mit dem Kind beschäftigen. Die direkte Zeit, die Mütter sich dem Kind widmen (außerhalb der Zeit, die der Versorgung dient), beträgt nach diesen Untersuchungen pro Tag nur etwa 40 Minuten. Dies spricht nicht gegen die Mütter, Tatsache ist einfach, daß die Situation der Hausfrau sehr isoliert, abgeschnitten vom gesellschaftlichen Leben und vielen Kommunikationsstrukturen ist. Den ganzen Tag mit einem Kind zusammen zu sein und den Haushalt zu versorgen, bedeutet für jeden Erwachsenen eine Beschränkung, was auch seinen Ausdruck findet in vielen psychosomatischen Krankheiten etc. (auf die Situation von Hausfrauen will ich hier nicht weiter eingehen, darüber gibt es reichlich Literatur).

Diese Situation wirkt sich natürlich auf das Kind und die Beziehung zum Kind aus.

Ich teile nicht so ganz die Auffassung der Genossin bed., daß „die Betreuung in der Familie ... den Vorteil einer Erziehung im wirklichen Leben" bietet und dem Kind Alltagserfahrungen vermittelt. Um Kindern heute Zusammenhänge zu vermitteln, müssen sie meistens pädagogisch aufbereitet werden. Die Kinder können viele Dinge heutzutage gar nicht mehr unmittelbar erfahren. Zum anderen gibt es seit der Industrialisierung eine Trennung zwischen der Welt des Kindes und der der Erwachsenen, was z.B. den Erfahrungsbereich der Kinder sehr einschränkt. Häufig dürfen auch die Sachen der Erwachsenen von den Kindern nicht angefaßt und benutzt werden, weil sie kaputt gehen oder zu gefährlich für die Kinder sind.

In den neueren fortschrittlichen pädagogischen Ansätzen (wie z.B. DJI-Vorschulcurriculum) wird aber versucht, den Kindern Zusammenhänge des täglichen und teils auch des gesellschaftlichen Lebens durchschaubar zu machen und die Kinder zu „autonomem und kompetentem Handeln" zu erziehen, gerade diese Konzepte versuchen die „Extra-Kinderwelt" zu überwinden.

Ich will das an einem einfachen Beispiel verdeutlichen. Kinder lernen Kuchen backen. Im Kindergarten ist das Ziel, daß die Kinder lernen, selbständig den Kuchen zu backen, und die Erziehungsperson ihnen nur hilft beim Abmessen der Zutaten, was notwendig ist, da Vorschulkinder nicht lesen können. Dieser Lernprozeß bringt es mit sich, daß die Küche die ersten Male saumäßig aussieht nach der Aktion, daß bei verschiedenen Backversuchen nichts rauskommt, weil der Teig vorher vernascht ist, oder weil der Kuchen aus anderen Gründen mißrät. Dieser Lernprozeß kostet also eine Menge Zeit, Geduld und Bereitschaft, die Folgen zu beseitigen. Diese Bedingungen sind in einer Einrichtung, in der professionelle Erziehung betrieben wird, gegeben, dort dient die Sache auch mehr dazu, daß die Kinder lernen, einen Kuchen zu backen, als daß unbedingt ein Kuchen produziert werden muß. Von daher ist die Situation zu Hause anders, die Mutter backt einen Kuchen für einen bestimmten Anlaß, also muß ein einwandfreies Produkt rauskommen, was die Handlungsmöglichkeiten der Kinder erstmal einschränkt. Zum anderen muß eine zusätzliche Putzaktion eingeschoben werden.

Ich denke, daß die Umwelt, die „extra für die Kinder" gemacht ist, eher heutzutage die Voraussetzungen schafft, Lernprozesse zu ermöglichen und den Kindern mehr Möglichkeiten bietet, sich zu entfalten, als die Illusion, daß das zu Hause bei der Trennung von Kinder- und Erwachsenenwelt heute noch möglich ist und jede Mutter auch Zeit, Ideen und Möglichkeiten hat, diese Zusammenhänge einem Kind zu vermitteln.

Diese Bedingungen gelten meiner Ansicht nach auch für Kleinkinder, denn unter günstigen Bedingungen in gesellschaftlichen Einrichtungen bekommen Kinder dort nicht nur mehr Anregungen von den Erziehungspersonen, sondern auch von den anderen Kindern. Die Entfaltungsmöglichkeiten sind in Einrichtungen für Kinder auch größer, da man dort nicht ständig aufpassen muß, daß etwas kaputt geht oder daß das Kind sich selbst etwas antut. Die Unterbringung in solchen Einrichtungen schneidet die Kinder ja auch gar nicht von ihrem häuslichen Erfahrungsbereich ab, in den sie immer wieder zurückkehren. Die Kleinheit der Normalfamilie bewirkt eine Überabhängigkeit des Kleinkindes von den Eltern, was die Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes stark einschränkt. Regelmäßigen Kontakt zu Gleichaltrigen gibt es für ⅔ der Kinder unter drei Jahren nicht.

Nach meinen Erfahrungen ist es z.B. so, daß Krippen- oder Krabbelstubenkinder, wenn die Bedingungen dort günstig sind, viele Fähigkeiten wie z.B. Laufen, Sprechen etc. früher beherrschen als Kinder, die einzig von der Mutter betreut werden (dies wurde auch anhand einer Untersuchung in Westberliner Krippen nachgewiesen).

Für den Kleinkindbereich ist gerade die Zuwendung und emotionale Beziehung eine wichtige Bedingung, diesen Aspekt habe ich hier noch nicht behandelt, was nicht heißt, daß ich ihm keine große Bedeutung beimesse, würde aber jetzt die Sache zu lang machen. Ich denke auch, wenn ich jetzt auf die konkreten Forderungen komme, ist das eine wichtige Voraussetzung für diese Bedingung.

Für mich sprechen all diese Tatsachen für eine professionelle Erziehung, die im Kollektiv abläuft; entscheidend ist es, Bedingungen in diesen Einrichtungen durchzusetzen, die für die Entwicklung der Kinder günstig sind und den Eltern die Möglichkeit geben, darüber zu bestimmen, statt dem Staat.

In Hessen gibt es die hessische Eltern- und Erzieherinitiative, die auch in diesem Jahr zusammen mit der ÖTV landesweite Aktionen durchgeführt und gute Forderungen aufgestellt hat, mit denen die Kämpfe geführt werden können. Im folgenden will ich kurz diese Forderungen skizzieren, weil sie m.E. nach zum jetzigen Zeitpunkt eher Ausdruck der Bewegung sind als die im Artikel aufgestellte Forderung nach von Eltern selbstverwalteten und vom Staat finanzierten Krippen.

Die hessische Eltern- und Erzieherinitiative ist für die Verabschiedung eines hessischen Kindertagesstättengesetzes, wobei dieses Gesetz auch die Krippen und Horte einbezieht, die bisher unter das Jugendwohlfahrtsgesetz fallen und damit nur Aufbewahrungseinrichtungen sind und auch entsprechend schlecht behandelt werden. Nur in Westberlin wird die Krippenerziehung ein „eigenständiger Erziehungs- und Bildungsauftrag" zuerkannt.

Aus dem umfangreichen Forderungskatalog im folgenden die m.E. wesentlichsten:

– Recht auf einen Platz in einer Kindertagesstätte für jedes Kind
– statt kirchlicher Träger öffentliche und freie Trägerschaft
– Finanzierung durch öffentliche Mittel – Beitragsfreiheit – zwei Bezugspersonen pro Gruppe; Gruppenstärke: Krippe: 6 Kinder; Kindergarten: 12 – 15 Kinder; Hort: 12 – 15 Kinder; Ausländerkinder sind doppelt zu zählen
– gesetzliche Verankerung der Mitbestimmungsrechte der Eltern:

a) der Gruppenelternrat vertritt die Interessen der Eltern gegenüber dem Personal
b) „Der Gesamtelternbeirat der Kindertagesstätte vertritt die Eltern gegenüber der Leitung der Kindertagesstätte und dem Träger.
Er wirkt insbesondere mit bei der Erarbeitung allgemeiner pädagogischer Leitlinien sowie Spiel- und Lernmethoden. Er ist anzuhören bei Einstellungen, Versetzung oder Entlassung von Erziehern, (...)
c) Der Stadt- bzw. Kreiselternbeirat vertritt die Eltern gegenüber den öffentlichen und freien Trägern der Stadt bzw. des Kreises.

• Kirchliche und kommunale Einrichtungen bilden einen *gemeinsamen* Stadt- bzw. Kreiselternbeirat.
• Der Stadt- bzw. Kreiselternbeirat ist anzuhören u.a.:
• bei der Beitragsregelung, falls nicht gesetzlich geregelt,
• bei der Aufstellung von Maßstäben für Einstellung und Weiterbildung der Erzieher.
• Seiner Zustimmung bedürfen u.a.:
• Aufstellung des Kindertagesstätten-Entwicklungsplans mit Stellenplan und Bauvorhaben,
• Festlegung der materiellen Grundausstattung der Kindertagesstätten,
• Verteilung der zugestandenen Haushaltsmittel auf die einzelnen Einrichtungen
• Planung von Einrichtungen.

d) Der Landeselternbeirat wirkt mit an der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen des Kindertagesstättengesetzes.
Er wirkt gleichberechtigt mit an der Erarbeitung von allgemeinen pädagogischen Richtlinien.
Er entwickelt und fördert die Elternbildung."

– das Erzieherpersonal hat mindestens 13 Stunden kinderfreie Zeit, um sich vorzubereiten, für Dienstbesprechungen, Elterngespräche und Fortbildung. *wal. Frankfurt*



Das deutsch-französische Komitee gegen Giftgas und Atomraketen ruft für den 6. November zu einer Demonstration gegen Giftgas und Atomraketen in Bitche auf. Am 13. November findet in Pirmasens ein internationales Forum statt. *Bild:* Giftgaslager in Fischbach / Pfalz.

## Veranstaltungen

**Bremen**
Einschränkung demokratischer Rechte – Von der Demo in den Knast. Diskussionsveranstaltung zu den Urteilen im Brokdorf-Prozeß. Mit: W. Mossmann (Liedermacher), F. Bode (Pastor), W. Gössner, U. Maeffert (Rechtsanwälte), R. Burchardt (Rechtsanwalt), Ebba v. Ohlen-Linke (Berufsverbotsbetroffene). Veranstalter: Organisationsausschuß Solidaritätskonzert und Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA).
*Freitag, 29.10.1982, 19.30 Uhr, Schlachthof*

Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW Bremen/Unterweser. Themen: Änderung bei KVZ und Kommunismus und Klassenkampf. Vorbereitung der DGB-Demonstration am 4.11.
*Freitag, 29.10., 20.00 Uhr, Gaststätte R. Gerken, Feldstraße 77*

**II. Arbeitsseminar über Peter Weiss / Ästhetik des Widerstands**
Material in „Umbruch" 10/1982; siehe auch „Umbruch" 8/1982. Anmeldung bei B. Wagner c/o KBW
*30./31. Oktober 1982*

### *Arbeitsgruppen*

**Seminar zur Studentenbewegung**
nähere Angaben siehe KVZ 39, S. 5
*Beginn: Samstag, 30.10.1982, 14.00 Uhr*
*Ende: Sonntag, 31.10.1982*
*Ort: AStA der Universität Düsseldorf, Universitätsstraße 1*

**Anmeldungen zu Arbeitsgruppen und Seminaren spätestens 14 Tage vorher. Ort jeweils Tagungsräume des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Tel. 0611/730231**

## AG Bildungswesen

*acm.* Der ursprüngliche Termin 4./5. September mußte leider entfallen wegen der Verhinderung einiger Teilnehmer. Die für diesen Termin vorgesehene Diskussion:
a) Ausgangspunkte der Bildungsreform,
b) jüngste Entwicklungen in der Bildungspolitik
bleibt für das kommende Treffen maßgeblich. Die im damaligen Einladungsschreiben angegebene Literatur bleibt in diesem Zusammenhang die Grundlage unserer Diskussion. Weiterhin wird in den nächsten Tagen ein Referat zum Themenkomplex a) verschickt.

Um an der Erarbeitung des Themenkomplexes „Alternative Schulen" weiterzukommen, sei noch das Studium des Buches „Beck, Boehncke: Jahrbuch für Lehrer 7. Selbstkritik der pädagogischen Linken: Einsichten und Aussichten (rororo-sachbuch 7665, 14,80 DM)" empfohlen. Die Teilnehmer sollten es lesen, damit wir auf dem kommenden Treffen eine einführende Diskussion über den Bereich „Alternative Schulen / Stand der Reformpolitik" durchführen können.
*Termin:* 27./28. November in Frankfurt
*Beginn:* Samstag, 14.00 Uhr, Schulungszentrum des KBW

**Hinweis an die Teilnehmer des Seminars zur Studentenbewegung**
Aufgrund technischer Schwierigkeiten der AStA-Druckerei kann der broschierte Reader zum Seminar erst am 21.10. per Post ausgeliefert werden. Wir bitten um Nachsicht. Anmeldungen zum Seminar (mit Übernachtungen) sind noch bis zum 25.10. möglich über KBW Köln, Neusser Straße 27 – 29, 5000 Köln 1 (schriftlich).

**Kommunistische Volkszeitung**

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

**Redaktion.** Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

# Ansätze alternativer Landwirtschaft



wem. Trotz zugegebener Zweifel an der bestehenden konventionellen Landwirtschaft kann es der „Spiegel" nicht lassen, über sichtbar und wirksam gewordene Alternativen in der Landwirtschaft herzuziehen: „Der grüne Bluff?". (1) Der „Spiegel" muß wichtige Punkte der Kritik an der konventionellen Landwirtschaft zugeben:

„Auch ohne kosmischen Durchblick ist inzwischen für jedermann erkennbar, daß die konventionelle Landwirtschaft tief in einer Sackgasse steckt. Seit 1950 hat sich der Kunstdünger-Verbrauch in der Bundesrepublik nahezu verdreifacht; mehr als vier Millionen Tonnen Stickstoff, Phosphat, Kali und Kalk laden die Bauern jährlich auf ihren Äckern ab, pro Hektar an die 330 kg. Dazu kommen derzeit jährlich 55000 Tonnen Pestizide – Insekten- und Unkrautvertilgungsmittel oder wuchshemmende Substanzen. Für die Giftstoffe, insgesamt mehr als 1000 verschiedene Präparate, geben die Landwirte im Jahr weit mehr als eine Milliarde DM aus. Mit soviel Chemie erwirtschaften sie mittlerweile enorme Überschüsse, die auf Kosten der Steuerzahler beseitigt werden. Allein die ‚Räumungskosten' der EG für zuviel erzeugte Milch betrugen 1981 nahezu 12 Mrd. DM. Finanziert wird damit eine zwar höchst produktive, doch zunehmend unrentablere Branche, der Kritiker vorwerfen, daß sie sinnlos hohe Ernteerträge mit schweren Umweltschäden erkaufe. Während der Trend zu hochgradig spezialisierten und mechanisierten bäuerlichen Großbetrieben immer stärker wird, beschleunigt der Giftkrieg gegen Schädlinge den Artenschwund, führen Flurbereinigungen zur Bodenerosion und zum Abbau von Feuchtgebieten, gerät durch Überdüngen Nitrat ins Grundwasser, wird durch Monokulturen die Ackerkrume ausgepowert – ein Panorama, das durch abstoßende Bilder von der Massentierhaltung noch düsterer wird. Gemessen am widersinnigen Zustand der konventionellen Agrarwirtschaft, wirkt, kein Zweifel, das Treiben der Bio-Bauern auf zeitgemäße Weise sympatisch und vernünftig. Auch wenn ihr Versuch, auf die weit mühsamere, weil knochenbrecherische Art der Vorväter zu ackern, keine realistische Alternative darstellt, ein Schritt in die falsche Richtung ist er wohl kaum." (2) Was hier noch als ein abwägendes Urteil zu verstehen ist, so unübersehbar ist der Versuch, die alternativen Gehversuche in der Landwirtschaft als „grünen Bluff" an Frau/Mann zu bringen.

Sich mit Fragen der alternativen Landwirtschaft auseinanderzusetzen, lohnt sich mittlerweile schon, weil nicht nur die „graue Theorie":

– Zwei Milliarden DM Umsatz werden mit „Bio-Kost"-Produkten in der BRD gemacht;
– 700 biologisch anbauende Höfe gibt es mittlerweile in der BRD;
– 7000 biologisch anbauende Gärtnereien existieren;
– 20000 ha oder weniger als 0,2% der Agrarnutzfläche der BRD werden von diesen Betrieben bewirtschaftet. Sie wären allenfalls zur Versorgung von 35000 Dauerkunden in der Lage. (3)
– In Niedersachsen hat der vor zwei Jahren gegründete „Versuchs- und Beratungsring ökologischer Landbau" jetzt 84 landwirtschaftliche Betriebe unter seinen Mitgliedern und erfüllt somit die Voraussetzung für eine finanzielle Förderung durch das Landwirtschaftsministerium. Der Beratungsring erhält vorläufig einen Zuschuß von 30000 DM. (4)

Der „Spiegel" bringt die üblichen Einwände gegen die alternative Landwirtschaft, wie sie H.A. Staub einmal komplett zusammengestellt hat:

– Als biologisch kann man jede Art von Anbau bezeichnen;
– der Unterschied zwischen biologischem und offiziell empfohlenem Anbau ist so klein, daß sich eine besondere Bezeichnung nicht rechtfertigt;
– daß biologisch produzierte Erzeugnisse gesünder seien, ist unbewiesen;
– den biologischen Anbau gibt es nur in der Vorstellung von weltanschaulich orientierten Ideologen, Idealisten und Weltverbesserern sowie verängstigten Verbrauchern;
– erst durch die Einführung von Mineraldünger werden die Lebensmittel qualitativ vollwertig;
– es geht nicht ohne Unkrautvertilgungsmittel, und zwar aus arbeitstechnischen Gründen; ebenso wenig kann man auf Schädlingsbekämpfungsmittel verzichten, da sonst ein schlagartiger Ertragsrückgang von 25–35% eintreten würde;
– der biologische Landbau bringt weit geringere Erträge und hat höhere Preise zur Folge;
– in Fällen wie Obstbau, Rebbau, Zuckerrübenbau, bei Getreide- und Kartoffelkrankheiten, versagen biologische Anbaumethoden;
– Komposte bringen mehr als erforderlich Mineralsalze auf den Acker; diese führen zu unnötiger Belastung des Grundwassers;
– um den biologischen Landbau allgemein einzuführen, gibt es zu wenig Stallmist und Kompost;
– der biologische Landbau in seiner kompromißlosen Form kann sich nur dort behaupten, wo höhere Preise erzielt werden und billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, oder dort, wo Rentabilität nicht gefragt ist. (5)

Auf alle Einwände einzugehen ist hier nicht der Platz. Gestützt auf H.A. Staub läßt sich zu den wichtigsten Einwänden folgendes sagen:

1. Hieb- und stichfeste Kostenvergleiche zwischen biologischen und nicht biologisch geführten „Betrieben" gibt es nur wenige, sie sind oftmals gar nicht veröffentlicht. – Pauschalurteile sind da wenig hilfreich. Studien aus den USA legen eher den Schluß nahe, daß „... der biologische Landbau wohl eine andere Kostenstruktur, aber eher geringere Gesamt-Produktionskosten als der konventionelle (hat)". (6)
Und: „Wenn bei zunehmenden Erdöl-
Und: „Wenn bei zunehmenden Erdölkosten die Preise für Kunstdünger, Biozide und andere Chemikalien weiterhin stark steigen, was im allgemeinen erwartet wird, dann dürfte sich der Kostenvorteil dieser und ähnlicher biologisch geführter Betriebe noch verstärken." (7) Solche Vorgänge macht Teile der Bauern natürlich offener für „Alternativen".

2. Es kann festgestellt werden, daß die Pro-ha-Erträge aus biologischem Anbau im gleichen Zeitraum (seit 1930) ähnlich stark gestiegen sind wie im konventionellen. Bei der Frage der Produktivität sollte immer zwischen Ertrag pro Arbeitskraft und Ertrag pro ha unterschieden werden. In der Flächenproduktivität ist der biologische Landbau nachweislich ebenbürtig. Eine ähnliche Arbeitsproduktivität wie im konventionellen Bereich kann der biologische Landbau, ohne andere Ziele zu gefährden, nicht erreichen. Schließlich bleibt der Verdacht, daß von seiten der Kunstdünger-Verwender mit jedem kg Gemüse und Früchte schlicht und einfach mehr Wasser verkauft wird.

3. In der Regel sind Produkte aus dem biologischen Landbau teurer. „Ein Grund dafür liegt in den hohen Absatzkosten bei gewissen Vertriebsformen ... Ein anderer Grund zeigt sich in der fast überall festzustellenden Übernachfrage nach biologisch gezogenen Frischprodukten." (8) Höhere Verbraucherpreise bilden kein Strukturelement des biologischen Landbaus. Einstweilen wird oftmals eine alternative Absatzform (Abhofvermarktung) angewandt, nämlich der direkte Kontakt zwischen Erzeuger und Verbraucher. Durch Ausschaltung des Zwischenhandels lassen sich für beide Seiten durchaus befriedigende Preise aushandeln.

4. Rentabilität? Welche ist gemeint?, fragt H.A. Staub. Die betriebswirtschaftliche oder die volks- und weltwirtschaftliche Rentabilität? „... die vorherrschende Landwirtschaftsweise (ist) unter dem Aspekt einer Volks- und Weltwirtschaft, d.h. für die Mehrheit der Weltbevölkerung, weniger ‚rentabel' als eine ökologisch orientierte Wirtschaftsweise. Beispiele in einigen armen Ländern zeigen nämlich, daß ökologisch angepaßte Landbaumethoden, verbunden mit Strukturänderungen zugunsten der armen Landbewohner, in der Praxis den Massenhunger auch unter Bedingungen der Armut und bei hoher Bevölkerungsdichte hat bannen können." (9)

In seinem Schlußwort äußert sich Staub zu den Aussichten „beider Landwirtschaften": „In der Grundtendenz jedoch schaufelt sich der konventionelle, industrialisierte Landbau selbst das Grab, während dem ökologischen die Zukunft gehört. Der Hauptgrund, für denkende Menschen ohne weiteres verständlich, ist der, daß der konventionelle Landbau so kurzfristig auf Produktions- und Gewinnmaximierung angelegt ist, daß er vom Kapital zehrt und die schädlichen Nebenwirkungen auf die Allgemeinheit abwälzt. Dies ist um so mehr der Fall, je ‚effizienter' er ist, soweit diese Effizienz auf Kapitalintensität und Spezialisierung beruht. Die Existenzdauer dieser Landwirtschaft, so wie jeder derartigen wirtschaftlichen Tätigkeit, hängt davon ab, wie lange die Öffentlichkeit den Verbrauch ihres natürlichen Kapitals und die Vergrößerung der Schäden an wesentlichen Volksgütern hinnehmen will." (10)

In unserem Fall möchte frau/mann für z.Z. höhere Preise auch tatsächlich biologisch angebaute Ware erhalten. Der „Spiegel" setzt hier an, um Mißtrauen und Vorurteile zu stärken, und zwar in der Art, daß der „Spiegel"-Leser erfährt, wie leicht ein Landwirt seine Produkte mit Markenzeichen wie „Demeter" etc. behängen kann. Natürlich klärt der Spiegel seine Leser dabei nicht darüber auf, was unter „biologischem Anbau" eigentlich zu verstehen ist. (11) Aber davon einmal abgesehen, spricht er ein grundsätzliches Problem an, nämlich die Beziehung zwischen Käufer und Verkäufer. Oft genug wird der Käufer vom Verkäufer enttäuscht. Man kauft Ware mit abgelaufenem Frischhaltedatum. Liest von Weinpanschereien. Das sind fast noch „kleine" Übel. Beim „Spiegel" geht es aber nicht darum, „Kritikbewußtsein" zu schaffen, den Käufer zu schützen, sondern ihn mit Mißtrauen und Vorurteilen hilflos sitzen zu lassen. Dabei gibt es durchaus Ansätze für die Umgestaltung der Beziehung Konsument – Produzent, gerade im „alternativen" Bereich.

### Mögliche Produktionsbasis des biologischen Landbaus: Die Nebenerwerbslandwirtschaft

In der allgemeinen Wirtschaftskrise werden sich auch die Bedingungen für das Wirtschaften der Bauern verschlechtern. Längst laufen ihnen die Produktionsmittelpreise (Dünger, Futtermittel, Maschinen) davon. Unter den Bedingungen des Hochzinses stellt sich für so manchen Bauern das Ende rascher ein. Die mengenmäßige Expansion als Ausweg für die Bauern – an deren Ende ja massenhafte und subventionierte Vernichtung von Lebensmitteln steht – wird bei „leeren" Staatskassen weniger möglich sein. Viele Bauernwirtschaften sind durch getätigte Investitionen verschuldet, unflexibel und den Marktgesetzen als Kleinproduzenten von verderblicher Ware noch hoffnungsloser ausgesetzt.

Auch dem landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb droht von wirtschaftlicher Seite und auch von ökologischer Seite Gefahr. Der durch Investitionen spezialisierte Vollerwerbsbauer kann, auch wenn er möchte, nicht zum biologischen Landbau übergehen. Er würde die Umstellung wirtschaftlich nicht überleben. Auch in dieser Beziehung wird eine verantwortliche Gesellschaft dem Bauern (nicht Großbauern oder Agrarkapitalisten) helfen müssen. Einstweilen findet der biologische Landbau seine Produktionsbasis wohl hauptsächlich bei den Nebenerwerbslandwirten. Diese Einschätzung wurde von Bauern auf einer Veranstaltung „Möglichkeiten der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte aus ökologischem Anbau" in Leer bestätigt. Die alternative Landwirtschaft ist zumindest von der Art, wie sie ihre Produkte hervorbringt, die Landwirtschaft der Zukunft.

### Die Produzenten – Konsumenten-Genossenschaft

Die alternative Landwirtschaft ist eine neuere Erscheinung, die mit dem Wachsen des Bedürfnisses vieler Westdeutscher (Städter), „gesunde" Lebensmittel zu konsumieren, einhergegangen ist. Mehr als sonst in der Gesellschaft vorfindbar, ist hier das Bewußtsein ausgebildet, wie sehr Erzeuger und Konsument von einander ab-

*Ökologischer Landbau:*

## Schonung der Gesundheit und Umwelt

Artikel aus „Grünes NRW Info"

Die bei uns vorherrschende chemisch-industrielle Landwirtschaftsweise ist gekennzeichnet durch

– arbeitssparende, rationalisierte, aber kapitalaufwendige Strukturen
– schnell wirkende Düngung mit wasserlöslichen Mineraldüngern
– Einsatz chemischer Schädlings- und Unkrautbekämpfungsmittel (Biozide)
– großflächige Monokulturen
– hochtechnisierte Massentierhaltung, die oft völlig getrennt vom Feldbau betrieben wird.

Moderne Agro-Chemie, -Technik und Pflanzenzüchtung erzielten in den Industriestaaten beträchtliche Ertragssteigerungen, die jedoch mit wachsendem Einsatz immer teuerer Betriebsmittel und den damit verbundenen Abhängigkeiten, z.B. von der chemischen Industrie, erkauft werden.

Die konventionelle Methode der Pflanzenproduktion, besonders der Kunstdüngereinsatz, fördert die Anfälligkeit der Kulturpflanzen gegen Schädlinge und Krankheiten und kann langfristig zu Zerstörung des Betriebskapitals Boden führen. Großflächige Monokulturen und einseitige Fruchtfolgen zwecks Rationalisierung beschleunigen diesen Prozeß. So wurden schon riesige, einst fruchtbare Gebiete des amerikanischen Mittelwestens durch Erosion als Folge der Intensivwirtschaft unfruchtbar.

Die konzentrierte künstliche Düngung vor allem mit Stickstoff, brachte erhebliche Qualitätseinbußen an pflanzlichen Erzeugnissen mit sich.

Ein von Prof. Schuphan durchgeführter Vergleichs-Versuch zwischen konventionell und ökologisch angebauten Gemüsen ergab für letztere folgende bessere Werte:

Trockensubstanz: + 23%, relativer Eiweißgehalt: + 18%, Vitamin C: + 28%, Zucker: + 19%, Methiningehalt: + 23%, Kalium: + 18%, Calcium: + 10%, Phosphor: + 13%, Eisen: + 77%.

Anstatt bei der Züchtung und Anzucht von Pflanzen und Nutztieren der inneren Gesundheit mehr Aufmerksamkeit zu schenken, werden Krankheitserreger, Schädlinge und Unkräuter chemisch bekämpft, was häufig zu Resistenzbildung und andererseits zur Dezimierung von Nützlingen führt. Ein immer umfassenderer Gifteinsatz wurde notwendig, laufend müssen neue Wirkstoffe entwickelt werden. Dies bedeutet eine tödliche Bedrohung vieler Tier- und Pflanzenarten durch Biozide und eine Giftanreicherung in der Nahrungskette, deren letztes Glied der Mensch ist. Untersuchungen des Schadstoffgehaltes unserer Muttermilch ergaben, daß die für Kuhmilch zulässigen Grenzwerte um ein Vielfaches überschritten wurden.

Eine quasi-industrielle Massentierhaltung will in kürzester Zeit die größtmögliche Menge an Fleisch, Milch oder Eiern erzeugen. Riesige Mengen Futtermittel müssen hierfür importiert werden, zum großen Teil aus der III. Welt. Dazu – und um die extrem widernatürlichen Lebensbedingungen überstehen zu können – werden den Tieren mit dem Futter oder der Spritze




Soll auch hier an der Landwirtschaft mehr verdient werden als in der Landwirtschaft?

hängen. Und die Interessenidentität bringt auch neue Formen des Zusammenschlusses hervor: Produzenten – Konsumenten-Genossenschaften. Diese Form des Zusammenschlusses wurde in einem VHS-Seminar in Leer vorgestellt. Beispiele dieser Art aus Österreich wurden als Anregung zur Entwicklung eines Konzeptes einer „eigenständigen Regionalplanung" bekannt gemacht.

In Österreich ist diese jüngere Entwicklung verknüpft mit dem Schicksal der Klein- und Bergbauern, bzw. dem Großteil der Bevölkerung in diesen von passiver Sanierung (Abwanderung) bedrohten Regionen. Ähnliches droht ja durchaus auch im wirtschaftsschwachen Ostfriesland. Im engen Kontakt mit der ÖBV (Österreich. Bergbauernvereinigung = Selbsthilfeorganisation) und der älteren Schwesterorganisation BERSTA wurde 1980 die Organisation Müli (Mühlviertel-Linz) aufgebaut. Die Müli zeichnet sich durch hohe Produktqualität und rücksichtsvollen Umgang mit Natur und Umwelt aus. 20 Bauern und 70 Konsumenten sind Genossen der Müli, die auch noch einen Verkaufsladen in Linz betreibt. Der jährliche Umsatz beträgt 400000 DM. 70% vom Verkaufspreis erhält der Müli-Bauer (in Österreich sonst durchschnittlich 31%). Dies ist zum einen möglich durch die Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Zurückverlegung von Veredelungsstufen auf die Höfe (z.B. Brotbacken). Damit soll verhindert werden, daß ein Großteil der Wertschöpfung in die Zentren fließt. Aus dem gezeigten Filmmaterial war ersichtlich, mit welch langen Arbeitszeiten und großen Mühen (man stelle sich das Teigkneten nicht leicht vor) die Müli-Bäuerinnen und Bauern diese Rückverlagerung der Veredelung vollziehen. Im Film wurde dies akzeptiert, da es als Beitrag der Existenzsicherung der Bergbauern bzw. Kleinbauernwirtschaften gesehen wurde und auch tatsächlich ist. (12)



Die Müli strebt folgende Ziele an:

– Zurückeroberung von Tätigkeiten und Wirtschaftszweigen, die den Bauern im Zuge des Konzentrations- und Spezialisierungsprozesses verlorengingen, wobei die regionalen land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffe und die vorhandenen handwerklichen Fertigkeiten verstärkt genutzt werden sollen;

– gerechte Entschädigung der von den Bauern geleisteten Arbeit; wobei attraktive Zuerwerbsmöglichkeiten für benachteiligte Bauern geschaffen werden sollen;

– Angebot von gesunden, vollwertigen bzw. naturbelassenen Nahrungsmitteln, wobei Bergbauern bei der Umstellung auf biologischen Landbau starke Unterstützung und Betreuung erfahren sollen;

– Aufbau einer demokratischen Organisation, in der die Betroffenen gemeinsam und direkt verantwortlich Entscheidungen treffen können.

Letzteres heißt Selbstverwaltung, keine Funktionäre, sondern ehrenamtliche Tätigkeit. Die Demokratie drückt sich in Generalversammlungen aus, wobei bereits 10% der Genossen eine außerordentliche Generalversammlung beantragen können. Die Müli will nur soweit wachsen, wie zur Lebensfähigkeit erforderlich. Klein und dezentral sollen diese Genossenschaften sein; überschaubare Strukturen sollen die Demokratie ermöglichen helfen.

Bei dieser möglichen und notwendigen Umstellung auf alternativen Landbau muß man auf eine aktivere Rolle der Bauern setzen. Von Bedeutung ist dabei natürlich die Entwicklung des Bewußtseins der Bauern, aber auch der Konsumenten, die ja größtenteils lohnabhängig sind. Dieses Bewußtsein zu entwickeln, ist das Anfangsstadium.

Für den „Spiegel" sind die Alternativler nur „Bioten" (unausgesprochen steckt beim „Spiegel" das Wort Idioten dahinter), die Geschäfte machen wollen, dabei auf die Angst der Bürger vor „Gift in der Nahrung" setzen. Laut „Spiegel" ist es ein Geschäft mit „lukrativen Möglichkeiten". Der „Spiegel" täte gut daran, biologisch anbauende Landwirte zu interviewen, was sie vom konventionellen Landbau abgebracht hat. Es ist tatsächlich eine ausgeprägte Verantwortung dieser Bauern vor dem natürlichen Produktionsmittel Boden wie der Natur überhaupt vorhanden – was ja letztlich auch Verantwortung gegenüber dem Konsumenten heißt. Sie lehnen es ab, den kaufmännischen Instinkt (Gewinne) zu wecken, wenn es gilt Berufskollegen zu überzeugen, sondern sie werben mit ihren Anbaumethoden, sprechen den verantwortlichen Produzenten an.

So anregend das Müli-Beispiel ist, darf man aber insgesamt nicht die ökonomischen Gesetze übersehen, die zur landwirtschaftlichen Überproduktionskrise in den Industriestaaten des kapitalistischen Westens geführt haben, welche ökonomischen Zwänge den Bauern zur Mengenexpansion mit „Kunst" treiben. Dann klingt's auch nicht unvernünftig, für solche Zustände einzutreten, die den Bauern die Existenzangst nehmen – was für sie vor allem die Beseitigung der ungleichen Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land beinhalten muß.

Wenn dabei die politische Erfahrung gilt, „daß trotz der zu erwartenden weiteren Dezimierung ihrer Stärke (der Nebenerwerbs-Landwirte, d. Verf.) und ihres ökonomischen Gewichts dieser Teil der Bauernschaft auch weiterhin Hauptadressat der Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft, zumindest für den jetzt überschaubaren nächsten Zeitabschnitt" (14) bleibt, dann ist die alternative Landwirtschaft sehr wohl eine Chance, gestörte politische Beziehungen zwischen Arbeitern und Bauern neu zu knüpfen.

( 1) Der Spiegel, Nr. 30, vom 26.7.1982, (ähnlich auch Quick, Nr. 40, vom 30.4. 1982)
( 2) ebenda
( 3) Die Zahlen sind dem Spiegel-Artikel entnommen
( 4) Ostfriesenzeitung vom 9.9.1982
( 5) H.A. Staub: Alternative Landwirtschaft, Verlag Fischer Alternativ, 1981
( 6) ebenda
( 7) ebenda
( 8) ebenda
( 9) ebenda
(10) ebenda
(11) Was wir von „Demeter" halten sollen, kann ich noch nicht abschließend sagen. Bedenken müssen wir wohl, daß es allgemeinverbindliche, genaue Anbaurichtlinien für *alle* organischen oder allgemein biologischen Betriebe nicht gibt. (vgl. H.A. Staub, S. 36 ff.)
(12) Die Müli bewertet z.Zt. die bäuerliche Arbeitsstunde mit DM 7,00 statt der derzeitigen Bergbauern-„Löhne" von 2,00 bis 3,00 DM pro Stunde
(13) Aus Seminarunterlagen entnommen. In Österreich existiert ein Bergland-Aktionsfonds, der Entwicklungen wie die Müli begünstigt. Mittlerweile ist darüber ein Buch erschienen: Alf Baumhöfer: „Wirtschaftsprojekte durch regionale Initiativen", Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1982
(14) IPW-Forschungshefte 1/1974: „Soziale Prozesse in der kapitalistischen Landwirtschaft", Hrsg.: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, DDR
Zur Dezimierung der Stärke der Nebenerwerbslandwirte und ihres ökonomischen Gewichts schreibt D. Poppinge in „Bauern und Politik" (EVA, 1975), S. 112: „... der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an der Gesamtzahl der Betriebe hat wachsende Tendenz. Wachsende Tendenz hat auch die Größe der Nebenerwerbsbetriebe ... Wichtig ist, daß die Nebenerwerbslandwirtschaft zwar eine bestimmte Stufe des Proletarisierungsprozesses darstellt, aber keineswegs nur ein kurzlebiges Durchgangsstadium ist." (siehe auch Tabelle S. 113)

---

Wuchsmittel, Antibiotika, Chemotherapeutika, ja sogar Psychopharmaka zugesetzt. „Davon können 60–80 für den Menschen gefährliche Stoffgruppen mit den herkömmlichen Methoden der Fleischuntersuchung überhaupt nicht erfaßt werden" heißt es im Boykottaufruf des Deutschen Verbraucherschutzbundes (DSV), und: „Damit wird der Mensch zum Mülleimer und zur Schadstoffdeponie". Doch was soll's, die langfristigen Kosten trägt ohnehin die Krankenkasse. Nur noch zwischen 13 und 25% der Mastschweine, so stellte Prof. Sommer (Universität Bonn) fest, seien streßresistent und wiesen eine einwandfreie Fleischqualität auf.

Das bestehende Landwirtschaftssystem zwingt die Bauern dazu, bei der Produktion von Nahrungsmitteln als Ziel die Quantität deutlich vor die Qualität der Erzeugnisse zu stellen. Die Folgekosten, z.B. für Lagerung und Vernichtung von Überschüssen, auch Kosten im medizinischen Bereich, werden auf die Allgemeinheit verlagert. Hierzu kommen noch Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen, die durch die erheblichen Eingriffe in das Gesamtökosystem notwendig werden.

**Die Alternative: Ökologischer Landbau**

Um die weitreichenden Abhängigkeiten und Risiken chemisch-industrieller Bodenbewirtschaftung zu vermeiden, stellen sich immer mehr Bauern und Gärtner auf ökologische Landbaumethoden um. Für diese ist der Boden nicht nur Standort, sondern lebendiger Organismus: die natürliche Bodenfruchtbarkeit beruht nicht nur auf der mineralischen Zusammensetzung, sondern vor allem auf einer optimal abgestimmten Lebensgemeinschaft zwischen dem Boden, den ihn belebenden Mikroorganismen und den ihn durchwurzelnden und beschattenden Pflanzen. Genaue Kenntnisse über die Entwicklungsbedingungen von Pflanzen und Boden, der Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Pflanzensorten, zwischen diesen und der Tierwelt sind erforderlich, um einen Anbau gemäß den natürlichen Kreisläufen und damit eine langfristige Erhaltung der Humusschicht – dem Nährboden des Bodenlebens – zu ermöglichen.

Bodenaufbauende Pflanzen (Leguminosen, Gräser, Raps und Mischkulturen) folgen im Wechsel auf abbauende (wie Mais, Hackfrüchte, Getreide). Gründüngung wird eine der wichtigsten Bodenpflegemaßnahmen. Ständiger Fruchtwechsel, kleinere Einzelfelder, sorgfältig kombinierte Mischkulturen sollen die ausgedehnte Monokultur, das extreme Gegenstück zum natürlichen Artenreichtum, ablösen.

Eine genaue aufeinander abgestimmte Kombination von Landbau und Viehhaltung erzeugt ausreichend Mengen sowohl an Futtermitteln als auch an Stallmist und Jauche. Letztere und die kompostierten Pflanzenabfälle etc. werden in geeignetem Rottezustand dem Boden als humusbildende Abbauprodukte seiner humusverzehrenden Früchte wieder zugeführt. Diese relativ autarke Düngerwirtschaft kann ergänzt werden durch gelegentliche Gaben organischer Hilfsdünger wie Hornmehl, Knochenmehl und Guano, sowie natürlicher Gesteinsmehle, um ein den Pflanzenwuchs förderndes Bodenleben zu ernähren und zu pflegen.

Konventionelle Kunstdünger, deren einseitige Wirkung die natürlichen Stoffkreisläufe des Bodenlebens stören, werden vermieden.

Ständige Bodenbedeckung mit Nutz-, Gründüngungspflanzen oder Mulchmaterial schützt vor Wasser- und Winderosion, verringert die Verdunstung (Mikroklima) und verhindert die Humuszersetzung durch Sonneneinstrahlung sowie das Keimen von Unkrautsamen.

Um das Bodenleben nicht zu stören und den Humusaufbau zu fördern, wird eine möglichst schonende Bodenbearbeitung durchgeführt. Stark wurzelnde Gründüngungspflanzen vertiefen die Ackerkrume und schließen die im Unterboden befindlichen Nährstoffe auf.

Schädlingen und Krankheiten wird durch geeignete Fruchtfolgen, Mischkulturen, Bodenpflege etc. entgegengewirkt. Um die Gesundheit und inneren Abwehrkräfte der Pflanzen zu stärken, werden Pflegemittel wie Kräutertees, Algenpräparate, Gesteinsmehl u.a. angewendet. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Pflege der Nützlinge, indem diesen geeignete Lebensräume erhalten bzw. neu geschaffen werden.

Auch in der Tierhaltung wird die Gesundheit und Fruchtbarkeit durch harmonische Fütterung und artgerechte Aufstallung gefördert. Viele Krankheiten lassen sich durch homöopathische Mittel kurieren.

Einer übergroßen Unkrautentwicklung kann man begegnen durch geeignete Fruchtfolgen, ganzjährige Bodenbedeckung mit Bei- und Untersaaten oder Mulchmaterial, mechanische Maßnahmen wie Hacken oder Striegeln, sowie durch Abflammen der jungen Unkrautkeimlinge.

Doch alle Einzelmaßnahmen, welche die nützlichen biologischen Prozesse aktivieren und in die Tiefe des Bodens ausdehnen sollen, werden erst sinnvoll, wenn sie sich einfügen in das Ganze des ökologischen Systems „Landbau". Sie müssen dementsprechend kombiniert und zum richtigen Zeitpunkt ausgeführt werden. Dann kann der Landwirt den biologischen Kreislauf, den er durchbrechen muß, wieder erfolgreich schließen.

**Erträge im Vergleich**

Nun wird häufig behauptet, daß nur chemisch-industrielle Landbaumethoden in der Lage seien, die zur Ernährung der rasch wachsenden Weltbevölkerung notwendigen Mengen an Nahrungsmitteln zu erzeugen. Tatsächlich aber werden in den Industrieländern in manchen Bereichen noch große Überschüsse erzielt, die mit hohem Aufwand gelagert, vernichtet oder auf dem Weltmarkt verschleudert werden. Die Entwicklungsländer können sich diese kapitalintensive Wirtschaftsweise (Maschinen, Treibstoff, Dünger, Pflanzenschutzmittel) ohnehin nicht leisten.

Doch was ergibt nun ein Vergleich der Erträge beider Landbaumethoden?

Eine vom US-Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegebene und jetzt veröffentlichte wissenschaftliche Studie („Organic Farming") erbrachte folgende Ergebnisse:

*Nettoeinkünfte in Dollar pro Hektar*

| | ökologische Methode | konventionelle Methode |
|---|---|---|
| 1974 | 324 | 314 |
| 1975 | 333 | 346 |
| 1976 | 326 | 333 |
| 1977 | 289 | 278 |
| 1978 | 333 | 384 |



In Baden-Württemberg wurden 8 biologisch-dynamisch und 98 konventionell wirtschaftende Betriebe auf jeweils ähnlichen natürlichen Standorten untersucht. Der durchschnittliche Getreideertrag der Jahre 1971–1974 lag bei den biol.-dyn. Betrieben bei 35,5 dt/ha, bei den konventionellen bei 41,5 dt/ha. Der Minderbetrag beträgt also lediglich 14%.

Beim betriebswirtschaftlichen Erfolg besteht also kaum ein Unterschied. Dabei sind auch die ökologisch erzeugten Produkte zu den allgemeinen Marktpreisen berechnet. Würde man den bei ihnen erzielten Mehrerlös einrechnen, ginge der Vergleich eindeutig zugunsten der Öko-Bauern aus.

Was die rein mengenmäßigen Hektarerträge betrifft, so lagen diese beim ökologischen Anbau in den Jahren 1977 und 1978 für Mais um 8%, Sojabohnen um 5% und für Weizen um 43% niedriger. Eine genaue Untersuchung der erheblichen Unterschiede beim Weizen ergab:

Bei günstigen Boden- und Wetterbedingungen erzielten die konventionellen Landwirte beträchtliche Mehrerträge, bei ungünstigen glichen sich die Ertragswerte an, teilweise kehrte sich das Verhältnis sogar um. Langfristig gewährt also der Öko-Anbau eine ausgeglichene Ertragssicherheit. Die Betriebskosten der Öko-Bauern lagen andererseits wesentlich niedriger. Ihr Energieverbrauch z.B. betrug nur 41% dessen, was die „Konventionellen" aufwenden mußten.

Und was den Einfluß der Anbauweise auf das immer größer werdende Problem der Bodenerosion betrifft, so fanden die US-Experten heraus, daß Bio-Landwirte diese weitaus besser unter Kontrolle halten können als ihre konventionellen Kollegen.

# Die „Politik der Strenge“ der französischen Sozialisten

## Kostendämpfung im Gesundheitswesen / Reform der Arbeitslosenversicherung / Reallohnsenkung

*cof.* Nach den Anfang des Jahres vollzogenen Nationalisierungen stehen neben dem Großteil der Banken heute 32% der Industrieerzeugung und 24% der in der Industrie Beschäftigten unter staatlicher Regie. Der Eingriff in die Verfügungsgewalt des privaten Kapitals kam den Staatshaushalt teuer zu stehen, und das Problem ist nun, woher das Geld für die umfassende Umgestaltung und Modernisierung, wie sie der Industrie- und Forschungsminister Chevènement vom linken CERES-Flügel der Sozialisten vorschlägt, kommen soll.

Unmittelbar nach den Kantonalswahlen vom März, in denen die Linke herbe Verluste hinnehmen mußte, war den Kapitalisten Schonung versprochen worden: Abbau der Gewerbesteuer um ca. 11 Mrd. FF, ein Einfrieren der Sozialabgaben bis zum 1. Juli 1983, zinsgünstige Kredite für kleine und mittlere Unternehmen sowie der Verzicht auf weitere gesetzliche Arbeitszeitverkürzungen. Die Gewerkschaften waren nicht konsultiert worden. Einer Kompensierung der Einnahmelücken durch Mehrwert- und andere Verbrauchssteuern (wie jüngst für Tabak und Alkohol angekündigt) und der Verlagerung der Sozialabgaben von den Kapitalisten auf den Staat hätten sie kaum zustimmen können.

Die erwarteten neuen Arbeitsplätze blieben trotzdem weitgehend aus, und die Gesetzentwürfe über die neuen Rechte der Arbeiter befinden sich immer noch im Stadium der Beratung. Lediglich in den verstaatlichten Unternehmen wurde eine Art Mitbestimmung in den Verwaltungsräten eingeführt. Teile des Produktivvermögens haben somit den Besitzer gewechselt, doch die Logik der Kapitalverwertung bleibt unangetastet.

So schlagen auch die im letzten Jahr teils erheblichen Verbesserungen für Mindestlöhner, Rentner und Familien wie Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerung nicht zuletzt auf der Kostenseite des Etats zu Buche, zumal Gewerkschaften und Sozialdemokraten der konkurrierenden westeuropäischen Länder es willentlich oder nicht in keiner Weise verstanden haben, den Gedanken des „europäischen Sozialraums“, wie ihn die französische Regierung bislang vertreten hat, mit Inhalt zu füllen. Denn immerhin steckt dahinter ja die Einsicht (und mithin auch eine Anregung), daß sowohl eine wirkungsvolle Arbeitszeitverkürzung als auch die Senkung des Rentenalters und viele ähnliche Maßnahmen, die auf die Profitrate drücken,viel leichter gemeinsam, z.B. im Rahmen der EG, durchgesetzt werden können.

Von daher ist die Häme eines Karl Jetter von der FAZ um so ärgerlicher, der – genüßlich in den „roten Zahlen unter roten Fahnen“ wühlend – feststellt, „das sozialistische Paris blieb allein mit seiner Explosion der sozialen Kosten ...“ und, wohl als Bestätigung Blümscher Wende hierzulande, dem Protest der Betroffenen entgegenhält, daß ausgerechnet unter den französischen Sozialisten es „erstmals nicht mehr Sache der Unternehmer, sondern des kleinen Mannes ist, das Defizit der Krankenversicherung ... zu decken“.

Wie sieht die französische Kostendämpfung aus? Die Sozialversicherung (sécurité sociale) umfaßt hier die Kranken-, die Familien- und die Altersversorgung. 10 Mrd. FF sollten dieses Jahr durch Aufschub versprochener Maßnahmen und durch eine Durchforstung der Verwaltung sowie durch einige Leistungsminderungen eingespart werden:

– Die Erhöhung der Hinterbliebenenrenten von 50 auf 52% der Rente des Verstorbenen sowie die Aufbesserung der Renten, die vor 1974 fällig wurden, wurde vom 1. Juli auf 1. Dezember 1982 verschoben.

– Die Erstattung der Kosten für Brillen, Hörgeräte und Zahnprothesen wird aufs nächste Jahr verschoben. Lange und teure Behandlungen sollen wie angekündigt erstattet werden.

– Die Reform der Familienbeihilfen wird auf 1983 verschoben. Die Erhöhung des Kindergeldes wurde zeitlich gestaffelt: statt 14% zum 1.7.1982 nur 6,3%, weitere Steigerungen sollen folgen.

– Das Wohngeld wird um 6,8% statt um 14% erhöht.

– Einsparungen in der Verwaltung der Versicherungen und der Krankenhäuser: Den Krankenhäusern wird ein Jahresbudget zugeteilt, das nur um 8% – entsprechend der avisierten Inflationsrate für 1983 – steigen soll: Vorschüsse an die Krankenhäuser werden abgebaut; die Einnahmen und Ausgaben der 100 größten Einrichtungen werden monatlich überprüft; Ausgaben müssen begründet werden.

– Die Erstattung sogenannter Bagatellmittel wird gesenkt.

– Familienleistungen werden erst im Monat nach dem „auslösenden Ereignis“ gezahlt.

– Krankengelder, die bisher nach 3 Monaten erhöht wurden, sollen erst nach 6 Monaten angepaßt werden.

Im nächsten Jahr sollen nach dem Beschluß des Ministerrats vom 29.9.1982 30 Mrd. FF u.a. durch folgende Maßnahmen aufgebracht werden:

– Bauern müssen mit einer Erhöhung der Krankenversicherung um 16% rechnen. Frührentner über 55 Jahre sollen 10 statt 2% des Einkommens an die Sozialversicherung abführen.

– Die Steigerung der Sozialbeihilfen soll nicht über 8% liegen.

– Pro Krankenhaustag sind 20 FF von allen zu zahlen.

– Die am 8. März, dem internationalen Frauentag, für September angekündigte 75%ige Erstattung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs ist fürs erst in der Schublade des Solidaritätsministers Bérégovoy verschwunden.

– Angekündigt ist eine Sondersteuer für die Pharma-Industrie, deren Höhe noch nicht bekannt ist.

Sofern es sich nicht um Aufschübe, sondern um tatsächliche Änderungen handelt, steht die Verabschiedung durch die Nationalversammlung noch aus.



Einen umfassenden gewerkschaftlichen Protest hat dies Sanierungsprogramm, sieht man von verbaler Zurückweisung ab, nicht hervorgerufen. Die Minister der PCF melden regelmäßig ihre Vorbehalte an, stimmten aber im Ministerrat zu. Der häufig beklagte „Vertrauensbruch der Regierung“ zündet nicht. Die Gewerkschaften, auch die linken, legten gar selber Sparvorschläge, zuletzt zur Rettung der Arbeitslosenversicherung, vor. In diesem Fall besteht allerdings der Kapitalistenverband CNPF auf seinen weitgehenden und droht mit dem Ausstieg aus der paritätischen Verwaltung der Versicherung, falls er sich nicht durchsetzen kann und falls die Regierung auf der gesetzlichen Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge besteht. An einer solchen Konfrontation ist der Regierung wiederum nicht gelegen.

Einige Gewerkschaften haben als Kompromißlinie eine Änderung des Beitragsaufkommens statt wie bisher zu 60% durch die Arbeitgeber gegenüber 40% durch die Arbeitnehmer zugunsten einer Verteilung von 50:50 vorgeschlagen. CGT und CFDT lehnen das ab. Ihrer Meinung nach sollen Kapitalisten, staatliche Unternehmen und der Staat selbst ihre Beiträge bzw. Zuschüsse erhöhen.

Was die vom CNPF und den Gewerkschaften vorgeschlagenen Leistungsminderungen betrifft, so unterscheiden sie sich nicht in der Richtung, sondern nur der Höhe nach. Nach dem gemeinsamen Plan der Gewerkschaften sollen 9 Mrd., nach dem des Unternehmerverbandes 18 bis 20 Mrd. FF eingespart werden.

Im Zentrum stehen bei beiden, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß: die Anrechnung von Zahlungen aus einem Sozialplan, Wartezeiten bei ausstehenden Urlaubstagen, Senkung der Gelder und der Dauer der Zahlung nach einem Lohnverhältnis von 3 bis 6 Monaten, Minderung der Berechnungsgrundlage und Dauer der Zahlung bei Arbeitslosigkeit aus anderen als ökonomischen Gründen, das gleiche bei langfristig Arbeitslosen mit einer Staffelung zugunsten solcher über 50 Jahre, Begrenzung der maximalen Verlängerung der Leistungsberechtigung für alle Arbeitslosen von derzeit 4 bzw. 5 Jahren auf 2,5 bis 4,5 bzw. 5 Jahre je nach Anwartschaft. Bei all diesen Einschränkungen muß man bedenken, daß die jetzigen Leistungen nicht gerade rosig sind – sie beginnen bei einem Tagessatz von 11,50 DM, d.h. etwa 350 DM im Monat – und daß ein Viertel der rund 2 Mio. arbeitslosen Franzosen überhaupt keine Versicherungsleistungen (mehr) erhält.

Die gewerkschaftliche Forderung nach einem Ausgleich des Kaufkraftverlusts infolge des Lohn- und Preisstopps aus diesem Herbst wird durch eine weitere Regierungsmaßnahme immer unwahrscheinlicher: Premier Mauroy und der Arbeitsminister Auroux erklärten die gleitende Anpassung der Löhne an die Preissteigerungsrate, die bisher zwar nicht gesetzlich, aber aufgrund zahlreicher Gesamtarbeitsverträge praktiziert wird, für illegal. „In einer schwierigen Konjunkturlage, wo die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen voraussetzt, wird die allgemeine Aufrechterhaltung dieser Lohn-Preis-Automatik unmöglich“, meinte Auroux. Man müsse den Mut haben, das anzuerkennen und zu sagen. Denn das sei auch eine Gelegenheit, bestimmte Privilegien anzugreifen. So gedenke die Regierung, gleichzeitig die Ungleichheiten und die Inflation zu bekämpfen. Die Regierung versucht nun, Tarifverhandlungen nach dem Lohnstopp entsprechend zu beeinflussen – im Fall eines Sportartikelunternehmens in Paris wurden unter Vorsitz von Auroux Lohnerhöhungen zwischen 5,4% für Einkommen um den Mindestlohn und 2% für Einkommen bis zu 3500 DM bis Ende des Jahres ausgehandelt.

Die Mobilisierung in den Betrieben, bei Aktionstagen und Kurzstreiks zur Vorbereitung der Lohnverhandlungen waren bis jetzt offenbar nicht sehr erfolgreich. Die Gewerkschaften halten, geht man nach den Äußerungen ihrer führenden Vertreter, die „sozialistische Perspektive“ hoch, wofür man zu einigen Opfern bereit scheint. Und sie haben denjenigen, die die Opfer bringen sollen, auch wenig Alternativen vorzuschlagen, außer eben, daß man sich das Geld von den Reichen holen müsse.

Doch unter dem Druck der Investitionszurückhaltung und der Kapitalflucht mag die Regierung da nicht mitspielen. Im Gegenteil, Planungsminister Rocard hält eine „progressive Freigabe der Industriepreise“ für unumgänglich, „denn der Profit ist einer der Schlüssel der jetzigen Lage“. Von den schon im Parlament vorgetragenen Plänen, als Mittel gegen die Kapitalflucht die Gewerkschaften in den Betrieben zur Kontrolle heranzuziehen und ihnen Zugang zu den internationalen Geschäftsunterlagen zu verschaffen, hört man nichts mehr. Und die Vorschläge der CGT, Gewerkschaften und Personalvertreter sollten auf allen Stufen der Preisgestaltung, von der Produktion, d.h. vom Einkauf der Rohstoffe bis zur Vermarktung, mitentscheiden, um „zu einer Wirtschaftsweise vorzuschreiten, die nicht mehr ausschließlich vom kapitalistischen Profitstreben bestimmt ist“, werden fürs nächste auf dem Papier bleiben.

# Gespannte Ruhe in Polen

*cof.* Die Streiks und Demonstrationen der vergangenen Woche waren spontane Reaktionen auf das neue Gewerkschaftsgesetz, wonach allen Hoffnungen auf die Wiederzulassung der Solidarność die Luft abgedreht werden sollte. Sie zeigen, daß Überlegungen von Teilen der Untergrund-Führung der Gewerkschaft fürs erste hinfällig sind, die dahin gingen, die neuen Gewerkschaften in den Betrieben als Ausgangsbasis für einen Neuaufbau zu nutzen durch massenhaften Eintritt, der die Vertreter der Linie des Militärregimes und die Überläufer aus den eigenen Reihen an die Wand spielen sollte.

Bis jetzt läßt sich zwar immer noch kein Überblick über das Netz der Aktionen gewinnen. Doch mit Sicherheit haben die Streiks und Demonstrationen das von der Regierung erwartete Ausmaß übertroffen. Von zahllosen Flugblättern, oft handgeschriebene kleine Zettel von Durchschlagpapier, wird berichtet. Die örtlichen Aktivisten im Untergrund versuchen sich dabei auf die jeweilige Situation einzustellen. So wurde in Warschau nach der Kunde vom Streik an der Küste zu Besetzungsstreiks aufgerufen, offenbar *vor* Kenntnis der Militarisierung der Lenin-Werft. Einige Tage später sollten in Wroclaw, Poznan und anderen Orten Abstinenzstreiks stattfinden. Dabei muß man bedenken, daß die Information der Polen selber über das, was in anderen Städten passiert, ja welcher Betrieb im Nachbarort bestreikt wird, oft infolge der Nachrichtensperren und der schwierigen Kommunikation der Solidarnośćgruppen untereinander viel lückenhafter ist als das, was man hierzulande erfahren kann.

Als völlig hilflos hat sich jedenfalls die Regierungspropaganda erwiesen, in den Betrieben sei die Begeisterung für Proteste und Streiks gering, während in den Innenstädten jugendliche Rabauken rebellierten. Wahr ist, daß Maßnahmen wie die Militarisierung der Lenin-Werft, wo über 100 inzwischen entlassen worden sein sollen und andere aufgefordert wurden, sich bei den Wehrerfassungsämtern zu melden, nicht ohne Wirkung bleiben. Schließlich bedeutet Entlassung nicht nur den Verlust des Lohns, sondern auch der verschiedensten Vergünstigungen durch betriebseigene Läden und Sozialeinrichtungen, und das bei ohnehin sinkenden Löhnen infolge der Produktionssenkungen. So berichteten Arbeiter vor der Werft, an den Streiks hätten alle Kollegen der Tagschicht teilgenommen und es herrsche Kampfgeist. Die Aktivsten seien aber die Jüngeren. „Die Älteren arbeiten auch nicht, doch ihre Haltung ist mehr passive Zustimmung.“

Und wahr ist auch, daß die Koordinierungskommission von Solidarność nach wie vor bemüht ist, nach zwei Richtungen zu wirken: gegen die Momente von Müdigkeit, Depression und Angst einerseits, wie sie auch versucht, den spontanen Widerstand der Jugendlichen zu konzentrieren. So hat sie nun zu einer Fortsetzung der Streikaktionen *in* den Betrieben aufgefordert. Demonstrationen auf den Straßen aber sollen zunächst vermieden werden. Ob nach wie vor zum vierstündigen Generalstreik am 10. November, dem zweiten Jahrestag der Registrierung von Solidarność aufgerufen wird, ist nicht ganz klar, aber wahrscheinlich. Zusammenstöße wie in der letzten Woche und in den vergangenen Monaten scheinen kaum vermeidlich.

Der Solidarność-Führung geht es bei ihren Bemühungen, den Generalstreik als extreme und letzte Waffe bei gleichzeitigem täglichem Widerstand gegen das Militärregime zu erhalten, nicht um Mäßigung oder Rückzug, sondern darum, Raum zu gewinnen – und das heißt auch, eine Verschärfung des Kriegsrechts und die Gefährdung des Untergrunds nicht leichtfertig zu riskieren – für den Ausbau der Untergrundgesellschaft samt ihrer Informations- und Bildungseinrichtungen. Die in den Internierungslagern aufgenommene, vor allem politische Bildung der Mitgefangenen durch die politisch bewußteren Arbeiter und auch die Intellektuellen soll hier genauso weitergeführt werden wie die gegenseitige materielle Hilfe.

Dabei kann die polnische Gesellschaft seit dem neuen Gewerkschaftsgesetz mehr denn je auf die Unterstützung durch die Kirche rechnen, nachdem der zögerliche Primas Glemp (in Übereinstimmung mit dem Papst) in seiner relativ scharfen Predigt vom letzten Samstag alle Hoffnungen auf eine Übereinkunft in Harmonie und eine „organische Gesellschaft“ enttäuscht begraben hat.

Weitere Anzeichen sprechen dafür, daß sich Jaruzelski mit seinen Getreuen gerade mit dem neuen Gewerkschaftsgesetz noch tiefer in die Isolation reingeritten hat: Die Partei, die offiziell stets vor der Verlängerung des Kriegsrechts warnt, hatte in ihrem Organ noch im September zur „Teilung der Macht“ aufgefordert und geschlossen: „Es geht um das, was als unumkehrbares Resultat jener 16 Monate zu bleiben scheint, daß Polen nämlich ein Land des weltanschaulichen und politischen Pluralismus ist ...“

Die Warschauer Tageszeitung „Zycie Warszawy“ kritisierte am letzten Freitag den „ganz alten Stil“ der Pressemeldungen über den euphorischen Aufbau der neuen Gewerkschaften, deren Autoren ohne „politische Vorstellungskraft“ schrieben. Es klinge oft falsch und wecke Mißtrauen. Man solle lieber „ohne viel Hurra“ berichten.

Und in allen Berichten von der Unterdrückung der Proteste der jüngsten Zeit erscheint allein die Miliz samt der Zomo-Einheiten als der aktive Teil, natürlich des militärischen Kommandos im Hintergrund sicher. „Die Armee ist mit uns“, riefen die Demonstranten in Nowa Huta.

## *Ein Flugblatt aus Gdansk*

Die Forderungen der Werftarbeiter von Gdansk, Gdynia und Sopot sind:

1. Freilassung von Lech Walesa und aller Internierten
2. Aufhebung des Kriegsrechts
3. Wiederaufnahme der Arbeit von Solidarność und der anderen Gewerkschaften in ihren bestehenden Strukturen.

Der Streik hat am 11. Oktober um 6 Uhr morgens begonnen und wird um 2 Uhr nachmittags beendet. Die zweite Schicht wird die Arbeit nicht aufnehmen. Morgen (Dienstag) und an den folgenden Tagen: Streik von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags.

Die zweite Schicht schließt sich mit der ersten zusammen. Wenn die Werft geschlossen wird, wird man sich beim Denkmal versammeln (nahe dem Tor der Absperrung), und wenn es andere Schwierigkeiten gibt, wird man sich so nahe wie möglich an den Sperrgittern versammeln. Falls versucht werden sollte, andere Arbeiter anstelle von entlassenen einzustellen, werden wir den Streik in der oben erwähnten Form fortsetzen. Die neuen Gewerkschaften müssen aktiv boykottiert werden. Die Arbeit wird nicht wieder aufgenommen werden, solange Walesa nicht auf der Werft erscheint.

Das Flugblatt wurde am Montag, dem 11. Oktober während der ersten Stunden des Streiks von Arbeitern der Lenin-Werft verteilt. Aus: *Le Monde* vom 14.10.1982

*thm.* Mit der Wahl Reagans zum Präsidenten der USA hatte sich die neue Rechte in etwa folgende Hoffnungen gemacht. Mit einer neuen Wirtschaftspolitik sollte ein großer Wirtschaftsaufschwung produziert werden. Auf der Welle dieses Wirtschaftsaufschwunges sollte dann die GOP (Grand Old Party, die Republikanische Partei) die Mehrheit im Kongreß erzielen, um dann bis zum Ende des Jahrhunderts eine rechte Wende in allen Gesellschaftsbereichen durchzusetzen. Am 2. November finden nun diese Kongreßwahlen statt, und es sieht für Reagan gar nicht so gut aus.

# Referendum Reaganomicum

**Am 2. November finden die amerikanischen Kongreßwahlen statt. Je nach Wahlausgang könnte sich Reagan für den Rest seiner Amtszeit die Umsetzung seines Regierungsprogramms an den Hut stecken. Die Auseinandersetzungen um Freeze, Abtreibung, Gleichberechtigung, Schulgesetzgebung und Wirtschaftslage sprechen dafür.**

### *Die Rechtskoalition im Repräsentantenhaus könnte zerbrechen*

Zu den Ausgangsbedingungen. Das amerikanische politische System teilt die Regierungsgewalt in drei Einrichtungen mit festbeschränkten Vollmachten: Präsident, Kongreß und Oberstes Bundesgericht. Der Kongreß besteht aus dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Der Senat hat 100 Mitglieder, wobei jeder Staat zwei Stimmen hat. Das Repräsentantenhaus besteht aus 435 Mitgliedern, wobei die Staaten entsprechend der Einwohnerzahl vertreten sind. Die Initiative für die Gesetzgebung liegt beim Präsidenten und beim Repräsentantenhaus. Der Senat hat das Recht auf Verbesserungen und Änderungen. Seine wichtigste Rolle spielt er eigentlich in außenpolitischen Fragen über den entsprechenden Ausschuß. Das Repräsentantenhaus ist das entscheidende Gremium, z.B. kontrolliert es die Bundesgelder. Der Präsident kann aber durch sein Veto Gesetze verwerfen. Dieses Veto kann nur durch ⅔ Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus aufgehoben werden.

Im Senat konnte sich Reagan bisher auf eine republikanische Mehrheit von 54:46 stützen. Im Repräsentantenhaus haben aber die Demokraten eine Mehrheit von 51 Sitzen, 243:192. Dennoch kam Reagan damit bisher ganz gut zurecht, weil eine Koalition zwischen rechten Demokraten und Republikanern besteht, ca. 30 Demokraten dürften es sein. Die republikanische Mehrheit im Senat wird kaum gefährdet sein. Denn die Amtszeit beträgt hier 6 Jahre, wobei alle zwei Jahre ⅓ neu gewählt wird, in diesem Jahr also 33. Die Demokraten hoffen, die 8-Sitze-Mehrheit in diesen Wahlen auf 5 – 6 zu senken. Die Amtszeit im Repräsentantenhaus beträgt 2 Jahre, so daß alle 435 Mitglieder neu gewählt werden. Sollten die Demokraten ca. 25 – 30 Sitze hinzugewinnen, dürfte die bisherige Koalition zerschlagen sein, womit Reagan für den Rest seiner Präsidentschaft keine entscheidenden Elemente seines Regierungsprogramms mehr durchsetzen könnte. Die Partei des regierenden Präsidenten hat seit 1945 in den Zwischenwahlen immer verloren, durchschnittlich 12 Sitze. Einen solchen durchschnittlichen Verlust könnte Reagan verkraften, mehr als 20 würde die politische Landschaft in den USA entscheidend verändern. Aufgrund der politischen Auseinandersetzungen spricht einiges dafür. Allerdings sind die Umfragen auf sehr unsichere Beine gestellt. So wird allgemein mit einer Wahlbeteiligung von nur 30% gerechnet. Nicht einzuschätzen ist, ob aufgrund der politischen Auseinandersetzungen die Wahlbeteiligung höher ausfällt, was auf jeden Fall die Demokratische Partei bevorteilen würde. Allgemein ist die „Wählermoral" nicht sonderlich hoch. In einer Umfrage haben 72% erkannt, daß die Kongreßkandidaten Wahlversprechen machen, die sie nie einzuhalten gedenken. 73% gehen davon aus, daß die Kandidaten lügen, wenn es ihnen politisch etwas einbringt.

55% der wählenden Arbeiter wählten Reagan. Jetzt wollen 60% die Demokratische Partei wählen. Die Frauen opponieren stärker gegen Reagan als die Männer, 55:45%. Die Farbigen opponieren gegen Reagan im Verhältnis 88:11.



### *Freeze, Abtreibung, Gleichberechtigung und Schulgesetzgebung*

Die politischen Auseinandersetzungen konzentrieren sich auf einige wenige Schwerpunkte. Da wäre zunächst die Freeze-Bewegung zu nennen. Eine größere Massenbewegung hat sich in diesem Jahr um die Forderung nach einem sofortigen Einfrieren der atomaren Rüstung entwickelt. Diese Forderung ist weiterentwickelt aus dem SALT II Prozeß, den Reagan vollkommen verworfen hat. Seine Linie in den jetzigen strategischen Abrüstungsverhandlungen mit der SU besteht in der Aufrüstung aufgrund einer angeblichen Unterlegenheit bei strategischen Atomwaffen, um von da ausgehend eine Reduzierung der Atomwaffen auszuhandeln. Die Freeze-Bewegung fordert demgegenüber ein sofortiges Einfrieren, um dann an Reduzierungen zu gehen, geht also von einem strategischen atomaren Kräftegleichgewicht aus. Die Freeze-Bewegung wird von Demokraten wie Kennedy an der Spitze unterstützt. Eine Initiative im Repräsentantenhaus ist vor kurzem nur knapp gescheitert. Unterstützt wird sie auch von dem Republikaner Hatfield. Hier zeigt sich schon eine Besonderheit des amerikanischen Systems. Keineswegs unterstützen alle Republikaner Reagan. Im Gegenteil. Gerade weil die Stimmung gegen Reagan umschlägt, verfolgen einige Republikaner im jetzigen Wahlkampf eine Linie der Distanzierung, um hierdurch günstiger abzuschneiden.

Ein weiterer Streitpunkt ist das Recht auf Abtreibung. Reagan und der Anführer der neuen Rechten im Senat, Jesse Helms, betreiben eine Initiative, um ein Verbot der Abtreibung durchzusetzen. Das Oberste Bundesgericht hatte 1973 eine Entscheidung getroffen, mit der ein verfassungsmäßiges Recht auf Abtreibung erklärt wurde. Eine verfassungsmäßige Änderung, wie sie von dem republikanischen Senator Hatch aus Utah vorgeschlagen wurde, hätte die Rechte wahrscheinlich ohne Chance gelassen. ⅔ des Kongresses hätten dafür sein müssen sowie ¾ der Staaten. Helms wollte demgegenüber mit dem Brecheisen vorgehen und einfach ein Gesetz verabschieden lassen, in dem festgestellt wird, daß „Leben" mit der Befruchtung beginnt. Dies hätte erlaubt, Abtreibung als Mord zu klassifizieren und hätte das



Oberste Bundesgericht gezwungen, seine Entscheidung von 1973 zu „überdenken". Diese Gesetzesinitiative wurde schon im Senat mit 47:46 abgelehnt.

Die Frauenbewegung kämpft seit Jahrzehnten für eine gesetzliche Verankerung der Gleichberechtigung. Mit ihrer ERA-Bewegung (Equal Right Amendment) scheiterte sie in diesem Jahr, weil die erforderliche ¾-Mehrheit der Staaten nicht zustande kam. Jetzt ist eine neue Initiative im Kongreß notwendig, wofür die jetzigen Wahlen günstigere Bedingungen schaffen. Nicht nur im Kongreß, sondern auch in den Staaten, wo ebenfalls ein Teil der Gouverneure und andere Stellen, wie Bürgermeister, zur Wahl stehen.

Nicht nur in der Frage der Abtreibung ist die Rechte steckengeblieben. Vor allem in der Schulgesetzgebung kommt sie nicht recht weiter. Steckengeblieben ist eine Initiative für Steuerbegünstigungen für Privatschulen. Ein Gesetzentwurf, der die Überwindung von Rassenschranken bei Schulbustransporten einschränken soll, kam zwar durch den Senat, vermodert aber jetzt im Repräsentantenhaus. In der Frage der Erlaubnis von organisierten Schulgebeten hat sie ebenfalls Schwierigkeiten, auch wenn damit gerechnet wird, daß eine solche Gesetzesinitiative schließlich durchkommen wird. 1962 hatte der Oberste Bundesgerichtshof entschieden, daß organisierte Schulgebete die Verfassung verletzen. Die moralische Aufrüstung der Nation durch Wiedererlaubnis per Gesetz könnte aber auf den Widerstand des Bundesgerichts stoßen, das seine Machtbefugnisse gewahrt sehen will.

Erwähnung mag noch eine jüngste Initiative Reagans finden. Um die Bauern zu gewinnen, macht er jetzt ein An-




gebot an die SU, bei Weizenbestellungen eine 6monatige Liefergarantie zu geben. Die Einkommen der Bauern sind kontinuierlich zurückgegangen. Durch die Embargopolitik Carters sanken die Bestellungen der SU in den USA beträchtlich. Mit seinem zeitweiligen Verzicht auf ein Weizenembargo hofft Reagan nun, die Weizenexporte steigern zu können.

### *Thema Nr. 1: Die wirtschaftliche Lage*

Eindeutig an erster Stelle in diesem Wahlkampf steht aber die wirtschaftliche Lage, so daß schon von einem Referendum über die Reaganomics gesprochen wird. Reagan kann nun mit zwei Daten aufwarten, die zumindest den Anschein erwecken, daß seine Politik greift. Zinsen und Inflation sinken. Dies seien die eindeutigen Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwunges in den nächsten Monaten, wird vom Weißen Haus verbreitet. Hierauf bauen die Republikaner auch ihre Hoffnungen, daß sich der Verlust bei den Wahlen in Grenzen halten wird. Allerdings sind seit einiger Zeit nicht mehr Zinsen und Inflation das Thema Nr. 1, sondern Arbeitslosigkeit und Pleiten. Ausgerechnet kurz vor der Wahl stieg die Arbeitslosenrate von 9,8% auf eine psychologisch wichtige *zweistellige* Ziffer: 10,1%. Im Februar 1981 betrug sie noch 7,3%. Somit ist die höchste Arbeitslosigkeit seit 1940 erreicht. Die Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen beträgt 20%, unter den Arbeitern 15,6%. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe beträgt 23%, in der Automobilindustrie 20% und in der Stahlindustrie 40%. Das weist auch auf eine große strukturelle Krise hin. Zu den registrierten 11,3 Mio. Arbeitslosen kommen 1,6 Mio., die nicht mehr registriert werden. Von den 11,3 Mio. erhalten nur 5 Mio. staatliche Arbeitslosenunterstützung. Das Arbeitslosengeld wird nur ein halbes Jahr gewährt und beträgt nicht mehr als 50% des Lohns.

Bei den Pleiten wurde der höchste Stand seit 1932 erreicht. Von Januar bis September 1982 wurden 18572 Pleiten registriert, 1980 waren es noch 8544. Der Auslastungsgrad der Industrie ist von 85,7% 1979 auf 69,5% 1982 gesunken. Somit haben die Reaganomics günstige Bedingungen für das große Kapital geschaffen mit einer radikalen Ausmerzung unproduktiver Kapitale zuungunsten der Masse der Lohnabhängigen.

Die sogenannten Reaganomics hängen aber sowieso nur noch an einem seidenen Faden. Reagan versprach, bis 1984 den Staatshaushalt auszugleichen. Inzwischen beträgt das Defizit 110 Mrd. Dollar gegenüber einer Schätzung von 45 Mrd. von seiten Reagans. Für 1983 rechnet der Haushaltsausschuß schon mit 150 Mrd. Defizit. Das Defizit muß irgendwie vermindert werden. Reagan hat aber seinen Rüstungshaushalt und seine letzten 10% Einkommenssteuersenkung für unantastbar erklärt. Wird dies auch noch gekippt, ist von der neuen ökonomischen Politik auch der letzte Rest gescheitert. Reagan bevorzugt daher für das nächste Jahr einen tiefen Eingriff in das System der Sozialversicherungen



und der Krankenversorgung für die Alten. Das wäre aber nur mit dem jetzigen Repräsentantenhaus durchzusetzen und auch das nur vielleicht. Sollten die Demokraten eine entscheidende Mehrheit erringen, dürften sie an das letzte Eingemachte der Reaganomics gehen.




Jedoch, wenn man es sich aus der Sicht der Administration ansieht ...

## Ergebnisse einer Newsweek-Umfrage

*Findet die Art und Weise, wie Ronald Reagan seine Präsidentschaft ausübt ihren Beifall oder nicht?*

| | 8/1981 | 1/1982 | 6/1982 | 9/1982 |
|---|---|---|---|---|
| Beifall | 60% | 52% | 48% | 41% |
| Kein Beifall | 25% | 38% | 45% | 51% |

*Als Bilanz, verbessert oder verschlechtert die ökonomische Politik der folgenden die wirtschaftlichen Bedingungen in den USA?*

| | verb. | verschl. |
|---|---|---|
| Reagan | 30% | 56% |
| Dem. im Kongreß | 19% | 35% |
| Rep. im Kongreß | 24% | 41% |
| Eigener Kandidat | 36% | 29% |

*Falls die Kongreßwahlen heute stattfinden würden, welche Partei würden sie in ihrem Kongreß-Wahlkreis gerne gewinnen sehen?*

| | 6/1982 | 9/1982 |
|---|---|---|
| Dem. Partei | 50% | 57% |
| Republikaner | 43% | 39% |

*Wären die folgenden Positionen mehr oder weniger geeignet, sie für den Kongreß-Kandidaten stimmen zu lassen, der sie einnimmt?*

| | mehr geeignet | weniger geeignet |
|---|---|---|
| Für eine große Steigerung der Verteidigungsausgaben | 28% | 53% |
| Für größere Kürzungen der Regierungsausgaben | 62% | 23% |
| Für eine Rückkehr zur Gebetserlaubnis in öffentl. Schulen | 59% | 18% |
| Gegen das Recht auf Abtreibung bei fast allen Gründen | 30% | 53% |
| Energische Unterstützung Ronald Reagans | 28% | 46% |
| Für eine Lockerung der Gesetze und Einschränkungen, die die Umwelt geschützt aber auch die Preise erhöht haben | 28% | 54% |
| Unterstützung eines überprüfbaren Einfrierens von Ausweitung, Test und Entwicklung nuklearer Waffen sowohl durch die USA als auch die SU | 59% | 25% |

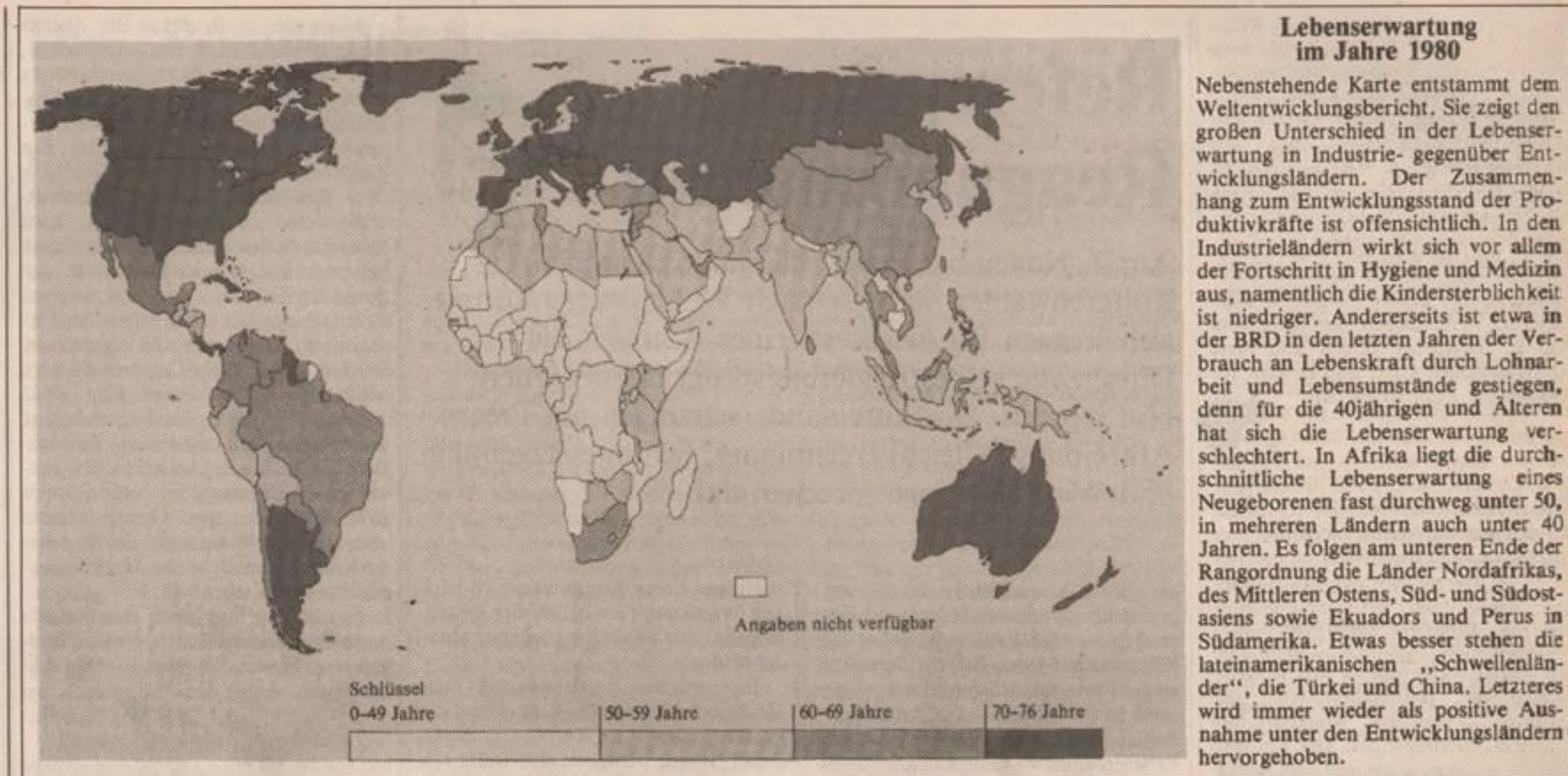
## Atlantischer Stahlkrach

*frb.* Kräftig zahlen werden westdeutsche Stahlkonzerne nach derzeitigem Stand der Dinge im Stahlkrach zwischen der EG und den USA – und die US-Konzerne haben nicht bloß der westeuropäischen, sondern insbesondere der hiesigen Konkurrenz eins ausgewischt.

Lang schon wird vor US-Gerichten über die Verhängung von Strafzöllen auf Stahlimporte aus der EG verhandelt, und jetzt steht eine endgültige Entscheidung bevor. Die US-Konzerne sagen, europäischer Stahl sei staatlich subventioniert, ihnen werde daher mit unlauteren Mitteln der heimische Markt versaut. Nachdem der Krach reichlich hochgespielt war und Auswirkungen auf den gesamten Handel zu befürchten waren, haben die europäischen Nato-Partner Stück für Stück eingelenkt. Was die US-Konzerne durch Strafzölle erreichen wollten, gesteht die EG nun in einem „Selbstbeschränkungsabkommen" zu. Die Atmosphäre ist gerettet und die USA haben ihren Willen, so ist allen gedient.

Die Besonderheit aber ist die Behandlung westdeutschen Stahls. Es wäre von Strafzöllen kaum betroffen, da Subventionen hierzulande niedriger als in England, Frankreich und Belgien sind. Doch die USA stimmen einer „gütlichen" Einigung nur zu, wenn auch westdeutscher Stahl unter die Importbeschränkung fällt. Insbesondere Röhrenlieferungen sind hiervon betroffen, für die die hiesigen Konzerne stets eine Ausnahme gefordert haben. Bislang nämlich konnte der amerikanische Röhren-Bedarf aus eigener Produktion gar nicht gedeckt werden, jetzt aber haben die US-Konzerne investiert und wollen den Markt frei haben. Um des Friedens in der EG willen wird die BRD die Erpressung hinnehmen.

Am Rande der Weltstahlkonferenz in Tokio haben Vertreter der US-Regierung erklärt, auch gegen die Agrarexporte der EG über den Atlantik würde die Verhängung von Strafzöllen erwogen.




### Lebenserwartung im Jahre 1980

Nebenstehende Karte entstammt dem Weltentwicklungsbericht. Sie zeigt den großen Unterschied in der Lebenserwartung in Industrie- gegenüber Entwicklungsländern. Der Zusammenhang zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte ist offensichtlich. In den Industrieländern wirkt sich vor allem der Fortschritt in Hygiene und Medizin aus, namentlich die Kindersterblichkeit ist niedriger. Andererseits ist etwa in der BRD in den letzten Jahren der Verbrauch an Lebenskraft durch Lohnarbeit und Lebensumstände gestiegen, denn für die 40jährigen und Älteren hat sich die Lebenserwartung verschlechtert. In Afrika liegt die durchschnittliche Lebenserwartung eines Neugeborenen fast durchweg unter 50, in mehreren Ländern auch unter 40 Jahren. Es folgen am unteren Ende der Rangordnung die Länder Nordafrikas, des Mittleren Ostens, Süd- und Südostasiens sowie Ekuadors und Perus in Südamerika. Etwas besser stehen die lateinamerikanischen ,,Schwellenländer'', die Türkei und China. Letzteres wird immer wieder als positive Ausnahme unter den Entwicklungsländern hervorgehoben.

## Die Woche im Rückblick

**Die Weltbörsen haben diese Woche einen Sprung nach oben gemacht.** Die Zinsen sind dadurch weltweit etwas ins Rutschen gekommen. Anlaß hierfür waren nicht etwa erfreuliche Nachrichten über die wirtschaftliche Entwicklung, sondern eine Erklärung des Notenbankchefs der USA, Paul Volcker. Der Federal Reserve Board werde künftig weniger streng auf die Entwicklung von M1 achten, sagte er letzten Samstagmorgen. So einfach ist das in der Welt, in der das Geld regiert. M1, das ist die Menge des umlaufenden Geldes in der engeren Abgrenzung. Seit Beginn der monetaristischen Politik in den USA hat die Finanzwelt auf dieses Datum gestarrt wie auf kaum ein anderes. Volcker meinte, die Inflationsmentalität, die die Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren ergriffen hatte, sei nun gebrochen. Spekulanten erhoffen sich von dieser Äußerung eine gelockerte Geldpolitik der US-Notenbank.

**Die Meinungsverschiedenheiten in der OPEC dauern an.** Abgesagt wurde sowohl eine für den 26.10. angekündigte Sitzung des Marktbeobachtungsausschusses als auch die zwei Tage später angekündigte Ministerkonferenz der Organisation. Ausschlaggebend soll ein entsprechender Wunsch Saudi-Arabiens und Kuweits gewesen sein, die die Differenzen nicht in die Öffentlichkeit getragen wissen wollen. Der Druck, unter den die Ölexporteure aufgrund der Marktentwicklung gekommen sind, treibt sie in Konkurrenz zueinander. Mehrere OPEC-Länder halten sich nicht mehr an die vereinbarten Produktionsquoten und haben sich zu Rabatten an die Ölkonzerne bereit gefunden.

**Das Kernkraftwerk Wyhl soll doch noch gebaut werden.** So jedenfalls ist die in einer Regierungserklärung verkündete Absicht der baden-württembergischen Landesregierung. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim vom 30. März habe den Weg juristisch freigeräumt, jedoch wird sich der Baubeginn in jedem Fall noch hinziehen. Etwas schwer hat sich die Landesregierung schon getan, mußte sie doch ihre früheren Prognosen über den Strombedarf kräftig zurücknehmen. Und nach der Ankündigung des früheren Ministerpräsidenten Filbinger, der übrigens immer noch in seiner Staats-Residenz auf der Solitude haust, hätten gar längst ,,die Lichter ausgehen'' müssen. Dennoch wollen CDU-Regierung und Kraftwerksbetreiber an den alten Plänen festhalten. In Wyhl war vor acht Jahren erstmals der Bau eines Kernkraftwerks durch Platzbesetzung verhindert worden. Tausende hatten damals die Polizeitruppen eingekreist und den Nato-Draht um den Bauplatz überwunden; die Einsatzleitung der Polizei konnte nur noch den freien Abzug erbitten. Die Pläne der Landesregierung wurden dadurch bis heute gestoppt.

**Frankreich wird zur Verteidigung des Franc** auch seine Goldvorräte einsetzen. Das haben hohe Regierungsvertreter diese Woche in Paris erklärt. Zuvor hatten die internationalen Großbanken – darunter die Deutsche Bank –, von denen Frankreich einen Währungskredit in Milliardenhöhe will, das Land zu weitgehenden Zugeständnissen bei den Kreditkonditionen gezwungen.

# Die Kunst, zu differenzieren

## Zur Kritik an der grünen Ideologie in der letzten KVZ

Kann man den Grünen Hessen mit ihrem vorgelegten „Landesprogramm" tatsächlich den Vorwurf machen, es wolle im wesentlichen die arbeitende Bevölkerung den Profitinteressen des Kapitals dienstbar machen bei der Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen und es schiebe ihr die Schuld für die Umweltzerstörung in die Schuhe, wie dies Genosse Gut in KVZ 41/82 getan hat? Man kann sich darüber streiten, ob ihre Forderungen nach Umweltschutz in jedem Fall richtig sind oder übertrieben, aber das müßte man dann doch nachweisen. Der Forderungskatalog im „Landesprogramm" zielt auf den Seiten 31/32 im wesentlichen auf gesetzliche Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten des Kapitals bezüglich der Umweltzerstörung hin (auch die gesetzliche Begünstigung von Produkten aus wiederverwendbaren Stoffen wird gefordert).

Daß die Forderung nach Umweltschutzmaßnahmen Veränderungen der Produktionsstrukturen bedeuten und das Problem der Stillegung von Arbeitsplätzen und Schaffung anderer aufwirft, das im Kapitalismus grundlegend nicht lösbar sein wird, liegt auf der Hand. Aber daß die Grünen zur weiteren Lösung keine weitergehenden Maßnahmen fordern würden, ist so auch nicht richtig, allerdings sind ihre Vorstellungen im „Landesprogramm" unausgegoren, z.T. sogar falsch. So heißt es auf S. 31: „Voraussetzung und Grundlage dafür, daß die Betroffenen selbst Entscheidungen darüber treffen können, WAS, WIE und WO produziert wird, ist eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse an Kapital (!) und Produktionsmitteln ... Hingegen müssen die Eigentumsverhältnisse verändert werden, die die Macht über andere Menschen, die Zerstörung der Natur und die gesellschaftliche Steuerung durch wenige Kapitalbesitzer beinhalten. Industrielle Produktionsmittel dürfen sich nicht in privatem Eigentum befinden ... Hier sind neue Formen freier, nicht-staatlicher sondern selbstverwalteter Verfügungsrechte zu entwickeln ..." Positiv finde ich daran auf jeden Fall, daß sich die Vergesellschaftung der Produktion durch Aufhebung des privaten Eigentums und Vermeidung eines staatsmonopolistischen Weges vollziehen soll.

Aber dennoch muß ich hier dem Genossen Gut insofern zustimmen, daß nicht von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und dem Zweck der Mehrwertproduktion ausgegangen wird. Vordergründig wird das ganze als Machtfrage behandelt und nicht als Frage einer Gesellschaft, die in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Klassen – Arbeiter und Kapitalisten – gespalten ist, wobei gerade die Unversöhnlichkeit ihrer Interessen die Herrschaft über andere hervorbringt und erst mit Aufhebung der Klassen die „Machtfrage" verschwinden wird. Auch freie gesellschaftliche Verfügungsrechte über die Produktionsmittel bedürfen zunächst einer Macht über ihre Gegner, die Willensträger des Kapitals und sonstige prinzipielle Gegner einer solchen Vergesellschaftung. Darum drücken sich die Grünen sicherlich, wovon auch ihr Konzept der prinzipiellen Gewaltlosigkeit zeugt.

Ihr ökonomisches Unverständnis kommt in der Forderung zum Ausdruck: „Veränderung der Eigentumsverhältnisse an Kapital und Produktionsmitteln." Es sind dies nicht zwei verschiedene Dinge, sondern die Produktionsmittel nehmen im Kapitalismus Kapitaleigenschaft an, Kapital ist ein gesellschaftliches Verhältnis. Als ob man, wenn man die Produktion im Sinne der Produzenten vergesellschaften will, die „Eigentumsverhältnisse an Kapital und Produktionsmitteln" ändern und nicht die Produktionsmittel von der Kapitaleigenschaft befreien müßte. Dieses Unverständnis kennzeichnet m.E. das „Landesprogramm", obwohl man nicht leugnen darf, daß partiell das Problem gesehen wird (z.B. Macht und gesellschaftliche Steuerung geht von den Kapitalbesitzern aus).

Richtig finde ich auch die Feststellung des Genossen Gut, daß die Frage nach dem Wofür der Produktion dem Gebrauchswert verhaftet bleibt und nicht den Tauschwert der Ware beachtet (wobei nebenher bemerkt die Produkte nicht zum „Zwecke des Austauschs", wie Genosse Gut schreibt, sondern zum Zwecke des Mehrwerts produziert werden, der sich im Austausch realisieren muß).

Aber soll man denn in den Mittelpunkt der Kritik stellen, daß die Grünen beschreiben, welche Stufen eine Produktion von der Rohstoffgewinnung zur Abfallbeseitigung zu durchlaufen hat? M.E. müßte die Strategie der Kommunisten gegenüber der „Ökologiebewegung" sein, die Unversöhnlichkeit ihrer richtigen Vorstellungen von konkreter Organisierung der Produktion (die ja in jeder Gesellschaft Gebrauchswertproduktion ist und die Naturgesetze nur anwenden kann) mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen klar zu machen. Gleichzeitig müßten sie sich von solchen Vorstellungen distanzieren, die gegen die vom Kapitalismus hervorgebrachte Steigerung der Produktivität und Revolutionierung der Produktivkräfte und Bedürfnisse rückwärtsgewandte Konzepte entwickeln, im Namen der Natur und Humanität.

Ein Beispiel: im „Landesprogramm" auf S. 23 heißt es: „... zerstört die jetzige Arbeits- und Produktionsorganisation der Verschwendungs- und Verschleißwirtschaft mit ihrer Großtechnologie Mensch und Natur." Daraus werden dann die Prinzipien der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung abgeleitet und einzige Lösungsmöglichkeiten in kleinen, dezentralisierten und überschaubaren Produktionseinheiten gsehen. Steigerung der Produktivkräfte, Ökonomisierung der Arbeitsvorgänge und damit zunehmende Befreiung der arbeitenden Bevölkerung von den Zwängen einseitiger Produktionstätigkeiten geht aber nicht ohne die Schaffung größerer industrieller Produktionsstätten (z.B. Stahlproduktion, Chemieproduktion). Und hier sind die Vorstellungen der Grünen bezüglich der Lösung der Umweltprobleme m.E. zumindest unausgegoren, wenn nicht falsch (und nicht nur bei den Grünen). Sie berufen sich stets auf die „dynamische Kreislaufwirtschaft" (was immer das sein mag). Fest steht, daß mit der Entfaltung der industriellen Produktion die Welt die Jungfräulichkeit ihrer ersten Natur abgelegt hat und sicher nicht nur aus grünen Wäldern und Wiesen, blauen Seen, kleinen Blockhütten usw. bestehen kann (wenngleich es sie so weit wie möglich zu erhalten gilt). Die Industrie schafft ihre eigenen Umweltprobleme und gibt auch zugleich die Mittel an die Hand, sie zu lösen. Alles andere wäre diesbezüglich reaktionär.

Die „Großtechnologie", im Interesse der Produzenten verwandt, schafft keine unlösbaren Umweltprobleme. Und weshalb sollten denn die Arbeiter bloß Kleinbetriebe und nicht viel eher auch große Produktionsstätten in eigener Regie führen können?

Verkehrt finde ich jedenfalls die Auffassung im „Landesprogramm", wo Umweltzerstörung als Ursache der Vernichtung von Arbeitsplätzen genannt wird („Es wird deutlich, daß solche bisherigen Produktionsverfahren oder Produkte unmittelbar oder mittelbar zur Zerstörung von Arbeitsplätzen führen", S. 26). So unmittelbar oder auch mittelbar sind die Zusammenhänge ja nun auch nicht und die Bourgeoisie wird sicher Gegenbeispiele in Fülle haben, daß die Hinnahme krebserzeugender und naturzerstörender Luft und Gewässer der Preis für Arbeitsplätze sei (solange diese Arbeit ihr Profit bringt und gerade solche bringt es ihr noch am meisten). Die Abhängigkeit der Arbeitsplätze vom Profit fällt damit hinten herunter genauso wie die Abhängigkeit der Naturbedingungen menschlicher Existenz davon.

Ein etwas mittelalterlich genügsamer Zug versteckt sich m.E. hinter dem Satz: „Erst wenn die Produktion von Bedürfnissen ausgeht und nicht die Bedürfnisse entsprechend der Produktion (!) manipuliert werden, wird die Produktion menschlichen und ökologischen Anforderungen gerecht" (S. 27). Sofern Bedürfnisse überhaupt durch trügerische Werbung manipuliert werden, dann nur im Interesse der Kapitalverwertung. Aber grundsätzlicher: es geht nicht um bloße Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse. Im Gegenteil, gerade die Entfaltung der Produktivkräfte im Kapitalismus schafft bereits neue Bedürfnisse und die damit einhergehenden Möglichkeiten der Entfaltung und Befriedigung von Bedürfnissen sind gerade ein revolutionärer Antrieb, die Produktionsverhältnisse zu ändern (weil die Möglichkeit nicht mit der Wirklichkeit zu verwechseln ist, was das Gros der Lohnabhängigen merkt, wenn es die gefüllten Kaufhäuser mit seinem schmalen Geldbeutel wie eine Ausstellung durchwandert).

Soweit zu einigen Kritikpunkten am „Landesprogramm" der Grünen in Hessen. Ich meine abschließend, daß wir bei einer Kritik an solchen Programmen beachten sollten: sie beinhalten verschiedene Tendenzen, vorwärts- und rückwärtsgewandte, was sicher auch der klassenmäßigen Zusammensetzung entspricht. Rundumschläge werden sicher nicht weiterbringen. Die Kritik der politischen Ökonomie und die revolutionäre Erfahrung der Arbeiterbewegung werden sicher weiterhelfen.

Zugleich sollten wir beachten, daß es bei der grünen Ideologie und der Ökologiebewegung nicht einfach und unmittelbar um Fragen des Gegensatzes Arbeiterklasse – Kapitalistenklasse geht. So kommt man der Sache nicht bei. Hier dreht es sich nämlich auch um bestimmte Auffassungen, die sich innerhalb der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen entwickelt haben bei dem Bemühen, eine sinnvolle Anwendung und Beherrschung der Naturgesetze zu erreichen. Richtig und falsch muß man hier trennen. Die Zerstörung der natürlichen Bedingungen für die Existenz und Entfaltung menschlichen Lebens sind ausgeprägtes Kennzeichen der entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaft. Solche gravierenden Erscheinungen rufen schnell einseitige „Lebensphilosophien" hervor, die z.B. den Gegensatz sehen zwischen dem Wachstum der industriellen Produktion und der Erhaltung der natürlichen Existenzbedingungen. Es wäre sicher ein unnötiger Fehler, die Träger solcher Auffassungen als nützliche Diener des Kapitals zu behandeln und alles, was sie an Auffassungen über die Beherrschung der Naturgesetze vertreten, geringzuschätzen. Gebrauchswertproduktion ist im Kapitalismus als unerläßliche Voraussetzung der Tauschwertproduktion untergeordnet. So wirft sie dennoch Fragen und Probleme auf, die über den Kapitalismus hinausgehen, in gewisser Weise nicht nur von ihm abhängen oder aus ihm ableitbar sind.

*S. Würges*

# Argumente zur Krise

**Daß die sozialliberale Koalition in Bonn eingeleitet hat, was die Rechtskoalition zunächst nur verschärft fortsetzt, hat zu tun mit falschen Vorstellungen über die Krise. Jedes Gegenkonzept muß heute scheitern, wenn es um das kapitalistische Privateigentum herumschleicht wie die Katze um den heißen Brei.**

*frb.* Für die Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme sei eine gesamtwirtschaftliche Umschichtung zu wieder steigenden Investitionen dringend notwendig, hatte noch die alte sozialliberale Bundesregierung in ihren Entwurf für den Haushalt 1983 hineingeschrieben. Das Lambsdorff-Papier hatte die Notwendigkeit einer steigenden Investitionsquote als Ausgangspunkt seines Horrorkatalogs genommen, und die neue Rechtskoalition in Bonn zieht daraus spürbare Konsequenzen.

Doch die Wirkung solcher „Argumente“ geht weit über Regierungskreise hinaus. Jüngst las ich in einem Aufsatz folgendes: „Es gibt nicht wenige Arbeitnehmer, die diesen Zusammenhang von verstärkten Investitionen und sicheren Arbeitsplätzen klar erkennen und deshalb nur wenig Hoffnung haben, daß auf spektakuläre Demonstrationen im Herbst ein investitionsfreudiger Winter folgt, der dann ein problemloses Frühjahr bescheren könnte.“ Und damit auch jeder verstehe, was gemeint ist, folgt die Kurzformel: „Arbeitsplätze entstehen nicht durch Demonstrationen, sondern durch Investitionen.“

Das stammt nicht aus der Feder unseres neuen Arbeitsministers Blüm und findet sich auch nicht in einem jener Blättchen, wie es die Unternehmerverbände hin und wieder vor und hinter den Werkstoren verteilen lassen. Nein, das schreibt Horst Niggemeier in der „einheit“, der Mitgliederzeitschrift der IG Bergbau und Energie, und auch sonst werden solche und ähnliche Meinungen in der Gewerkschaft vertreten. Wir sind also weit davon entfernt, wenigstens in den eigenen Reihen die jetzt notwendige Einheit erreicht zu haben.

Niggemeiers Rezept lautet „Geduld und gemeinsame Anstrengungen für den Fortschritt“. Seitenlang zählt er die Fortschritte vergangener Jahre auf, freilich ohne zu berücksichtigen, daß sie nicht wie Manna vom Tisch der Kapitalisten gefallen sind. Da wird verwiesen auf gestiegene Realeinkommen, auf höhere Aufwendungen für Bildung, auf gesteigerten Wohnungsbestand, auf den Arbeitnehmeranteil am Autobesitz. All dies ist recht und schön, aber all dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß über die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums die Widersprüche zwischen arm und reich in dieser Gesellschaft nicht beseitigt wurden und jetzt das mögliche Lebensniveau – wozu auch solche Dinge wie freie Zeit und Gesundheit im Alter gehören – immer weiter hinter dem Möglichen zurückbleibt. Die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur in Westdeutschland sondern in der ganzen kapitalistischen Welt hat einen Wendepunkt erreicht, und ohne grundsätzliche Änderungen wird im weiteren auch das bisher Erreichte untergraben werden.




Seit der Jahresmitte hat sich die wirtschaftliche Lage in der BRD erneut verschlechtert. Ausschlaggebend hierfür war, daß auch der Export, die letzte Hoffnung westdeutscher Konjunkturträume, eingebrochen ist. Auf dem inländischen Markt sieht es ohnehin trübe aus.

Wir behauptet, der gegenwärtige Lohnabbau, die beschlossenen und geplanten Kürzungen im Bereich der Sozialversicherungen und Sozialleistungen sowie die weiteren Einschnitte seien bloß vorübergehender Natur, täuscht sich über die Lage. Wir befinden uns nicht im Tal einer „Wachstumspause“, wie verschiedentlich verniedlichend gesagt wird, sondern in einer Phase langandauernder Krisenhaftigkeit. Denn Wachstumsraten, wie sie notwendig wären, um die Millionen-Arbeitslosigkeit zu beseitigen, werden selbst bei einer Überwindung des größten Schlamassels in den kommenden Jahren nicht zu erreichen sein.

Über zwei Millionen Arbeitslose – rund 30 Millionen in den westlichen Industrieländern –, das sind nicht nur die Schicksale dieser Arbeitslosen, die Tatsache fortdauernder Massenarbeitslosigkeit kennzeichnet das grundlegende Problem, das mit der bisherigen Wirtschaftsweise nicht gelöst werden kann. Dabei ist es zu kurz gegriffen, bloß nach Arbeitsbeschaffung zu rufen. Es gilt zu verhindern, daß Millionen von Menschen aus der gesellschaftlichen Entwicklung ausgegrenzt und in der Entfaltung ihrer Fähigkeiten gehindert werden. Einerseits sind sie von der Mitwirkung an der Erarbeitung des materiellen Reichtums ferngehalten, andererseits werden sie in ihrem Lebensstandard herabgesetzt. Zwei Millionen Arbeitslose sind zwei Millionen fehlende Arbeiter.

Es könne nicht mehr verteilt werden, als vorhanden ist, das könne doch jedes Kind einsehen, lautet die zwingende Logik des eingeschränkten Horizonts, den bürgerliche Politik einem Arbeiter gerade noch zubilligt. Auf die Frage, was wir denn für den mißratenen Schrumpfkuchen, der jetzt zur Verteilung serviert wird, verantwortlich sei, wird geantwortet, jene, die in schlechten Zeiten den Feinschmecker-Restaurants zur Konjunktur verhelfen, allenfalls mit neuen Ausflüchten.

## *Zwei Krisenrezepte*

Wo die Ursache für die gegenwärtige krisenhafte Entwicklung liegt, ist eine Frage von strategischer Bedeutung. Denn es geht darum, ob es überhaupt einen Spielraum für Gegenmaßnahmen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln gibt.

Grob gesagt bietet die herrschende Meinung auf diese Frage zwei Antworten, die beide falsch sind.

Einmal wird gesagt, das Grundübel ist die *Investitionslücke*, deshalb ist die Investitionsförderung der Dreh- und Angelpunkt der Krisenbekämpfung. Bis in die Gewerkschaft hinein reicht diese Meinung, und auch die SPD hat sich dieser Forderung unterworfen, wenngleich eher widerwillig und mit Einschränkungen. Wer aber A gesagt hat, sagt dann auch B. Genüßlich weist daher der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten darauf hin, daß Investitionsförderung nun mal nicht „sozial ausgewogen“ sein könne. Denn es sind die Reichen, die investieren, und nicht die Armen. Naturschutz für Geldsäcke folgt aus einer solchen Strategie notwendig.

Damit ist gesagt, daß dieser Weg, selbst wenn er mehr Wachstum bescheren könnte, auf dem Gegensatz von reich und arm, auf dem Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen beruht. Schon deshalb ist er unmenschlich und eben der Weg des Kapitals. Er ist aber auch unrealistisch, denn es ist der Weg, der die Weltwirtschaft in den letzten Jahren langsam aber sicher in die tiefe Krise geführt hat. Und seine Propheten hätten zunächst einmal die Preisfrage zu beantworten, weshalb denn trotz „Investitionslücke“ ein Viertel der Maschinen und Anlagen in der Industrie still liegt.

Die andere der gängigen Antworten hebt mehr auf die *Nachfrage*seite ab. Dabei wird das Investitionsargument nicht abgelehnt, weshalb beide Richtungen in der Praxis immer wieder versöhnbar sind. Altkanzler Schmidt hat die Weisheit hinterlassen, man dürfe eine Volkswirtschaft nicht „kaputtsparen“. Seither wird die Formel immer wieder aufgegriffen, und sie ist auch Standardargument in den Gewerkschaften.

Auch Investitionsförderung nütze den Unternehmen nicht, wenn sie keinen Absatz für ihre Produkte finden, wenn die Leute nicht kaufen können, wird gesagt. Und zur Verallgemeinerung des Arguments wird darauf verwiesen, der Markt sei eben gesättigt. Der kleine Mann verstehe das sofort, schreibt z.B. der „Spiegel“ in seiner jüngsten Ausgabe: „Er nämlich kann das Ende des wilden Wachstums im eigenen Haushalt ablesen. Dort finden sich Kühlschrank, Waschmaschine, Automobil, Küchenmaschinen, Farbfernsehapparat, alles schön nacheinander angeschafft.“

Falsch ist zunächst die Vorstellung, es gebe keinen Bedarf an zusätzlichen Produkten mehr, selbst wenn wir in den westdeutschen Landesgrenzen bleiben. Dann wäre ja alles in Butter, die Arbeitslosigkeit wäre allenfalls noch ein Problem der Umverteilung der Arbeitszeit. Dem aber ist nicht so, es muß nicht aufgezählt werden, wo überall es akuten Mangel gibt.

Nicht an Bedarf oder unerfüllten Bedürfnissen fehlt es, sondern an Kaufkraft, die Bedürfnisse zu befriedigen. Sollten die Kapitalisten mal ihre Preise radikal senken – wie schnell da der Markt leergefegt wäre! Daß viele Produkte einschließlich ihrer Herstellungsweise wirklichem Bedürfnis nicht entsprechen, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Oberflächlich ist das Argument aber auch, weil es an der kapitalistischen Realität vorbeigeht. Um solche offenen Flanken offen zu legen, wird z.B. der Sachverständigenrat bezahlt. Das Kaufkraftargument kranke an der Vernachlässigung der Kostenseite: „Was vielen zu begreifen schwerfällt: Bei reduzierten individuellen Einkommensforderungen und staatlichen Ansprüchen, bei günstigeren Kostenverhältnissen der Unternehmen also, ist im Prinzip mehr Produktion rentabel, und damit ist mehr Beschäftigung, mehr Einkommen und daraus in der Summe mehr Konsum möglich und auf die Dauer auch zu erwarten als bei höheren Forderungen, sprich Kosten. Zu hohe Forderungen an das Verteilbare verhindern, daß das Verteilbare überhaupt entsteht.“

Natürlich kann man solche Reden ignorieren, dann verwirklichen sie sich im stummen Zwang der Verhältnisse automatisch. Es sollte doch zu denken geben, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung bereits auf dem besten Weg dahin war und sie damit der Rechtskoalition den Weg geebnet hat. Und auch auf die Tarifverhandlungen schlägt der Druck des Arbeitsmarktes immer mehr durch. Besser wäre es, diese Realitäten zu erkennen und ihre Veränderung bewußt anzustreben.

## *Fesseln, die zerschnitten werden müssen*

Ob „angebotsorientiert“ oder „nachfrageorientiert“ – in beiden Antworten wird die Frage nach der Art und Weise der Produktion umgangen, und in diesem Schema läuft die Frage, von welcher Seite die Krise ausgeht, auf die Frage hinaus, ob das Huhn vor dem Ei oder das Ei vor dem Huhn war. Denn ebenso offensichtlich fehlt es in der Krise an Nachfrage, wie andererseits der Stand der Nachfrage vom Stand der Produktion abhängt. Die arbeitenden Massen können nur in dem Maße Konsument sein, wie sie Lohn erhalten, d.h. wie ihrerseits die Kapitalistenklasse Arbeitskraft nachfragt und dafür zahlt. Und die Unternehmen treten in dem Maße als Käufer auf, wie sie Rohstoffe, Vorprodukte und Maschinerie für ihre Produktion brauchen. Indirekt und direkt bestimmen die Unternehmen die Nachfrage.

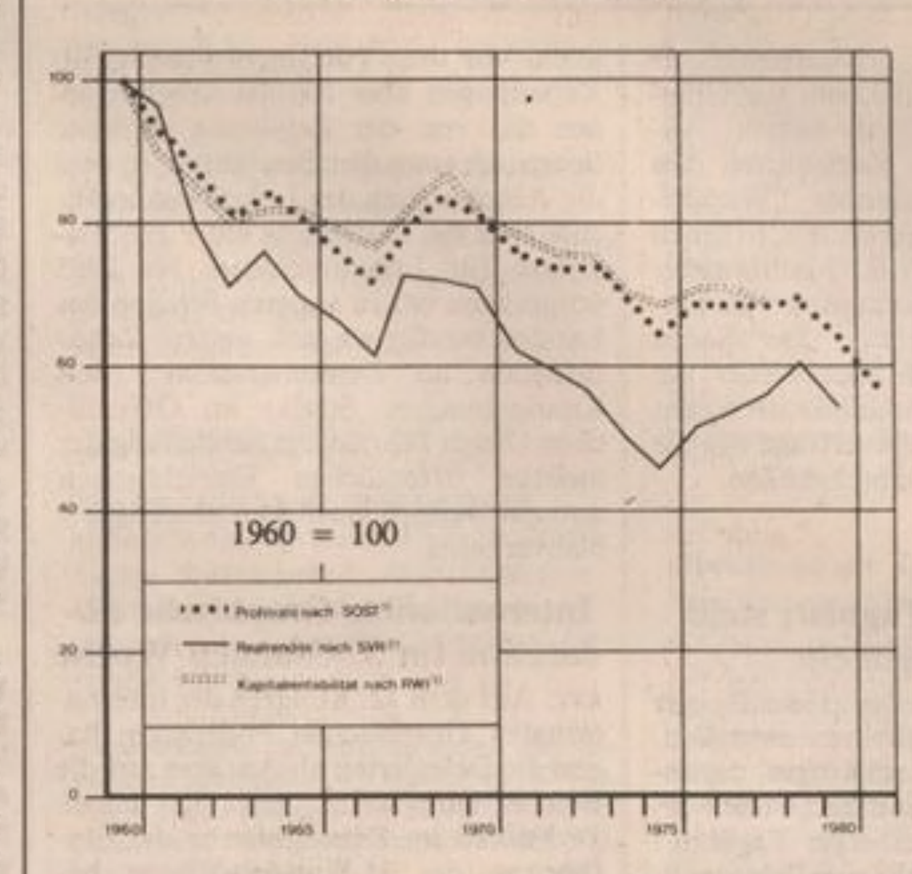
In diesem „einfachen“ Erklärungsmuster wäre ohnehin jede Krise unmöglich, weil für jede Produktion auch schon die Nachfrage da wäre, wie bürgerliche Vulgärökonomen schon seit dem vorigen Jahrhundert behaupten.

Zweierlei vor allem wird außer acht gelassen, erstens, daß jedes Kapital für sich unter Konkurrenz produziert, zweitens, daß der Profit alleiniger Motor dieser Wirtschaftsweise ist. Kein Unternehmen produziert für den Absatz, sondern für die Verwertung seines Kapitals. Seit Jahren sinkt die Profitrate, wobei die Krisen 1966/67 und 1974/75 Durchgangsstationen bildeten, und damit erlahmt die Produktionslust. Arbeiter werden freigesetzt infolge gestiegener Arbeitsproduktivität, und die Akkumulation reicht nicht aus, die freigesetzten Arbeiter an anderer Stelle profitlich zu beschäftigen.

Ohne die Besonderheiten der jetzigen Krise erfassen zu wollen, steht doch fest, daß nicht Marktsättigung ihre Ursache ist, folglich Nachfragestützung auch nicht als Gegenmaßnahme ausreicht. Und es sind genausowenig Kostenentwicklungen, die die Profitrate eigentlich gedrückt haben, wenngleich in der Senkung der Lohnkosten jetzt das reaktionäre Heil gesucht wird.

Ausschlaggebend sind die inneren Schranken des Kapitals selbst. Einerseits steigt mit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit der Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz. Andererseits hängt aber der neugeschaffene Wert und damit der Profit, den sich die Kapitalisten aneignen, nicht vom Kapitaleinsatz, sondern allein vom Einsatz der lebendigen Arbeit ab.

Profitraten in der Industrie




1) Sozialistische Studiengruppen (SOST), Das BRD-Kapital. Von der Prosperität zu Stagnation und Krise, Hamburg 1980, S. 136 und 256. 1980 und 1981 vorläufige Ergebnisse.

2) Berechnungen des WSI nach der Methode des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). JG 1973, Zf. 130 und JG 1976, Bundestagsdrucksache 7/5902, S. 191. 1980 vorläufiges Ergebnis.

3) Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, Bd. 1, Essen 1980, S. 119 ff. und S. 253.

Vereinfacht ausgedrückt wächst die Profitmasse entsprechend der Masse verausgabter Arbeit, während das eingesetzte Kapital viel rascher wächst. Der Profit sinkt *im Verhältnis zum Kapital.* An sich ist daran nichts Schlimmes, denn wirklich verändert hat sich nur die Produktivkraft der Arbeit. Die kapitalistische Form aber, in die dies gepreßt ist, die Wertproduktion, wird zur Fessel mit weitreichenden Folgen. Produktion wird plötzlich „unrentabel“, Arbeiter werden von vorhandenen Produktionsmitteln ferngehalten, Verschwendung wird zu Armut.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Alternative Wirtschaftspolitik, das kann nicht auf später verschoben werden. Schon heute aber können sie nur gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden, und sie werden dann rasch scheitern und ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie nicht die Zwänge der kapitalistischen Profitwirtschaft aufheben. Weniger wäre unrealistisch.

### Rein in die Kartoffeln, raus aus den ...

*geh.* Was zu befürchten war, ist geschehen: der Tarifexperte H. Janßen hat wieder die Tätigkeit in seinem Ressort im IG Metall-Vorstand aufgenommen. Bekanntlich war Janßen nach der IG Metall-Vorstandsklausurtagung zurückgetreten, weil sein Konzept nicht angenommen wurde. Wie jetzt zu erfahren, sah dies folgendes vor: Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 2,5 Stunden, zusätzlich eine Reihe von Maßnahmen mit etwa dem gleichen Volumen. Beispielsweise die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit im 2 Schichtbetrieb auf 7 Stunden, im 3 Schichtbetrieb auf 6 Stunden. 50jährige sollen bereits jetzt die 35-Stunden-Woche erhalten, 55jährige nur noch 30 Stunden und 58jährige nur noch 25 Stunden arbeiten. Ab 60 Jahren sollte durch Tarifrente das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben möglich sein. Demgegenüber setzte sich die Mehrheit mit dem bekannten Beschluß (KVZ 41/82, S. 12), alles auf die 35-Stunden-Woche zu konzentrieren, durch.

### IG Bau-Steine-Erden wählt neuen Vorsitzenden

*geh.* Auf dem 12. ord. Gewerkschaftskongreß der IG BSE in Frankfurt ist für den ausscheidenden Gewerkschaftsvorsitzenden Sperner der bisherige stv. Vorsitzende Konrad Carl zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Der neue Vorsitzende war nach der üblichen Gewerkschaftslaufbahn vom Verwaltungsstellengeschäftsführer, Bezirksleiter in Bayern in den Hauptvorstand gekommen. Er ist Mitglied der SPD. Den Delegierten liegen 395 Anträge, 15 Entschließungen und 20 Satzungsänderungswünsche vor. Neben Forderungen nach einem Wohnungsbauprogramm und Erleichterungen für die Genehmigungsfragen fordern sie das vollständige Verbot der Leiharbeit. Seit dem 1.1.82 ist diese zwar im Baubereich generell verboten, jedoch sind nur 26 „Schwerpunkt-Arbeitsämter" in der BRD mit der Überwachung dieses Verbots befaßt. Außerdem können die Kapitalisten dies Verbot durch sogenannte „Werkleistungs-Verträge" unterlaufen. In ihnen werden Leistungen, z.B. Quadratmeter verputzen, von sogenannten Sub-Unternehmern abgerechnet. Der Sache nach handelt es sich aber wieder um das Ausleihen von Arbeitskräften zum Verputzen. Diese Werkverträge will die IG Bau weitgehend einschränken.

### Heidelberger Tagblatt stellt Erscheinen ein

*kvz.* Am 31.12. wird das „Heidelberger Tagblatt" sein Erscheinen einstellen. Damit werden 97 Beschäftigte, darunter 28 Redakteure und 20 „Freie" arbeitslos. Das „Heidelberger Tagblatt" gehört zum „Mannheimer Morgen". Der Chefredakteur des „Mannheimer Morgen", Deckert, bezeichnete die Einstellung der Zeitung als „unausweichlich", weil das Blatt „wirtschaftlich nicht mehr zu halten war". Der Hauptgeschäftsführer des Journalisten-Verbandes, Raff, hat den Einstellungsbeschluß als „Skandal" bezeichnet. Skandalös, weil einerseits die Verleger im Mannheimer Raum Millionen in „neue Medien" investierten, aber durch Absprachen bestehende Medien außer Kraft setzten.

### Schweizer Gewerkschaftsbund: 40-Std.-Woche-Initiative

*kvz.* Am letzten Wochenende fand der 46. Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) statt. Im Brennpunkt der Auseinandersetzungen stand die Frage der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung. Gegen die mehrheitliche Auffassung des Vorstandes wurde auf dem Kongreß mit Zweidrittel-Mehrheit ein Antrag für die Einleitung einer Initiative für die 40-Stunden-Woche (Volksabstimmung) verabschiedet. Insbesondere setzten sich die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, der Holz-, Druck- und Chemieindustrie für einen gesetzlichen Weg der Arbeitszeitverkürzung (bei Lohnausgleich) ein. Die Gewerkschaft der Metall- und Uhrenarbeiter will mehr den Weg über Tarifvertrag beschreiten. Sie hatte vor einiger Zeit eine tarifvertragliche Festlegung der 42-Std.-Woche erreicht. Ein Antrag der Chemie-Gewerkschaft, der die Vergesellschaftung der Großbanken, die Ausdehnung des staatlichen Bereichs und eine verstärkte staatliche Beschäftigungs- und Investitionspolitik forderte, wurde mit 103 gegen 67 Stimmen abgelehnt. In Sachen Lohnpolitik soll fürderhin ein Kurs des Ausgleichs der Teuerungsrate, mit Anlehnung an den Produktivitätszuwachs, gefahren werden. Als neuer Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes wurde der amtierende Präsident des Metall- und Uhrenarbeitnehmerverbandes (SMUV) Reimann gewählt. Die SMUV stellt 131000 der insgesamt 459000 SGB-Mitglieder. – Zu Beginn des Gewerkschaftstages wurden Resolutionen gegen die Unterdrückung von Gewerkschaftern in der Türkei und in Südafrika verabschiedet. Eine Protestnote an die polnische Militärregierung gegen die Unterdrückung der Solidarność und das neue Gewerkschaftsgesetz wurde unter Beifall angenommen. In dem Telegramm hieß es am Ende, „die freie Entwicklung eines jeden (ist) die Bedingung für die freie Entwicklung aller", original nach Kommunistischem Manifest. Zuvor hatte der Solidarność-Vertreter Jerzy Grebski dem Kongreß über die Unterdrückung in Polen berichtet.

### Proteste gegen die dänische Wirtschaftspolitik

*kvz.* In der Vorwoche kam es in Dänemark zu anhaltenden Protestaktionen gegen das Krisenprogramm der bürgerlichen' Minderheitsregierung. Ihren Höhepunkt fanden die Aktionen der Gewerkschaften am Donnerstag, als allein vor dem Parlamentsgebäude in Kopenhagen über 100000 Arbeiter gegen das von der Regierung geplante Sparprogramm demonstrierten, in dem die Abschaffung des Inflationsausgleiches und die Festlegung einer Höchstgrenze für Lohnabschlüsse bis 1985 vorgesehen ist. In anderen Städten des Landes beteiligten sich weitere Zehntausende an Demonstrationen und Kundgebungen. Streiks im Öffentlichen Dienst führten zur Schließung der meisten öffentlichen Einrichtungen und zur weitgehenden Lahmlegung des Nahverkehrs.

### Internationale Graphische Föderation für 35-Stunden-Woche

*kvz.* Auf dem 12. Kongreß der Internationalen Graphischen Föderation haben die Delegierten als Antwort auf die Beschäftigungskrise und die neuen Techniken im Druckgewerbe die Einführung der 35-Stunden-Woche beschlossen. Die IGF ist der internationale Zusammenschluß der Gewerkschaften in der Druckindustrie und der Papierverarbeitung. Das verabschiedete Aktionsprogramm fordert daneben noch mehr Mitbestimmung, die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung und die Verbesserung des Arbeitsschutzes.

### Sympathiestreiks für Textilarbeiter in Indien

*xinhua.* Mehr als 3000 Menschen wurden am 11. Oktober in Bombay festgenommen, nachdem sie mit einem für 3 Tage angesetzten Streik zur Unterstützung der seit Januar dieses Jahres streikenden Textilarbeiter begonnen hatten. Arbeiter der öffentlichen Transport- und Verkehrsbetriebe stellten ebenfalls die Arbeit ein und legten den Verkehr teilweise lahm. Ein Sprecher der Streikenden teilte mit, daß es für die Verhaftungen keinerlei unmittelbaren Anlaß gegeben habe. Vielmehr seien 4 Personen verletzt worden, als die Polizei im Nordwesten der Stadt das Feuer eröffnete. Im letzten Monat hatten schon einmal 100000 öffentlich Bedienstete einen Solidaritätsstreik durchgeführt.

---

*Arbeitskongreß*

**Gewerkschaftliche Strategie und der Kampf um die 35-Stunden-Woche**

6./7. November 14.00 Uhr
Schulungszentrum Mainzer Landstraße 147
Bitte sofort anmelden. Anmeldeschluß 28. Okt. 1982
Reader können noch angefordert werden

---

# Die „Rettung des Bremer Vulkan": 290 Entlassungen

## Betriebsrat kann einige Forderungen durchsetzen, vieles aber bleibt offen

*raw.Bremen.* „Eine ganze Region kann aufatmen: Der Bremer Vulkan ist über den Berg", heißt es im Kommentar des „Weser Kurier" vom 18. Oktober, und es wird eingeschränkt: „zunächst jedenfalls".

Zu den Ereignissen: Die am Dienstag vergangener Woche (s. KVZ 41) als Kompromiß verkaufte Erpressung seitens des Vulkan-Vorstandes hat der Betriebsrat nicht angenommen, weil der Vorstand in keiner Weise ernsthaft auf die vom Betriebsrat vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten einging. Durch die ultimative Drohung, den Betrieb am Montag zu schließen, ließ sich der Betriebsrat nicht irritieren und rief die im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehene Einigungsstelle an. Dem Vorstand paßte dies überhaupt nicht. Er ließ den ersten Termin im Einigungsstellenverfahren platzen. Frech versuchte er den „Lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern" mitzuteilen: „Nach Auffassung des Vorstandes schiebt damit der Betriebsrat der Einigungsstelle eine Verantwortung für die Existenz unseres Unternehmens und




Aus älteren Tagen: Ende April wurden Fusionsvorhaben der beiden Werften Vulkan und AG Weser bekannt. Über 3000 demonstrierten gegen diese Pläne, die Entlassungen bedeutet hätten.

für die Aufrechterhaltung des größten Teils der Arbeitsplätze zu, die diese Einigungsstelle an sich gar nicht tragen kann. Der Betriebsrat versucht damit,
kann. Der Betriebsrat versucht damit,
sich aus seiner Verantwortung für die Gesamtbelegschaft zu entfernen und diese Verantwortung einer dritten Stelle zuzuschieben, die für Konsequenzen aus der Entscheidung, die sie zu treffen hat, nicht verantwortlich gemacht werden kann. Der Vorstand möchte der gesamten Belegschaft unverhohlen mitteilen, daß er eine solche Handlungsweise des Betriebsrats für verantwortungslos hält und daß er kein Verständnis dafür aufzubringen vermag, daß der Betriebsrat offenbar bereit ist, ein existenzgefährdendes Risiko einzugehen." („Der Vorstand zur Sache" vom 13.10.1982)

Die Einigungsstellenverhandlung vom 14. und 15. Oktober brachte folgende Ergebnisse: „Zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit" müssen a) dem Unternehmen kurzfristig Anlaß zugeführt werden, b) Kosten eingespart und „Produktivitätserhöhungen in Höhe von 50 Mio. DM jährlich" herbeigeführt werden. Um Kosten einzusparen, sollen

- im Rahmen von Massenentlassungen 290 Arbeiter und Angestellte entlassen werden,
- ca. 80 Kollegen in Frühpension gehen,
- ca. 50 Kollegen aus den Gemeinkostenbereich in den produktiven Bereich versetzt werden,
- ca. 10 Angestellte, die in den letzten 10 Jahren in der Produktion tätig waren, in diese zurückversetzt werden,
- Umschulungen zur Versetzung in die Produktion durchgeführt werden (konkret besteht ein Bedarf für z.B. 30 Schweißer und 15 Rohrbauer)
- 30 Arbeitsplätze durch Fluktuation eingespart werden.

Darüberhinaus ist ein Sozialplan beschlossen worden. Die Zahl der Ausbildungsplätze soll auf 120 erhöht werden. Die Vergabe von Arbeiten an Fremdfirmen, soweit sie fachlich und preislich gleichwertig sind, soll unterbleiben. Die Überstunden sollen grundsätzlich eingeschränkt werden. Zur Erhöhung der Produktivität werden

- die Verteilzeiten neu festgelegt. Dazu werden ca. 40 repräsentative Verteilzeitstudien in mit dem Betriebsrat abzustimmenden Bereichen durchgeführt,
- die Grundzeiten überprüft. Dazu werden sofort Einigungsverhandlungen mit den Akkordlöhnern aufgenommen.

Vielfach sind mit diesem Beschluß die Vorschläge und Forderungen des Betriebsrats aufgenommen worden. Die entscheidende Frage, die Frage der 20% Akkordvorgabekürzungen, die, weil tariflich abgesichert, Auswirkungen für andere Betriebe mit sich bringen wird, ist nicht vom Tisch. Sie ist nur vertagt.

Nach diesem Schlichtungsspruch hat am vergangenen Samstag der Aufsichtsrat des Vulkan beschlossen, der Werft durch Herabsetzung des Grundkapitals von 78 auf 52 Mio. DM und anschließende Wiederaufstockung um 26 Mio. DM neues Kapital zuzuführen. Konkret bedeutet dies, daß sich die beiden Hauptanteilseigner, das Land Bremen und die Finanzholding Thyssen-Bornemisza (beide je 25%) die 26 Mio. DM je zur Hälfte teilen werden. Nachdem Vorstandsvorsitzender Henke plötzlich neue Aufträge „hereinge-
ke plötzlich neue Aufträge „hereinge-
zaubert" hat, darunter 2 mit einem Arbeitsvolumen von je 650000 Fertigungsstunden, soll die Produktion auf der Werft bis 1984 gesichert sein. Das weit verbreitete Gerücht, daß Aufträge zurückgehalten wurden, um die Belegschaft gefügig zu machen, erhielt so neue Nahrung.

Der „Weser Kurier" meldete, daß Senatsdirektor Dr. Hennemann (SPD, Vertreter für das Land Bremen im Aufsichtsrat des Bremer Vulkan) es positiv wertete, daß das Land Bremen sich nicht in den innerbetrieblichen Konflikt beim Vulkan eingemischt habe. Angesichts der der Belegschaft und ihrem Betriebsrat zugemuteten Erpressungen und Verleumdungen kann man diese Äußerungen nur als Unverschämtheit werten. Verwunderlich ist dabei nicht, daß Hennemann etwa die gleichen Worte wählte wie der Vorstand, den er in der Vergangenheit aus „ökonomischen Sachzwängen" schon öfter unterstützt hat.

Positiv ist, daß jetzt selbst der Vulkan-Vorstand die Meinung vertritt, daß der Vulkan „neben dem Bau von Handels- und Marineschiffen ein zweites Standbein erhalten (soll) – im Maschinenbau sowie der Forschung und Entwicklung alternativer Produkte" („Weser Kurier" vom 18.10.1982). Gemeint ist damit bloß die Diversifizierung. Trotzdem, lange hats gedauert, daß das Kapital damit zu einer älteren – längst nicht nur vom eigenen Betriebsrat erhobenen – Forderung Stellung bezog. Der Kommentar im „Weser Kurier" hält fest: „Das teure (bisher immer noch nicht veröffentlichte, d. Verf.) Werftgutachten kann dabei für den Vulkan kaum noch behilflich sein. Als reines Kostensenkungsprogramm hat die Expertise ihre Aufgabe bereits erfüllt – auf Kosten der Arbeitnehmer und ihrer Familien." Er fordert dann auf, dem freidemokratischen Wirtschaftsminister Lambsdorff zur Gesundung der ganzen Küstenregion „das längst überfällige Küstenstruktur- oder auch ein Schiffbauprogramm abzuringen. Sonst sind über kurz oder lang wieder Arbeitnehmer die Leidtragenden."

Nur reichen solche Programme nicht aus. Wirklich alternative Programme, die sich an den Gebrauchswerten und den Interessen der Volksmassen orientieren, unter demokratischer Kontrolle des Volkes, sind notwendig. Vorstellbar und von Fritz Bettelhäuser (Betriebsratsvorsitzender des Bremer Vulkan) vielfach befürchtet, ist, daß die Durchführung solcher Beschäftigungsprogramme und alternativer Produkte (sprich Diversifikation) den Kapitalisten die alten Profite wieder sichert,
sten die alten Profite wieder sichert,
daß sich an der alten Ausbeutung und Machtstruktur nichts ändert. Vielmehr müssen die betroffenen Arbeiter mehr und direkte Einflußmöglichkeiten auf die Art und Durchführung der Produktion gewinnen. Sehr gut nutzbar könnte dazu der 25% Anteil des Landes Bremen sein, ganz im Gegenteil zur jetzigen Haltung des Bremer Senats. Z.B. denkbar ist eine Übertragung der Eigentumsrechte auf den Betriebsrat und damit auf die Belegschaft.

---

# Vorbereitungen auf den Arbeitslosenkongreß im Dezember

*acm.* Unter dem Motto „Arbeitslos – nicht wehrlos" wird von den Arbeitsloseninitiativen aus der BRD und Westberlin vom 2.–5. Dezember 1982 ein bundesweiter Kongreß in Frankfurt durchgeführt. Bislang haben sich in über 200 Initiativen, Selbsthilfegruppen und Zentren Arbeitslose in vielen Städten zusammengeschlossen. Am Wochenende 16./17.10. fand zur Vorbereitung des Kongresses ein Treffen von 31 Initiativen in Frankfurt statt, um die Materialien für den Kongreß zu ordnen und die Herausgabe einer „Arbeitslosenzeitung" noch im Vorfeld des Kongresses zu sichern. Außerdem soll Anfang November eine Aktionswoche durchgeführt werden. Zu dem Kongreß werden zwischen 1000 und 1500 Teilnehmer erwartet.

Bislang noch sieht es so aus, als wenn der Kongreß aus den Mitteln der Initiativen selber finanziert werden müßte. Die Hoffnung darauf, der DGB werde den Kongreß hauptseitig finanzieren, hat sich noch nicht in Taten umgesetzt.

In einer Presseerklärung des „Arbeitslosen Kongreß-Büro" in Frankfurt heißt es: „.... Statt der Arbeitslosigkeit werden die Arbeitslosen bekämpft. Die Zerstörung des sozialen Netzes geht einher mit immer stärker steigenden Rüstungsausgaben und Subventionen zugunsten von Großunternehmen. Diese Entwicklung hat die SPD/FDP-Regierung eingeleitet. Sie wird nun von der CDU/FDP-Regierung verschärft vorangetrieben ... Dazu gehören u.a. Senkungen des Arbeitslosengeldes, Reallohnabbau, Einschränkungen der Sozialhilfe, Zwangsarbeit für Asylanten und Sozialhilfeempfänger usw. Mit der Verschärfung gesetzlicher Maßnahmen gegen die ausländischen Kollegen und ihre Familien wird die Ausländerfeindlichkeit geschürt. Dadurch wird versucht, Arbeitslose gegen ausländische Arbeitnehmer auszuspielen ..."

Auf dem Kongreß selber wollen die Arbeitslosen mit Beschäftigten, Gewerkschaftern, betrieblichen Interessenvertretern und Kirchen u.a. über „Ursachen der Arbeitslosigkeit", „betriebliche Kämpfe gegen Arbeitsplatzabbau", „wie organisieren sich Arbeitslose?" diskutieren ..."

Zur organisatorischen Vorbereitung des Kongresses wurde das Kongreßbüro eingerichtet. Informationen können dort abgerufen werden:

**Arbeitslosen Kongreß-Büro**
Mainzer Landstraße 124
6000 Frankfurt / Main 1
Tel. 0611/7306300

# Nicht ohne Komplikationen

**... ist der Vorschlag der Professoren Grottian und Narr für einen Beamtenstreik im Januar 1983. Viel bleibt noch zu klären! Ein Kommentar zum unten dokumentierten Brief von Gerd Gösebrecht**

Ich will nicht verhehlen, daß mir der Vorschlag von Grottian und Narr spontan zugesagt hat, daß die Gewerkschaften an Konzeptionen alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik arbeiten, Strategien entwickeln, um in der Krise die Interessen der Lohnabhängigen durchzusetzen, – angesichts des Tempos, mit dem die Angriffe auf die erkämpften Lebens- und Arbeitsbedingungen erfolgen, muß einem die immer noch überwiegende Unbeweglichkeit und Behäbigkeit, mit der die Gewerkschaften agieren – man sehe und höre nur Ernst Breit – schon auf den Geist gehen. Wenn eine solche Aktion tatsächlich die Funktion haben kann, die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit und insbesondere in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu forcieren, wäre sie schon lohnend. Im besten Fall könnte damit auch die offensichtlich in der ÖTV vorhandene Tendenz erschüttert weden, mit einer ernsthaften Mobilisierung für den Kampf für eine Arbeitszeitverkürzung zu warten, bis die IG Metall was durchgesetzt hat (1984??).

Eine positive Funktion hätte die Aktion auch sicher gegen die planvoll betriebene Hetze gegen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten, insbesondere gegen die Beamten. Und die Initiatoren haben vermutlich auch recht, wenn sie nach „ersten Vorgesprächen" vermuten, daß die Unterstützung z.B. durch die IG Metall höher sein könnte als durch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Dazu trägt sicher die gegen den Ausbau des bürokratischen Staatsapparates gerichtete Begründung bei.

Trotzdem: Die Schwächen des Konzepts sind nicht zu übersehen. Zunächst einmal werden die Konsequenzen, die sich aus der erwarteten geringeren Unterstützung seitens der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ergeben, zu wenig reflektiert. Dann fehlt fast vollständig eine Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit, so daß das Konzept nicht sonderlich gut gegen den Vorwurf gewappnet ist, es stelle die Arbeitslosigkeit im wesentlichen als Folge mangelnder Solidarität der „Arbeitsplatzbesitzer" dar. Eine Forderung, wie die 300000 Neueinstellungen vollständig finanziert werden sollen – die Kappung des Lohnausgleichs in der vorgeschlagenen Form ist schon auf den ersten Blick dafür nicht ausreichend – findet sich nicht.

Wirft man aber diese Frage auf, ist man gleich am Problem alternativer Wirtschaftspolitik und gewerkschaftlicher Strategieentwicklung, an dem sich die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung allmählich entwickelt. Auch ist m.E. die Einkommensgrenze von 2000 DM netto monatlich zu niedrig angesetzt. Ferner: Arbeitszeitverkürzung und entsprechende Lohnregelungen muß man tarifvertraglich durchsetzen. „Man" – das sind hier die Gewerkschaften. Wenn man wie Grottian/Narr von einer wohlwollend-distanzierten Gewerkschaft ausgeht, wie soll dann dieses Ziel erreicht werden? Geht das ohne Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften? Und wie soll – entsprechende Tarifverträge einmal vorausgesetzt – der Staat zu einer *zwingenden* Vereinbarung über Neueinstellungen gebracht werden? An diesem letzteren Problem sind schon Pläne der GEW gescheitert, mittels freiwilliger Teilzeitarbeit Neueinstellungen zu ermöglichen. Die hessische Landesregierung hat daraufhin einfach einen Teil der freiwerdenden Stellen gestrichen.

Die Wendung gegen den Kampf der Gewerkschaften für eine sofortige Durchsetzung der Besoldungserhöhung ist sogar gefährlich, da sie völlig unpassend einen Widerspruch zwischen den Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und denen der Arbeitslosen konstruiert. Haben denn die alte oder die neue Regierung mit den eingesparten Geldern der Beamtenbesoldung Neueinstellungen finanzieren wollen? Und überhaupt: hat je der Verzicht der Arbeitenden den Arbeitslosen Arbeitsplätze gebracht?

Sicherlich kann das eine oder andere Defizit des vorliegenden Vorschlags auf den angestrebten Versammlungen aller potentiell Streikwilligen beseitigt werden. Skepsis bleibt trotzdem angebracht. Auf eine bestimmte Weise scheinen mir diese Fehler systematisch und nicht zufällig zu sein. Es zieht sich durch das ganze Konzept eine etwas zu selbstlose Haltung von Individuen, die

a) wenig Vertrauen in die Entfaltung organisierter gewerkschaftlicher Kraft haben (es ist ja auch schwer, und man muß sich auch viel mehr klar machen, worin die Schwierigkeiten bestehen – das tut das Papier aber nicht!), und die

b) persönliche Opfer eingehen wollen, um zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit beizutragen. Für die allermeisten Beamten stellt sich aber die Situation völlig anders dar: Sie haben erstens zu wenig, daß sie etwas opfern könnten, und sie sehen mit einigem Recht, daß sie keine andere Möglichkeit als die der gewerkschaftlich organisierten Aktion haben, um ihre Interessen gegen den Staat durchzusetzen. Verständlicherweise werden sie sich nicht gern vorhalten lassen – auch nicht unbeabsichtigt und in indirekter Weise –, sie seien unsolidarische Arbeitsplatzmonopolisten.

Von daher spricht viel dafür, daß – wenn diese Aktion klappt – es eine Aktion von höhergestellten Akademikern sein wird. Sollte es gelingen, die in dem Konzept angelegte Gefahr der Spaltung vom übrigen öffentlichen Dienst zu reduzieren, heißt das aber überhaupt nicht, daß dieser Streik nicht ziemlich nützlich sein kann und nicht unbedingt von den Gewerkschaften unterstützt werden müßte.




„Am 26. Januar 1983 legen 300 Lehrer, Hochschullehrer, Sozialarbeiter, Richter und Verwaltungsbeamte für 5 Tage die Arbeit nieder." Ziel des zunächst auf Berlin, Frankfurt und Bremen beschränkten Streiks ist die Schaffung von 300000 neuen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Dafür soll die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst auf 37,5 Stunden reduziert werden, wobei bis 2000 DM netto monatlich ein voller, darüber nur ein abgestufter Lohnausgleich zu zahlen ist. Mit diesem Szenario leiten die beiden FU-Professoren Grottian und Narr ihren Vorschlag für eine Initiative gegen die Arbeitslosigkeit ein, dessen wesentliche Begründungen wir im folgenden dokumentieren. Ergänzt wird der Vorschlag durch einen ausgearbeiteten taktischen Plan zur Erzielung einer größtmöglichen Öffentlichkeitswirksamkeit und eine Einschätzung der möglichen disziplinarischen Folgen. Das gesamte Papier kann angefordert werden bei: Prof. Peter Grottian / Prof. Dieter Narr, Irmgardstraße 26, 1000 Berlin 37, Tel.: 030/8523078 oder 8135064

# Demonstrativer Beamtenstreik gegen Arbeitslosigkeit?

Betr.: Beamtenstreik für neue Arbeitsplätze

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Wir wenden uns heute mit einer ungewöhnlichen Bitte an Sie, in den nächsten Tagen in aller Ruhe zu überlegen, ob Sie möglicherweise an einem Beamtenstreik für 300000 neue Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung und differenzierten Lohnausgleich Ende Januar 1983 teilnehmen. Der Gedanke mag zunächst für Sie befremdlich wirken, aber wir meinen, daß es angesichts der Arbeitsmarktlage ungleich schärferer Protest- und Konfliktformen bedarf, will man an der beschäftigungspolitischen Situation tatsächlich etwas verändern. (...)

2. Warum einen Beamtenstreik?

... Bei einer voraussichtlichen Arbeitslosenzahl von durchschnittlich 2,2 bis 2,3 Mio. für 1983 ist die skeptische Einschätzung für die nächste Tarifrunde plausibel, daß es zwar lebhafte Diskussionen über Tarifrente, Arbeitszeitverkürzung, job-sharing u.a. geben wird, aber faktisch die Frage der Arbeitszeitverkürzung und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen nicht zum Gegenstand der Tarifverhandlungen werden. Dieser mutmaßliche Sachverhalt zeigt, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt ungewöhnliche Initiativen, die Arbeitslosigkeit anzugehen, eher in Distanz zu den Tarifpartnern und zu den politisch etablierten Institutionen ergriffen werden können. Denn, trotz der strukturellen Arbeitslosigkeit, die allen Untersuchungen gemäß eben als strukturelle andauern wird, scheint es so, als ob die Gewerkschaften insgesamt aktuell keine neuen Formen der tariflichen Auseinandersetzungen fänden. In diesem Sinne könnte ein solcher Beamtenstreik auch indirekt auf die Gewerkschaften einwirken und sie zum Nachdenken darüber veranlassen, ob sie ihre tarifpolitische Linie nicht substantiell korrigieren müßten. So berechtigt das gewerkschaftliche Interesse auch einerseits erscheinen, eine dreimonatige Besoldungsverschiebung der Beamten mit einer Bonner Demonstration zu verhindern, so unangemessen muß andererseits eine solche Demonstration angesichts des Heers von Arbeitslosen wirken. Das Band zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen muß aus dem Blickwinkel der Arbeitslosen dadurch endgültig zerrissen werden.

Der Beamtenstreik könnte ein Element neben den Initiativen zum „Sozialappell" und der weiterreichenden Entwicklung der Arbeitsloseninitiativen der Bundesrepublik sein, die sich Anfang Dezember in Frankfurt anläßlich eines großen Arbeitslosenkongresses erstmals politisch formieren werden.

In dieser Konstellation könnte ein Beamtenstreik folgende sinnvollen Funktionen haben: Zum ersten wird durch einen neuen Typus von Streik – dem politischen Demonstrationsstreik – das Problem der Arbeitslosigkeit provozierend und unkonventionell thematisiert. Die Regelverletzung mit in der Bevölkerung konsensfähigen Zielvorstellungen (Arbeitszeitverkürzung mit differenziertem Lohnausgleich) schafft für Staat und Gewerkschaften gleichermaßen eine Situation, zu der sie sich verhalten müssen. Die staatliche Seite muß mit der Einleitung von Disziplinarverfahren antworten – sie versucht, damit Leute zu disziplinieren, die ihre Verpflichtung als Beamte in einer Demokratie ernst nehmen und auf Gefahren im Rahmen der ihnen gegebenen Möglichkeiten aufmerksam machen. Mit der Forderung nach differenziertem Lohnausgleich, die für sie selbst Einkommenseinbußen bedeuten, demonstrieren sie, daß es ihnen nicht um privat bereichernde Ziele geht, sondern vielmehr um die Lösung eines gesellschaftspolitischen Problems, das offenkundig mit herkömmlichen Mitteln nicht in Angriff genommen werden kann, nämlich die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine Bestrafung von Beamten ist politisch kaum durchhaltbar, wenn für Ziele gestreikt wird, die einen erheblichen Rückhalt in der Öffentlichkeit haben dürften. Für die Gewerkschaften muß ein solcher Beamtenstreik provozierend wirken, weil hier das gemacht wird, wovon in den Gewerkschaften zwar viel geredet wird, aber keine Umsetzung in eine entsprechende Tarifverhandlungsstrategie erfolgt.

Die zweite Funktion des Beamtenstreiks besteht darin, von den Beschäftigten her für die Arbeitslosen ein Signal der Solidarität zu setzen. Arbeitslose haben es in der Regel aufgegeben, noch darauf zu hoffen, daß diejenigen, die beschäftigt sind, sich in irgendeiner Weise für ihre Interessen einsetzen könnten.

Drittens sollte der Streik zum Ausdruck bringen, daß das solidarische Bewußtsein im öffentlichen Dienst, in Wohlfahrtsorganisationen und den kirchlichen Einrichtungen ungleich mehr entwickelt ist, als bisher in der Öffentlichkeit angenommen wurde. Fast alle Untersuchungen und Umfragen weisen darauf hin, daß die traditionellen Tarifverhandlungsstrategien („Reallohnausgleich") erheblich infrage gestellt werden – ja selbst unter den Angehörigen des öffentlichen Dienstes und den Gewerkschaftsmitgliedern. Hat der Bürger die Garantie, daß es neue Arbeitsplätze gibt, läßt er über Maßnahmen mit sich reden, die ihm Vorteile (Arbeitszeitverkürzung) und auch Einschränkungen (keinen vollen Lohnausgleich) bringen.

Eine vierte Funktion besteht darin, die beschäftigungspolitischen Möglichkeiten des öffentlichen, halb-öffentlichen, kirchlichen und selbsthilfe-/alternativorganisierten Sektors wieder mehr in den Blickpunkt der Diskussion zu stellen. Es ist vermutlich nicht zufällig, daß sich die beschäftigungspolitische Debatte primär auf den Produktionsbereich bezieht und die systematischen Ausweitungsmöglichkeiten der anderen Bereiche aus der Diskussion herausfallen.

Mindestens 6,5 Mio. Menschen arbeiten in den genannten Bereichen und der Bedarf ist unabweisbar. Bei den gegenwärtigen Haushaltseinsparungen wird überall dort gekürzt, wo die Not u.a. am größten ist. Im Bereich der Sozialhilfe, im Bereich der Krankenversorgung, i.S. der Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter usw. – Gerade im Sozial- und Bildungsbereich aber kommt es darauf an, Einsparungen zu unterlassen, ja sogar die Zahl der Einrichtungen und der Beschäftigten zu erhöhen, weil sonst nicht nur zu gewärtigen ist, daß Alte und Kranke unzureichend gepflegt werden, sondern auch die Gefahr besteht, daß sich aufgrund unzureichender Jugend- und Bildungseinrichtungen und dergleichen mehr Zonen zunehmender sozialer Vernachlässigung und schließlich auch Zonen der Gewalt herausbilden, die dann nicht einmal mehr oder allenfalls gerade noch polizeilich eingedämmt werden können. Wenn man die Institutionen und die Positionen im Sozial- und Bildungsbereich im weiteren Sinne ausbaut, dann kann es sich hierbei selbstverständlich nicht darum handeln, bürokratische Verfahrensmuster auszudehnen, vielmehr gilt es darum, auch insbesondere neue Formen der Selbsthilfe und der alternativen Projekte zu fördern.

Schließlich könnte der Beamtenstreik auch dazu beitragen, die Diskussion um die gesellschaftlichen Formen zu befördern, Probleme zu bearbeiten. Wer neue Arbeitsplätze im tertiären Bereich fordert, muß sich mehr als bisher Gedanken über die gesellschaftlichen Formen, Probleme anzugehen, machen. Gegen mehr Lehrer und kleine Klassen, gegen mehr qualifizierte Steuerfahnder oder mehr Bürgerberatungsstellen wird kaum jemand etwas einzuwenden haben. Die bürokratisch teure und nicht angemessene Behandlung von alten Menschen in Krankenhäusern und Altenheimen ist ebenso radikal in Frage zu stellen, wie die staatliche Kontrolle der Frauenhäuser, der verwaltungsförmige Umgang von Jugendämtern, Polizei und Gerichten mit mißhandelten Kindern und ihren Eltern u.ä.m. Hier sind auch die beschäftigungspolitischen Möglichkeiten der Selbsthilfe-, Frauen- und Alternativprojekte auszuschöpfen.

Insgesamt zielt der Beamtenstreik primär auf Bewußtseinsprozesse. Er lebt politisch vom dem Kalkül, daß eine Beschäftigungsgruppe, von der man gerade keine arbeitsplatzschaffende Solidarität erwartet – die Beamten – ein hohes persönliches Risiko nicht scheut, um neuen Beschäftigungs- und Tarifverhandlungsstrategien eine etwas bessere Durchsetzungschance zu ermöglichen. Zu vermuten ist, daß die staatliche Seite überreagieren wird (Einschüchterung, Suspendierung der Initiatoren etc.) und gerade diese Überreaktion dafür sorgen wird, daß der Beamtenstreik in seiner Wirkung nicht auf fünf Tage beschränkt bleibt.




# 35-Stunden-Woche — aber wie?

Nach den Beschlüssen des IG Metall-Vorstands für die 35-Stunden-Woche scheint der Zug auf gewerkschaftlicher Seite abgefahren zu sein. Jahrelang hatte nach dem verlorenen Stahlarbeiterstreik für eine Arbeitszeitverkürzung der Damm der Tabu-Beschlüsse der westdeutschen Kapitalisten gehalten. Gegen den Widerstand von Gewerkschaftsführungen mußten auf Gewerkschaftskongressen Beschlüsse für die 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden. Selbstsicher hatte der BDI-Chef Rodenstock auf die Frage „Wann kommt die Arbeitszeitverkürzung?“ geantwortet: „Ich kann Ihnen nur sagen, bis wann sie nicht kommt. Sie wird nicht kommen bis 1984 ...“ 1984, der Zeitpunkt, wo in großen Tarifbereichen wie z.B. Metall über die tariflichen Arbeitsregelungen neu verhandelt werden muß, ist ja nahe – aber, ob die Arbeitszeitverkürzung damit auch kommt, scheint nach allem, wie bisher die Vorbereitung gelaufen ist, nicht ausgemacht.

Zweifel sind zumindest erlaubt. Es reicht ja nicht, daß einige Gewerkschaften Beschlüsse fassen. Denn auch innerhalb der Gewerkschaften besteht ja keinesfalls Einigkeit über die Formen und Mittel der Arbeitszeitverkürzung. Da ist die IG Metall, in der nach dem 35-Stunden-Beschluß der Tarifverantwortliche im Vorstand seine Aufgaben niederlegt, weil sein „Tarifrenten“-Modell nicht angenommen worden ist. Da sind große Bezirke mehrheitlich für das „Tarifrenten“-Modell, andere dagegen. Zwischen den Einzelgewerkschaften gibt es keine Einheit. Die IG Chemie hat sich ähnlich wie die NGG auf ein „Tarifrenten“-Modell festgelegt, die IG Druck sieht darin jedoch eine historische Niederlage für die Arbeiterbewegung.

Derweil steigt die Zahl der Arbeitslosen laufend weiter, 2,25 oder 2,5 Mio. Arbeitslose werden für 1983 erwartet. Eine Wende ist nicht abzusehen. Es wird durch die hohen Zugänge von Jugendlichen, die nicht aufgewogen werden durch die Rentenabgänge, und durch Rationalisierungen mit Mikroprozessoren etc. mit einem Anstieg auf über 4 Mio. Arbeitslose gerechnet.

## *Arbeitszeitverkürzung nicht nur zur Arbeitsumverteilung*

Mitte der 60er Jahre war in der Metallindustrie die 40-Stunden-Woche durchgesetzt, alle anderen Bereiche folgten mehr oder weniger schnell, so daß heute nur ein Anteil von 5% der Lohnabhängigen noch keine tarifliche 40-Stunden-Woche hat. Seit dieser Zeit hat sich das Verhältnis der täglichen bzw. wöchentlichen Arbeitszeit zur Freizeit nicht nennenswert verändert.

Dabei ist gerade in den letzten 15 Jahren die Intensität der menschlichen Arbeit rapide gestiegen, und der Verschleiß der Arbeitskraft ist erheblich gewachsen. Nach Berechnungen des wissenschaftlichen Instituts der Bundesanstalt für Arbeit werden 1985 nur noch 27% aller (männlichen) Beschäftigten die flexible Altersgrenze von 63 Jahren erreichen, über 70% nicht, davon 52% wegen Frühinvalidität und 48% wegen Todes.

Genaugenommen endet und beginnt die „freie“ Zeit ja nicht am Tor der Fabrik oder des Büros. Mobil wurde die Arbeitskraft in zwei Krisen gemacht, dies um den Preis der Verlängerung der Fahrwege und damit der Fahrtzeiten. Eine Stunde für die An- und Abfahrwege ist ja bald der Normalfall. Die neue „Zumutbarkeits-Verordnung“ der Bundesanstalt für Arbeit mit ihren 2,5 Stunden täglich für die Fahrt von und zur Arbeit wird diese Norm bald nach oben treiben.

Die Arbeitszeit hat sich brutto also wieder verlängert, und in den reinen Arbeitsstunden ist mehr Arbeit zusammengepreßt worden.

Auf der anderen Seite steigt mit zunehmender Intensität der Arbeit um so stärker der Bedarf an Erholzeit. Obwohl so für die Familie weniger Zeit zur Verfügung steht, wäre mehr Zeit für die Entfaltung des Familienlebens notwendig: gemeinsame Erledigung der Hausarbeit, zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen, längere Schulwege und -zeiten.

Freizeit ist ja nicht nur die Zeit zu Hause, in der Familie, sondern auch für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die hierzu benötigte Zeit ist allgemein gestiegen; das Interesse an der Beteiligung an gesellschaftlichen Aktivitäten großer Teile des Volkes ist gestiegen. Aber hier türmen sich Hindernisse auf. Hier nur unter ‚Zeit‘-Gesichtspunkten betrachtet, beginnen sie schlicht damit, daß durch die kommunalen Umgliederungen, Schulschließungen usw. die Wege und damit der Zeitaufwand dafür länger geworden sind, um an einer Elternversammlung, einer Ratssitzung, einer Parteiveranstaltung oder Konzert oder sonstigen Vereinsaktivitäten teilzunehmen. Auch sind die gesellschaftlichen Tätigkeiten in der Regel komplizierter geworden, was den Zeitbedarf wiederum steigert.
was den Zeitbedarf wiederum steigert.

Nicht zuletzt nimmt das Interesse an „selbstbestimmter Tätigkeit“, um seine individuellen produktiven Fähigkeiten zu entwickeln, als Ausgleich zur zunehmend in allen Details fremdbestimmten Büro- und Fabriktätigkeit, zu. Was, wenn man nicht „aussteigen will, ebenfalls in der Freizeit erledigt werden will.

Auch angesichts von 2 Millionen Arbeitslosen wäre es falsch, diese Gesichtspunkte unter den Tisch fallen zu lassen, selbst wenn die Begründung nach Arbeitsumverteilung zugunsten der Arbeitslosen heute besonders schwer wiegt. Eine deutliche Verkürzung der täglichen / wöchentlichen Arbeitszeit auf 7 bzw. 35 Stunden würde der weiteren Überflüssigmachung heute noch in Arbeit befindlicher Lohnabhängiger entgegenwirken und Arbeitsplätze erhalten und teilweise sogar eine Umverteilung der Arbeit einleiten.

Der Streit in den Gewerkschaften: Lebensarbeitszeitverkürzung per Tarifrente oder 35-Stunden-Woche hat zeitweilig Züge eines Glaubenskrieges angenommen. Tatsächlich ist eine saubere Scheidung – entweder oder – wie sie die Beschlußlage in den Gewerkschaften vielleicht nahelegt, schwer möglich. Beispielsweise entschied sich bei einer Umfrage der IG Druck der größere Teil der Befragten für das Tarifrenten-Modell. *Tabelle 1*

## *„Tarifrente“, Urlaubsverlängerung oder 35-Stunden-Woche?*

größere Teil der Befragten für das Ta-

Nun mag diese Umfrage nicht ganz repräsentativ sein, sie zeigt immerhin, daß beide Formen der Arbeitszeitverkürzung für wichtig gehalten werden.

Betrachtet man jedoch die Zahl der älteren Arbeiter und Angestellten in den verschiedenen Altersgruppen (s. Tabelle 2), so fällt auf, daß bei den bekannten „Tarifrenten“-Modellen, bei denen die Rentengrenze auf 60 (NGG) und 58 Jahre (IG Chemie) vorverlegt werden soll, nur wenige Nutzen von diesen Regelungen hätten. Der Großteil der Beschäftigten ist vorher schon verschlissen und mit allen Folgen – Krankheit, niedrige Renten – aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden.

## *Wie ist das mit dem Lohnausgleich?*

Strittig ist neben der Tarifrentenforderung die Forderung nach „vollem Lohnausgleich“. „Zerstört“, wer Abstriche am vollständigen Lohnausgleich hinzunehmen bereit ist, „die einheitliche Kampffront“?

Zuerst eine Vorbemerkung: Auch bei der 40-Stunden-Woche in den 50er und 60er Jahren wurde nicht vollständiger Lohnausgleich vereinbart. Es gab Jahre, in denen nicht ein voller Ausgleichsbetrag gezahlt wurde. Meist jedoch wurden in den Ausgleichsjahren die seinerzeit zweistufigen Lohnerhöhungen über 2 Jahre jeweils um den Ausgleichsbetrag gekürzt. Da dies in Zeiten geschah, in denen der Reallohn gehalten werden konnte, kan es nicht zu spürbaren finanziellen Einbußen. Gerade durch die Verknappung der Arbeitskräfte durch die Arbeitszeitverkürzung wurde das Ziel der Reallohnsicherung bzw. der Umverteilung eines Teils des Profits zugunsten der Löhne erreicht.

Nun ist ja heute die Lage anders, seit 2 Jahren keine Reallohnsicherung mehr. Soll man da auf Arbeitszeitverkürzung verzichten, wenn nicht voller Lohnausgleich gesichert werden kann? Ohnehin ist das gewerkschaftliche Ziel der nächsten Jahre nicht „Lohnausgleich“, sondern darüberhinaus „Reallohnsicherung“. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, darüber entscheidet die Kampfkraft der Gewerkschaften in jedem Jahr konkret.

Es kann also nicht heißen, ohne Lohnausgleich keine Arbeitszeitverkürzung, sondern das Ziel ist Arbeitszeitverkürzung mit möglichst vollständigem Lohnausgleich. Durch eine Arbeitszeitverkürzung wird auch die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen verringert, was die Bedingungen auf gewerkschaftlicher Seite verbessert, nicht nur vollständigen Lohnausgleich, sondern darüberhinaus auch wieder den Reallohn zu erhalten, selbst wenn keine Vereinbarung über „vollständigen Lohnausgleich“ vereinbart würde. Sicher, für die unteren Einkommen ist voller Lohnausgleich lebenswichtig und nicht kompensierbar. In diesem Zusammenhang gibt es Überlegungen, einen nach Einkommen gestaffelten Lohnausgleich zu vereinbaren. Die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen erhielten vollständigen Lohnausgleich,
oberhalb der Facharbeiter könnte der
oberhalb der Facharbeiter könnte der Ausgleichsbetrag abfallen.

## *Was bringt die 35-Stunden-Woche an Entlastung des Arbeitsmarkts?*

Werden die Kapitalisten nach einer Arbeitszeitverkürzung nicht den Entlastungseffekt wieder durch erneute, noch stärkere Intensivierung der Arbeit, durch Produktivitätssteigerungen und Überstunden wieder ausgleichen und wird daher kein Nutzen weder für den einzelnen Beschäftigten noch für die Arbeitslosen herausspringen?

In der Tabelle 3 sind Anhaltswerte aufgeführt. Der „rechnerische Entzugseffekt“ ergibt sich bei Neueinstellungen proportional zur Reduzierung der Arbeitsstunden; mit Arbeitszeitverkürzungen verbundene „Produktivitätssteigerungen“, die den Entzugseffekt mindern, ergeben den „Nachfragewert“; da aber auch Arbeitskräfte aus der „stillen Reserve“ kommen, ist die „Entlastung des Arbeitsmarktes“ nochmal geringer.

Da gegenwärtig die Produktionskapazitäten nur zu einem geringen Maß ausgelastet sind, wird der Nachfragewert tatsächlich vielleicht noch geringer sein. Andererseits, je größer die Schritte der Arbeitszeitverkürzung sind, um so geringer die Möglichkeiten der Kapitalisten, Ausgleiche zu schaffen. Immerhin würde nach dieser Rechnung eine 35-Stunden-Woche die Arbeitslosen um 1 Mio. verringern. Blieben immer noch mehr als 1,5 Mio. arbeitslos. Schon hier zeigt sich die Notwendigkeit der Verbindung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche mit dem Kampf für ein Aktionsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen, wie das DGB-Beschäftigungsprogramm dies in Ansätzen tut.

## *Flankierende Maßnahmen zur 35-Stunden-Woche*

35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich, aber, um nicht zusehen zu müssen, wie die Kapitalisten die Intensität der Arbeit anziehen, sind flankierende Maßnahmen nötig.

- Besetzungsregelungen, die die Kapitalisten auch gleichzeitig zwingen, tatsächlich Neueinstellungen zu machen; Akkordobergrenzen; Maximalleistungen, z.B. Anschlagbegrenzung bei den Schreibdiensten etc.; kurz, der Ist-Stand der Leistung soll durch Erweiterung der Rechte der Betriebs- und Personalräte – per Tarifvertrag oder per Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes – zur Schranke gemacht werden, die die Kapitalisten nicht überschreiten dürfen.
- Eine radikale Einschränkung der Überstunden im ohnehin neu zu fassenden Arbeitsschutzgesetz ist notwendig.
- Vorverlegung des gesetzlichen Rentenalters von 65 auf 60 Jahre. Vorverlegung der flexiblen Altersgrenze von bisher 63 auf 55 Jahre, damit tatsächlich eine Entlastung für ältere Beschäftigte eintritt. Damit wird Spaltungsversuchen zwischen alten und jungen Lohnabhängigen vorgebaut.
Lohnabhängigen vorgebaut.
- Daß der Vorstoß zu einer 35-Stunden-Woche auf der Tarifebene gemacht wird, ist richtig; jedoch wäre es falsch, zu hoffen, die anderen Branchen würden wie im Konvoi schon nachkommen. Dazu ist die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu groß. Auch hier ist es notwendig, schnell zu gesetzlichen Regelungen zu kommen, um so mehr, als die Erfahrungen mit der 40-Stunden-Woche bei gleichzeitig weiter geltender Arbeitszeitordnung auf der Basis einer 48-Stunden-Woche die Unzulänglichkeit einer nur tariflichen Lösung gezeigt haben.
- Eine allgemeine gesetzliche Regelung würde auch die Verbindung zu den Kämpfen der französischen Arbeiter und Angestellten herstellen, die heute drohen, isoliert bei 39 Stunden hängen zu bleiben. Ein solches „konzertiertes Vorgehen“ würde allen nutzen. Ohnehin ist eine Abstimmung mit den Gewerkschaften anderer Länder notwendig. Die Dachverbände würden dann wenigstens mal was nutzen. *geh.*

*Tabelle 1*

**Was wird gewünscht?**

| | Tarifrente | mehr Urlaub | 35-Std.-Woche |
|---|---|---|---|
| unter 20 Jahre | 12,5 | 30,0 | 32,5 |
| 20–29 Jahre | 19,5 | 18,5 | 39,6 |
| 30–39 Jahre | 32,2 | 9,9 | 39,1 |
| 40–49 Jahre | 51,9 | 6,5 | 29,3 |
| 50–55 Jahre | 70,7 | 4,7 | 16,8 |
| über 55 Jahre | 70,7 | 4,5 | 14,0 |
| Summe | 41,9 | 9,8 | 32,3 |

Alle Angaben in Prozent. Da weitere Wünsche angegeben werden konnten liegt die Summer unter 100%. Quelle: „Umfrage zur Schichtarbeit der IG Druck, Stuttgart 1982

*Tabelle 3*

**Entlastung des Arbeitsmarktes durch Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung**
(in 1000 Personen)

| Maßnahme | rechnerischer Entzugseffekt | abzüglich Produktivitätsgewinne | Nachfrage nach Arbeitskräften | Entlastung des Arbeitsmarktes |
|---|---|---|---|---|
| 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche | 566 | 283 | 283 | 212 |
| 1 Tag Urlaub pro Jahr | 100 | 50 | 50 | 38 |
| Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze um 1 Jahr | 131 | 39 | 92 | 64 |
| 10. Schuljahr | 100 | 20 | 80 | 72 |
| Auf 6 Monate verlängerter Mutterschutz | 100 | 50 | 25 | 25 |

*Tabelle 2*

**Was bringt die Lebensarbeitszeitverkürzung?**
Sozialversicherte Lohnabhängige 1980

| Anzahl | Alter – Anteil in Prozent 55 | 56 | 57 | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 | 63 | 64 | Summe |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| *Alle* | | | | | | | | | | | |
| 20942659 | 1,54 | 1,39 | 1,38 | 1,39 | 1,23 | 0,85 | 0,35 | 0,27 | 0,16 | 0,13 | 8,68 |
| *Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, sonst. Energiewirtschaft* | | | | | | | | | | | |
| 235393 | 2,43 | 2,14 | 2,10 | 2,08 | 1,94 | 1,40 | 0,58 | 0,45 | 0,14 | 0,09 | 13,50 |
| *Stein-, Braun- und Pechkohlenbergbau* | | | | | | | | | | | |
| 205079 | 1,86 | 1,13 | 0,80 | 0,62 | 0,45 | 0,24 | 0,09 | 0,06 | 0,03 | 0,02 | 5,28 |
| *Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie), Herstellung von Chemiefasern* | | | | | | | | | | | |
| 584622 | 1,97 | 1,76 | 1,71 | 1,70 | 1,48 | 0,96 | 0,39 | 0,29 | 0,13 | 0,09 | 10,49 |
| *Eisen- und Stahlerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)* | | | | | | | | | | | |
| 270831 | 2,37 | 2,06 | 1,94 | 1,80 | 0,91 | 0,46 | 0,16 | 0,13 | 0,06 | 0,05 | 9,95 |
| *Metallindustrie* | | | | | | | | | | | |
| 4176710 | 1,51 | 1,35 | 1,32 | 1,32 | 1,10 | 0,75 | 0,31 | 0,23 | 0,11 | 0,08 | 8,08 |
| *Textil- und Bekleidungsindustrie* | | | | | | | | | | | |
| 610896 | 1,68 | 1,56 | 1,62 | 1,58 | 1,40 | 0,76 | 0,28 | 0,22 | 0,13 | 0,10 | 9,34 |
| *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* | | | | | | | | | | | |
| 708155 | 1,36 | 1,23 | 1,26 | 1,29 | 1,18 | 0,92 | 0,34 | 0,28 | 0,17 | 0,13 | 8,15 |
| *Bauhauptgewerbe (ohne Zimmerei und Dachdeckerei)* | | | | | | | | | | | |
| 1139654 | 1,40 | 1,22 | 1,20 | 1,17 | 0,98 | 0,83 | 0,34 | 0,26 | 0,13 | 0,10 | 7,63 |
| *Großhandel, Einzel- und Versandhandel sowie Handelsvermittlung* | | | | | | | | | | | |
| 2911576 | 1,34 | 1,21 | 1,20 | 1,22 | 1,12 | 0,77 | 0,32 | 0,25 | 0,18 | 0,17 | 7,77 |
| *Eisenbahnen und Deutsche Bundespost* | | | | | | | | | | | |
| 370137 | 1,99 | 1,82 | 1,81 | 1,74 | 1,61 | 1,01 | 0,32 | 0,24 | 0,11 | 0,08 | 10,72 |
| *Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute, Versicherungsgewerbe* | | | | | | | | | | | |
| 762116 | 1,42 | 1,26 | 1,30 | 1,31 | 1,26 | 0,87 | 0,36 | 0,29 | 0,17 | 0,13 | 8,37 |
| *Allgemeine öffentliche Verwaltung (ohne Beamte)* | | | | | | | | | | | |
| 1341705 | 2,51 | 2,34 | 2,39 | 2,47 | 2,34 | 1,59 | 0,67 | 0,53 | 0,28 | 0,23 | 15,35 |

# Argumente für eine politische Monatszeitschrift

*Von Hans-Gerhart Schmierer*

Die Auflage der Kommunistischen Volkszeitung liegt gegenwärtig bei ungefähr 2800 verkauften Exemplaren, davon etwa 2000 Abonnements. Von Kommunismus und Klassenkampf verkaufen wir ungefähr 2100 Exemplare, davon etwas mehr als 1200 im Abonnement. Bei diesen Auflagen machen wir bei den gegenwärtigen Kosten und Preisen pro Monat 12500 DM Defizit. Die Auflagen sind aber nicht stabil. Da wir unsere Kosten nicht weiter senken können und Preiserhöhungen weiter auf die Auflagenhöhe drücken würden, können wir unter diesen Umständen nicht länger zuwarten, weil wir dabei riskieren, jede Möglichkeit der Herausgabe eines Periodikums zu verlieren. Wir müssen also eine Form suchen, in der wir die Zwecke von KVZ und Kommunismus und Klassenkampf weiterverfolgen können, gegenüber der Auflagenentwicklung etwas flexibler werden und unsere Kräfte so konzentrieren können, daß wir bei Einschränkung der Kosten doch keine Qualitätsverluste unserer Arbeit in Kauf nehmen müssen. So oder so wird dies eine Einschränkung unserer Publikationsmöglichkeiten bedeuten.

## *Wochenzeitung oder Monatszeitschrift?*

Nach unseren bisherigen Berechnungen würde bei einer Beschränkung auf ein Periodikum, Wochenzeitung oder Monatszeitschrift, ungefähr der gleiche Finanzierungsbeitrag für die redaktionelle Arbeit erzielt werden können. Voraussetzung wäre allerdings, daß die Wochenzeitung im gleichen Format wie bisher herausgebracht würde. Wenn wir aber davon ausgehen, daß eine Wochenzeitung unter unseren Bedingungen wenigstens eine 7köpfige Redaktion voraussetzt, während eine Monatszeitschrift mit fünf Redakteuren gemacht werden kann, dann gibt es doch auch Kostengesichtspunkte für eine Entscheidung über die zukünftige Form unserer Publizistik. Ein anderer Form unserer Publizistik. Ein anderer Gesichtspunkt, der für mich eine Rolle spielt, sind die Vertriebsbedingungen. Eine Wochenzeitung verlangt sowohl zentral als auch bei den Mitgliedern einen höheren Vertriebsaufwand. Zentral schlägt sich das in höheren Kosten nieder, in der Organisation in einem höheren Zeitaufwand für den Vertrieb, bzw. bei gleichem Zeitaufwand pro Monat in schlechteren Vertriebsbedingungen für die Wochenzeitung. Außerdem tritt der Verbreitungsgrad einer Wochenzeitung mit sinkender Auflagenhöhe in wachsenden Widerspruch zu ihrer Erscheinungsweise. Wir brauchen aber eine Publikationsform, in der wir auch bei einer zunächst vielleicht weiter sinkenden Auflage die Kräfte der Redaktion wie der Mitarbeiter und die Aufmerksamkeit der Leser konzentrieren können, um so den Wirkungsgrad unserer Publizistik zu erhöhen und damit von uns aus die Bedingungen für eine Umkehr in der Auflagenentwicklung zu schaffen.

Gegen die Entscheidung für eine Monatszeitschrift gibt es erhebliche Einwände. Der Haupteinwand besteht in der Vermutung, mit der Entscheidung für eine Monatszeitschrift würde unter der Hand der Charakter der Organisation geändert, aus einer politischen Organisation würde ein theoretischer Zirkel und das würde darauf hinauslaufen, daß die politischen Bedürfnisse nach organisierter Arbeit nicht mehr erfüllt würden.

Ich meine, daß man diesem Argument zunächst einmal unabhängig von der Entscheidung über die Erscheinungsweise von Wochenzeitung oder Monatszeitschrift nachgehen muß. Wir haben uns als ein Teil der Kräfte organisiert, die innerhalb der politischen Bewegung der 60er und frühen 70er Jahre eine Art Avantgardefunktion erfüllten. In dem Maße, wie sich diese Bewegung spaltete und sich ihre Kräfte zersplitterten, wir aber an der Vorstellung einer politisch selbständig *handelnden* Organisation festhielten, entwickelten wir uns zu einer Organisation, die durch „parteimäßiges Auftreten" zunehmend stellvertretend zu handeln versuchte, statt innerhalb der vielfältigen Formen, die die gesellschaftliche und politische Bewegung nun entwickelte, zu wirken und damit zu deren politischen Orientierung und Handlungsfähigkeit beizutragen. Aus einem Mittel zum Zweck wurde die Organisation zu einem Selbstzweck und unser Handeln zur Selbstdarstellung. KVZ und Kommunismus und Klassenkampf wurden zu Parteiblättern im negativen Sinn dieses Wortes. Wie sehr wir uns festgeritten hatten, zeigte die Spaltung von 1980, mit der ein Drittel der Organisation auf erste Versuche der Selbstreflektion und Selbstkritik reagierte, um jede Korrektur unserer Politik im Keim zu ersticken. Seit dieser Spaltung bemühen wir uns, Politik und Organisation, Inhalte und Arbeitsformen neu zu bestimmen. Das fiel uns um so schwerer, weil immer wieder Genossen zur Auffassung kamen, das Beste und Einfachste sei, jede organisierte Arbeit von Kommunisten zu negieren. Neue Arbeitsformen entwickelten sich dagegen nur langsam.

Die Frage der Organisation stellt sich meines Erachtens heute für uns folgendermaßen: innerhalb der verschiedenen Teile der politischen und gesellschaftlichen Bewegung beteiligen sich etliche Kommunisten und Revolutionäre, darunter die Mitglieder des KBW, an den verschiedenen Formen der Selbstorganisation der Bewegung. Gleichzeitig bildet sich mit den Grünen/Alternativen Listen eine parlamentarische Bündnisorganisation dieser Bewegung heraus. In Verbindung mit und Beziehung auf diese Bewegung wie in Zusammenarbeit mit den Grünen/Alternativen Listen müssen wir unsere eigene Arbeit definieren und entsprechende Arbeitsformen entwickeln als eine politische Richtung in der Bewegung wie gegenüber ihrer parlamentarischen Bündnisorganisation. Früher war unsere Arbeit unmittelbar Früher war unsere Arbeit unmittelbar




auf die Praxis ausgerichtet, mit dem Ziel, die Bewegung politisch und organisatorisch zu leiten. Dem entsprach die Zellenstruktur mit ihrer Beziehung auf „objektive Strukturen" und ihrer auf Leitung und unmittelbares Handeln ausgerichteten Tätigkeit. Dem entsprachen die Zellenleiterversammlungen, deren Tagesordnung stets unmittelbar auf das Handeln der Organisation und entsprechende technische und organisatorische Fragen ausgerichtet war, wenn auch dieses Handeln oft in nicht mehr bestand als Flugblattverteilen, Standmachen oder Unterschriftensammeln für die Wahlbeteiligung. Diese Organisationsformen sind nach und nach brüchig geworden, weil sie nicht mehr den Bedingungen unserer Arbeit entsprechen. Ob nun in Zellenform oder wie immer bilden sich stattdessen neue Arbeits- und Organisationsformen heraus, die sich von den bisherigen in einem grundsätzlich unterscheiden: sie sind nicht mehr unmittelbar auf die Praxis, d.h. auf selbständiges Handeln der Organisation ausgerichtet, sondern thematisch bestimmt und richten sich an den politischen Problemen der Bewegung und den inhaltlichen Interessen der Mitglieder und anderer Kommunisten und Revolutionäre aus. Entsprechend werden auch die Tagesordnungen der Mitgliederversammlungen thematisch bestimmt.

Wir versuchen nicht mehr für die Bewegung zu handeln, sondern innerhalb der Bewegung zu wirken und uns entlang ihrer Probleme gemäß unserer Richtung und thematischen Interessen zu organisieren. Während die Formen unserer früheren politischen Arbeit bereits schon abgestorben sind, sind die neuen Formen noch kaum entwickelt und erst teilweise lebenskräftig. Das scheint mir unser wirkliches Problem zu sein und nicht eine Scheinalternative von politisch handelnder Organisation und theoretischem Zirkel. Damit wir zum politischen Handeln der Bewegung beitragen können, müssen wir thematisch arbeiten und debattieren und unseren Beitrag zur Ausbildung der politischen Positionen in der Bewegung beisteuern. Dabei ergeben sich ganz verschiedene Stufen der theoretischen Abstraktion und im großen und ganzen geht es um politische Stellungnahme in der aktuellen Entwicklung der Widersprüche, wozu man freilich manchmal weiter ausholen muß. Bloß in dem Maße, wie wir eine solche kontinuierliche Arbeit organisieren können, werden wir uns als politische Richtung innerhalb der Bewegung festigen können. Dabei arbeitet einer, der mehr oder weniger allein an einem Ort ist, neben der Arbeit in der Gewerkschaft, vielleicht in einer Arbeitsgruppe der Grünen mit und nimmt an einer zentralen Arbeitsgruppe teil. Anderswo gibt es Zellen, die aber ihre Arbeit thematisch auszurichten beginnen. In größeren Orten ist der Aufbau von örtlichen Arbeitsgruppen möglich. Die örtlichen Arbeitsgruppen möglich. Die Gewerkschafter treffen sich nicht um diese oder jene taktische Frage zu diskutieren, sondern um als Arbeitskreis bestimmte vorbereitete Themen zu behandeln. All das so offen wie möglich für Nichtmitglieder. Das gleiche gilt für Mitgliederversammlungen. So ungefähr stelle ich mir die Organisierung unserer politischen Arbeit vor. Sie bleibt unerläßlich, insbesondere weil es gegenwärtig insgesamt in der Bewegung wenig Arbeitszusammenhänge gibt, die die politische Infrastruktur dieser Bewegung ausmachen könnten.

## *Wie kann eine politische Monatszeitschrift aussehen?*

Die Nachteile einer politischen Monatszeitschrift gegenüber einer Wochenzeitung liegen auf der Hand: Der längere Erscheinungsrhythmus geht auf Kosten der Aktualität. Er kann auf Kosten der Vielseitigkeit gehen und der Intensität der Auseinandersetzung, um eine bestimmte Frage zu klären. Dem stehen unter unseren Bedingungen auch Vorteile gegenüber. Das Verhältnis von Schreibarbeit und Herstellungszeit zu analytischer Vorbereitung von Artikeln und deren redaktioneller Bearbeitung verschiebt sich zugunsten der letzteren. Damit kann ein Teil der genannten Nachteile ausgeglichen werden. Um den Verlust an Vielseitigkeit in Grenzen zu halten, kann die Monatszeitschrift feste Rubriken enthalten, in denen aus verschiedenen Bereichen, internationaler Befreiungskampf, Gewerkschaftspolitik, Regierungstätigkeit und Kultur die wichtigsten Ereignisse zusammengestellt und kurz beurteilt werden. In festen Rubriken könnten die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Daten zusammengestellt werden.

Wie früher in Kommunismus und Klassenkampf könnten wir auf die Form des Editorials zurückgreifen, um jeder Ausgabe der Monatszeitschrift eine bestimmte politische Stoßrichtung zu geben. Den Hauptteil der Zeitschrift müßten die politischen Artikel bilden, die zu aktuellen Fragen begründet Stellung nehmen. In ihnen könnten sowohl bestimmte Themen, wie etwa der Regierungswechsel, von verschiedenen Seiten her behandelt werden, aber auch ganz unterschiedliche Themen. Der eher auf theoretische und historische Fragen ausgerichtete Teil der Zeitschrift müßte in jedem Heft einen bestimmten Schwerpunkt haben und mit den politischen Fragen der Bewegung eng verbunden bleiben, wie es ja auch bei Artikeln in Kommunismus und Klassenkampf der Fall ist. Der dokumentierende Teil der Zeitschrift könnte sich nicht auf den Abdruck dieser oder jener Dokumente beschränken, sondern müßte zu zwei, drei wichtigen Komplexen kommentierend / auszugsweise dokumentierend Stellung nehmen, in diesem Monat etwa so: Regierungserklärung und Parlamentsdebatte darüber, Pressereaktionen; wie stellt sich die Gewerkschaftsbewegung auf die neue Situation ein? und vielleicht ein Komplex zu den Reaktionen in anderen Ländern. Dieser Dokumentationsteil kann auf die politischen Artikel abgestimmt sein.

Hauptproblem ist jedenfalls das Gliederungsprinzip für die Monatszeitschrift, das sowohl eine gewisse thematische Vielseitigkeit sichern muß durch feste Rubriken, als auch bei den Arti- feste Rubriken, als auch bei den Arti- keln eine gewisse thematische Konzentration auf die wichtigsten Entwicklungen zulassen muß. Thematisch würde sich die Zeitschrift hauptsächlich an der jetzigen KVZ ausrichten müssen. In der Tradition von Kommunismus und Klassenkampf müßte jener Teil fortgeführt werden, der einigermaßen direkt mit den zentralen politischen Fragen der Bewegung zusammenhängt. Bei ihrem Erscheinen müßte die Zeitschrift aktuell in dem Sinne sein, daß sie auch jüngste wichtige Ereignisse behandelt. Sie müßte den Monat über aktuell, d.h. lesbar und vertreibbar bleiben, weil sie wie schon heute die KVZ nicht einfach auf den Tag und die Woche hin redigiert wäre. Eine solche Zeitschrift wird redaktionell schwer zu machen sein. Sie würde ziemlich anders aussehen als die anderen Monatszeitschriften der Linken. Sie würde meiner Meinung nach den Interessen gegenüber unserer Publizistik wie auch unserer Wirkungsweise innerhalb der Bewegung entsprechen können, wo wir ja nicht wöchentliche Orientierung zu liefern haben, sondern an der Auseinandersetzung zwischen den aufgeschlossensten und interessiertesten Teilen dieser Bewegung teilnehmen. Ich meine, daß eine solche Monatszeitschrift auch den sich ausbildenden Arbeitsformen der Organisation nicht widerspricht, diese vielmehr fördern kann: eine wöchentliche Information und Interpretation der wichtigsten Ereignisse scheint mir nicht das stärkste Bedürfnis, schon deshalb weil Mitglieder und Leser eine ganze Menge politische Erfahrung und Urteilskraft haben und schließlich nicht durch jede Tagesschau in politische Verwirrung versetzt werden. Dringlicher erscheint mir die weitere Ausbildung unserer analytischen Kräfte, um die widersprüchlichen Entwicklungstendenzen in der gegenwärtigen Situation einigermaßen einschätzen zu können. Schon die KVZ hat sich während der letzten Zeit eher in diese Richtung entwickelt. Die wöchentliche Erscheinungsweise ist dafür bestimmt nicht die Grundvoraussetzung. Bei unseren Kräften kann sie sogar aufhören, „ideal" zu sein.

## *Neue gemeinsame Projekte sichtbar?*

Seit längerem haben viele von uns den Wunsch, aus einer Situation herauszukommen, in der die linke Publizistik zersplitterter ist als die Linke an den einzelnen Orten. Das liegt wahrscheinlich daran, daß die Herausgabe einer politischen Zeitung und Zeitschrift doch einen relativ hohen Grad an politischer Übereinstimmung voraussetzt, weil man dabei eben zusammen*arbeiten* und sich nicht nur über diese oder jene politische Aktion verständigen muß. Jedenfalls sind gegenwärtig weder die Bedingungen für eine sozialistische Wochenzeitung mit praktischer Wirksamkeit greifbar, noch die Bedingungen für eine Monatszeitschrift, die von einer wirklichen Neugruppierung der Kräfte getragen würde. Projekte, die eine solche Neugruppierung vorgeben wie die „Modernen Zeiten", wirken eher enttäuschend. Ihre politische Ausgangsbasis wird sich in Zukunft eher schmälern als erweitern. Dennoch sollten wir von unserer Seite Schritte einleiten, die es der Form nach erleichtern, daß die Publizistik unserer Richtung nicht nur von unserer Organisa- tung nicht nur von unserer Organisa- tion getragen wird. Unsere politische Richtung umfaßt ja mehr Kräfte als die Mitglieder des KBW, auch nicht nur die ständigen Leser von KVZ und Kommunismus und Klassenkampf. Wir sollten auch klarstellen, daß es uns bei eventuell möglichen weiterreichenden Projekten oder weiterreichender publizistischer Zusammenarbeit nicht um Organisationsgesichtspunkte gehen wird.

Aus diesen Gründen halte ich es für sinnvoll, zumindest zu überprüfen, ob wir bei der jetzt notwendigen Umstellung unserer Publizistik nicht auch eine formelle Trennung zwischen KBW als politischer Organisation und der Trägerschaft der Zeitung oder Zeitschrift zum Ausdruck bringen. Das würde vielleicht praktisch für diese Trägerschaft, die allemal die Mitglieder des KBW mitumfassen würde, nicht allzuviel bringen, vielleicht sogar gar nichts, könnte aber von unserer Seite ein Angebot an alle Kräfte sein, die mit unserer Richtung sympathisieren oder in wichtigen Punkten übereinstimmen, bei der Herausgabe der Zeitung/Zeitschrift ausdrücklich mitzuarbeiten und sie mitzutragen. Gegenwärtig ginge dies ja fast nur über Mitgliedschaft im KBW oder jedenfalls unter Bekenntnis zu dessen politischer Organisation. Die Träger der Zeitung/Zeitschrift könnten im Prinzip über redaktionelle Politik und personelle Zusammensetzung der Redaktion entscheiden wie jetzt der KBW. Wie sich das im Einzelnen regeln läßt, scheint mir keine entscheidende Frage. Würden wir aber eine solche formelle Trennung von Mitgliedschaft im KBW und Trägerschaft der Zeitung/Zeitschrift vornehmen, dann würden wir eine Bewegungsform für den Widerspruch schaffen, daß die Kräfte, die eine solche Zeitung/Zeitschrift tragen können, keineswegs einfach mit der Mitgliedschaft des KBW identisch sind, sondern über diese hinausgehen, seien es frühere Mitglieder des KBW oder anderer kommunistischer Organisationen, oder seien es Kräfte, die anders organisiert waren oder sind oder sich auch gar nicht organisiert haben. Ob diese formelle Trennung von Mitgliedschaft und Trägerschaft was bringt oder nicht, hängt nicht von uns allein ab. Ob wir Bedingungen für eine solche Entwicklung schaffen oder nicht, hängt aber von uns ab. Ich meine, wir sollten es probieren.

# Bücherhinweise

## Neue Taschenbücher im Oktober

*Ausgewählt von Michael Ackermann und Bernd Wagner*

### *Belletristik*

**Anna Seghers**
**Crisanta / Das wirkliche Blau. Zwei Geschichten aus Mexiko**
*Luchterhand 386, 6,80 DM, 110 Seiten*

Diese beiden Geschichten, die Anna Seghers im Rückblick auf die mexikanischen Jahre im Exil schrieb, bestechen durch ihr Einfühlungsvermögen in das Leben der mexikanischen Bevölkerung. Sprachliche Schlichtheit korrespondiert doch zugleich mit poetischer Ausdruckskraft. Die beiden Novellen vermitteln nicht hauptsächlich Elend und Armut, sondern Stolz und Kraft auch der Armen. „Das wirkliche Blau" steht in beiden Geschichten somit auch stellvertretend für das erwachende Selbstbewußtsein eines Volkes.

**Dietmar Sous**
**Moll. Eine Erzählung**
*Rotbuch 264, 8,00 DM, 89 Seiten*

Spürbar verarbeitet der Autor, 28jähriger Student, seine 2jährige Erfahrung als Hilfsarbeiter in dieser Erzählung. Die Brüchigkeit, Sprödheit und Einöde des Arbeiteralltags, dann plötzliche Arbeitslosigkeit, machen das markante dieses Psychogramms aus. Sprachlich gewandter, wenngleich ungewöhnlicher Stil verbindet sich vor allem mit einem Gespür für den Alltag. Somit wird das Banale zu sinnträchtiger Bedeutung geführt. Eine kurze, aber nicht unerquickliche Bewußtseinsstudie.

**Viktor Böll (Hrsg.)**
**Das Heinrich Böll Lesebuch**
*dtv 10031, 9,80 DM, 630 Seiten*

Mit diesem Lesebuch erhält man einen vielseitigen Einblick in das Schaffen Bölls aus den Jahren 1948–1982. Teilweise unveröffentlichte Erzählungen, Romanausschnitte, Gedichte, Aufsätze und andere Materialien bilden über einiges Bekannte hinaus den Grundstock dieses Buches. So erschließt sich für den Leser auch die literarische Entwicklung Heinrich Bölls: Von der Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges, der Kritik des Adenauerstaates, der Solidarität mit den Verfolgten der Warschauer Pakt-Staaten, Abrechnung mit reaktionären Regimen im Westen, bis hin zum Trauma vom „Deutschen Herbst" und der zügigen Entwicklung westdeutscher Reaktion, reichen diese literarischen Dokumente.

**Gavino Ledda**
**Die Sprache der Sichel**
*Fischer 5228, 7,80 DM, 220 Seiten*

In der Fortsetzung des berühmten autobiographischen Romans „Padre Padrone. Mein Vater, mein Herr" befreit sich der sardische Hirtenjunge Gavino von der Enge des Dorflebens durch sich der sardische Hirtenjunge Gavino von der Enge des Dorflebens durch Gymnasium und Studium. Aber er wendet sich nicht von seiner Heimat ab, sondern kehrt zurück in der Erkenntnis über die Unwissenheit der Unterdrückten, der er zu begegnen sucht. Befreiung von der Knechtschaft des Hirtendaseins als dritter Weg zwischen Emigration und Banditentum.

**György Dalos**
**Neunzehnhundertfünfundachtzig. Ein historischer Bericht**
*Rotbuch 258, 10,00 DM, 126 Seiten*

Eine satirische Fortschreibung von Orwells 1984. Der „große Bruder" ist 1985 gestorben. Ein Historiker zeichnet im Jahr 2035 aus der Montage von autobiographischen Aufzeichnungen eines Führers der Reformbewegung, eines Geheimdienstmannes und einer ehemaligen Reformerin und späteren Ministerin ein Bild von den Machtkämpfen, der kurzen Tauwetterperiode, der niedergeschlagenen Revolution durch eine „befreundete" Macht und der Wiedererrichtung des „reformierten" alten Systems. Bei der Karikierung und Entlarvung der Funktionsmechanismen totalitärer Gesellschaften „staatssozialistischer" Prägung steht die Rolle und die Selbstüberschätzung der Intellektuellen im Mittelpunkt. Eine amüsante Satire, die allerdings durch die Konterkarierung aller Opposition gegen das System „1984" eigentlich recht hoffnungslos ist. (schon vor einigen Monaten erschienen)



Elias Canetti

**Elias Canetti**
**Die Fackel im Ohr. Lebensgeschichte 1921–1931**
*Fischer 5404, 12,80 DM, 344 Seiten*

Die autobiographischen Aufzeichnungen des Literaturnobelpreisträgers gehören zu dem besseren Teil der Erinnerungsliteratur über die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Die Schilderung der individuellen Entwicklung eines bedeutenden Schriftstellers unseres Jahrhunderts vermittelt durch die Tiefe und Konkretheit der einzelnen Beobachtungen und Erfahrungen viel von der intellektuellen Stimmung und Haltung in den 20er Jahren in Mitteleuropa und gibt vor allem einen guten Einblick in die Gedanken und Vorstellungen Canettis.

### *Sachbücher*

**Axel Eggebrecht (Hrsg.)**
**Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945**
*rororo 5007, 7,80 DM, 286 Seiten*

Vieles von dem, was die „zornigen alten Männer" zu berichten haben, ist nicht unbedingt neu: die nicht stattgefundene Entnazifizierung, die zügige Restauration der alten Ordnung unter dem ideologischen Mantel des Antikommunismus und der Kalten-Krieg-Politik, die falsche Politik von links, die diese Entwicklung erleichterte, die verschiedenen innerstaatlichen Feinderklärungen, die gescheiterten Reformversuche. Aber lesens- und empfehlenswert ist auf jeden Fall was Flechtheim, Abendroth, Böll, Engelmann, Fabian, Kogon u.a., von denen viele in faschistischen Zuchthäusern und KZs saßen und 1945 an einem radikalen Neubeginn mitgearbeitet hatten, in diesem Band über ihre subjektive Erfahrung und ihre Sicht der Entwicklung 35jähriger bundesrepublikanischer Geschichte geschrieben haben.

**Manfred Frank**
**Der kommende Gott. Vorlesungen über die Neue Mythologie**
*edition suhrkamp 1142, 18,00 DM, 360 Seiten*

Schwierig, aber interessant und lehrreich sind diese Vorlesungen des Genfer Philosophieprofessors. Frank untersucht die Begründungszusammenhänge und Beweggründe der Wiedereinsetzung von mythisch-religiöser Sinngebung in der gegenwärtigen „Sinnkrise". Ausgehend von der Darstellung zeitgenössischer Wiederbelebung des Mythos durch H.E. Richter, H. Blumenberg und L. Kolakowski und den Versuchen Mythos zu definieren, geht Frank in seiner Analyse zurück auf die Romantik, als den ersten und grundlegenden Versuch, in der Neuzeit das gesellschaftliche Legitimationsdefizit durch mythisch-religiöse Sinngebung zu überwinden (Herder, Novalis, Schelling, Schlegel, Hölderlin). Ärgerlich sind die miserable bibliographische Bearbeitung und das Fehlen eines Literaturverzeichnisses.
Fehlen eines Literaturverzeichnisses.

**Johannes Beck, Heiner Boehncke (Hrsg.)**
**Jahrbuch für Lehrer 7. Selbstkritik der pädagogischen Linken: Einsichten und Aussichten**
*rororo 7665, 14,80 DM, 360 Seiten*

In diesem letzten Band, der auch die bisherige Reihe „politische erziehung" abschließen soll, wird im Grunde das Ende einer bildungspädagogischen Diskussion verkündet. Die Auflagen der „Jahrbücher" gingen zurück, die Restriktivität in der Bildungspolitik kündigt für die Autoren eine neue Zeit an. – Die Kurzlebigkeit von Reformansätzen, das Starren auf Einzelprojekte und schmalspurige Alternativmodelle usw. vermittelt das Buch in über 30 Beiträgen. Das Buch sollte vor allem als Material für eine weitere Bildungsdiskussion genutzt werden, denn diese sollte trotz aller Selbstkritik wohl nicht abgeschlossen werden.

**Hans-Werner Krüger**
**Trinkwasser. Ein Lebensmittel in Gefahr**
*Ullstein 34107, 9,80 DM, 318 Seiten*

Dieses Sachbuch gibt einen Überblick über die Geschichte der Wasserversorgung (kurz), Kreislauf und Herkunft des Wassers, Wasseraufarbeitung und -versorgung in den Bundesländern, Verbrauch und Preise, Qualitäts- und Mengenprobleme, Gewässerschutz und Wasserwirtschaft, Trinkwasser und Recht, Aspekte der Ökologie sowie Alternativen und Abwege. Das Buch entspricht einer Einführung in die Materie, stellt aber keineswegs in seinem ganzen Umfang eine kritische Auseinandersetzung mit der heutigen Lage dar.

**George F. Kennan**
**Rußland, der Westen und die Atomwaffe**
*Ullstein Sachbuch 34129, 130 Seiten, 6,80 DM*

Pünktlich zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1982 erschien diese Neuauflage eines Zyklus von 6 Vorträgen, die Kennan 1957 in Oxford gehalten hatte und die damals in Europa wie in den USA großes Aufsehen erregten. Auch nach 25 Jahren sind seine Überlegungen nicht einfach überholt. Ein Auseinanderrücken der Militärblöcke in Europa, Möglichkeiten für eine Neutralität Deutschlands zu prüfen, das forderte er damals und wird heute wieder diskutiert. Dabei ist er keinesfalls ein Kritiker des Kapitalismus, der westlichen Gesellschaftsstruktur. Vielmehr ist er zutiefst davon überzeugt, daß dies die bessere Gesellschaft ist und sich friedlich auf jeden Fall durchsetzen werde.

### *In aller Kürze . . .*

**Fischer Weltalmanach '83. Zahlen, Daten, Fakten, Hintergründe**
*Fischer, 12,80 DM, 512 Seiten*

Neue Ausgabe des besten aktuellen Nachschlagewerks in Taschenbuchform mit Weltchronik (Herbst '81 bis Herbst '82) nach Schwerpunkten (Nahost, UNO etc.) und Ländern; Länderüberblick; Staaten-, Wirtschafts- und Kulturstatistiken, internationale Organisationen etc.

**Knaurs Weltspiegel '83**

**Knaurs Weltspiegel '83**
*Knaur 7652, 12,80 DM, 574 Seiten*

Anders als der Fischer Almanach enthält diese Chronik einen Rückblick nach Tagen und nicht nach Ländern und Schwerpunkten. Der Länderteil ist zwar ausführlicher, dafür fehlen die Einzelsachstatistiken, die länderübergreifend sind. An deren Stelle steht eine recht unsystematische Sammlung von Daten und Fakten aus aller Welt.

**Karola Bloch, Adelbert Reif (Hrsg.)**
**„Denken heißt Überschreiten". In memoriam Ernst Bloch (1885–1977)**
*Ullstein 35152, 16,80 DM, 334 Seiten*

Sammlung der Würdigungen Ernst Blochs, die zu seinem Tod in deutschen und ausländischen Zeitschriften erschienen (ein kleiner Teil sind Originalbeiträge), sowie die Redebeiträge auf der Trauerfeier und einer Gedenkveranstaltung.

**Georg Wilhelm Friedrich Hegel**
**Weltgeist zwischen Jena und Berlin**
*Ullstein 35151, 24,80 DM, 390 Seiten*

Eine Auswahl von Briefen von Hegel aus der Zeit 1785 bis 1831, ausgewählt von Hartmut Zinser.

**Pablo Neruda**
**Der gemordete Albatros. Essays und Reden**
*Sammlung Luchterhand 416, 11,80 DM, 161 Seiten*

Eine Auswahl aus dem Band „Um geboren zu werden" mit Porträts von Künstlern sowie kürzeren politischen und literarischen Schriften.

**Miloslav Stingl**
**Indianer vor Kolumbus. Von den Prärie-Indianern zu den Inkas**
*Knaur 3692, 14,80 DM, 335 Seiten*

Ein reich und gut bebildertes Sachbuch, das eine Übersicht über die verschiedenen indianischen Völker Nord-, Mittel- und Südamerikas gibt.

**Rudolf Pörtner, Nigel Davis (Hrsg.)**
**Alte Kulturen der Neuen Welt. Neue Erkenntnisse der Archäologie**
*Ullstein 32052, 16,80 DM, 462 Seiten*

Eine Sammlung verschiedener Aufsätze zu den Kulturen der vorkolumbianischen Indianer Amerikas.

**Anna Tühne,**
**Rina Olfe-Schlothauer (Hrsg.)**
**FrauenBilderLeseBuch**
*rororo 7663, 14,80 DM, 560 Seiten*

Taschenbuchausgabe des 1980 bei Elefanten Press und der Büchergilde herausgekommenen Buches mit sehr informativen Artikeln zu fast allen Fragen der Frauenbewegung (Geschichte, Frauenarbeit, Kultur, Frauenunterdrückung, Liebe, Kampfperspektiven)

**Lothar Schütz,**
**Malott Linka Fenner (Hrsg.)**
**Welt-Literatur heute. Eine aktuelle Bestandsaufnahme**
*dtv. 10095, 9,80 DM*

Taschenbuchausgabe der Börsenblatt-Sondernummer „Literatur des 20. Jahrhunderts" (36/1982) mit Aufsätzen zur Literatur einzelner Länder und Themengruppen.

**Michael Verhoeven / Mario Krebs**
**Die weiße Rose. Der Widerstand Münchner Studenten gegen Hitler. Informationen zum Film**
*Fischer 3678, 10,80 DM, 216 Seiten*

Kurze Drehbuchausschnitte, ein Aufsatz zur Geschichte der „Weißen Kurze Drehbuchausschnitte, ein Aufsatz zur Geschichte der „Weißen Rose" und Anmerkungen des Regisseurs über seine Vorstellungen von dem Film und der heutigen Aktualität von Widerstand, bilden den Inhalt des Buches.

**Richard Hanser**
**Deutschland zuliebe. Leben und Sterben der Geschwister Scholl. Die Geschichte der Weißen Rose.**
*dtv 10040, 12,80 DM*

Kommentierte Dokumentation des Widerstandskampfes der Weißen Rose.

*(Auf beide Bücher kommen wir noch zurück)*



## *Fernsehtip*

Sarkastische Verarbeitung der amerikanischen Pionierzeit ist das Kennzeichen des Spätwesterns von John Huston, **„Das war Roy Bean"**. Die Gestalt des Roy Bean gab es tatsächlich und zeichnete sie im Gegensatz zur Mythologie von „Law and Order" durch „Law and Murder" aus. *Samstag, 23.10., 22.20 Uhr im ARD* – In der Reihe „Querschnitte" diesmal über die Aussichten von **„Strom aus Sand und Sonne"**. Berichtet wird über Photovoltaik – direkte Umwandlung von Licht in elektrischen Strom durch Sonnenzellen. Wie zukunftsträchtig ist die Angelegenheit? Jedenfalls wurde die gesamte Sendung in einer Sandgrube mit Sonnenstrom produziert. *Sonntag, 24.10., 19.30 Uhr im ZDF* – Rentnerprobleme, „heroische" Tat bei einer Geiselnahme und die Reaktionen der Gesellschaft und des Staatsapparates sind die Themen des Fernsehspiels **„Ungleicher Lohn"**, entstanden unter Mitwirkung von Franz Xaver Kroetz. *Montag, 25.10., 21.20 Uhr im ZDF* – Wieder eine kleine Alpensaga mit dem Thema der Konflikte zwischen Slowenen und Österreichern. Erzählt wird die Geschichte eines KPÖ-Kämpfers, der für die Sache der Slowenen streitet, dabei aber scheitert. *Montag, 25.10., 23.00 Uhr im ARD* – **„Am Anfang war doch nicht der Pflasterstrand . . ."** soll über eine Spieldokumentation die Hintergründe der „neuen Jugendrevolte" verdeutlichen. Das „bürgerliche Leben" im Elternhaus und die Sozialisation bei den Hausbesetzern sollen gegenübergestellt werden. *Mittwoch, 27.10., 20.15 Uhr im ARD* – In dem neuseeländischen Spielfilm von 1981, **„Smash Palace – Keine Chance für Al"** wird mit dem Mittel der psychologischen Differenzierung das Scheitern einer Ehe konstatiert. Die panikartigen Reaktionen des Ehemannes Al setzen eine folgenreiche Hetzjagd in Gang, die unter spezifischen Bedingungen neuseeländischer Verhältnisse abläuft. *Mittwoch, 27.10., 22.15 Uhr im ZDF.*